

ao

aktuelle
ostinformationen

Ereignisse und Entwicklungen

32. Jahrgang ISSN

1/2 2000

AUS DEM INHALT



10 JAHRE FALL DER MAUER

Transformation und Globalisierung

RUSSLAND

Zwischen Kommunismus und Marktwirtschaft

POLEN

10 Jahre nach der Wende

SLOWAKEI

Die zweite „samtene Revolution“

BERICHTE

Europa gemeinsam gestalten

Die Zukunft Europas

Citizenship, Ethnicity and Minority Rights

NACHRUF

Abschied von einer Brückenbauerin

GROSSER REZENSIONSTEIL

GESAMTEUROPÄISCHES STUDIENWERK e.V.

Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

auch die vorliegende Ausgabe der „aktuellen ostinformationen“ steht ganz im Zeichen der Transformationsprozesse in Ost und West. Dabei kommt dem allenthalben im Munde geführten Begriff der Globalisierung ein besonderer Stellenwert zu. Wir haben diesem Umstand deshalb im ersten Beitrag Rechnung getragen. Hieran schließen sich Artikel an, die den gesellschaftspolitischen Veränderungen in Russland, Polen und der Slowakei gewidmet sind. Ein weiterer Aufsatz befasst sich mit Entwicklungstendenzen im europäischen Film.

Im Berichtsteil informieren wir – wie gewohnt – über ausgewählte Seminare, die im Jahre 1999 gemeinsam mit dem Arbeitskreis der Ost-West-Institute in Hustedt sowie in unserem Haus durchgeführt wurden.

Am Ende sei auf den ausführlichen Rezensionsteil verwiesen, in dessen Mittelpunkt die drei ostmittel-europäischen Reformstaaten Polen, Ungarn und Tschechien stehen.

Zbigniew Wilkiewicz

Liebe Literaturfreunde,

nachdem das deutsch-britische Literaturseminar zu Christoph Hein erfolgreich durchgeführt werden konnte, wurde von den Teilnehmern eine Fortsetzung unserer Literaturtagungen auch im Jahr 2000 gewünscht. Vorgeschlagen wurde die Beschäftigung mit Volker Braun, dessen umfangreiches Werk – Lyrik, Drama, Prosa und Essay – sicher zu einer intensiven Beschäftigung mit ausgewählten Texten reizt. Das Seminar findet vom 31. Juli bis zum 4. August im GESW in Vlotho statt. Interessenten wenden sich bitte an Herrn Dr. Theo Mechtenberg.

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Seite

Gerhard Schüsselbauer: <u>Zehn Jahre Fall der Mauer – Transformation und Globalisierung</u>	1
Rudolph A. Mark: <u>Rußland zwischen Kommunismus und Marktwirtschaft</u> – eine Momentaufnahme Ende 1999	8
Zbigniew Wilkiewicz: <u>Polen – zehn Jahre nach der Wende</u>	21
Michael Walter: <u>Die zweite “samtene Revolution” in Bratislava</u>	34
Wolfgang Döbber: <u>Kleine Geschichte des ostmitteleuropäischen Films – Als die neue</u> <u>Hoffnung laufen lernte</u>	42

Berichte

Ulrike Schödel: <u>„Europa gemeinsam gestalten – Bildung für Gesamteuropa”. Eine inter-</u> <u>nationale Tagung der Ost-West-Institute in der Heimvolkshochschule</u> <u>Hustedt</u>	50
Gabriela Gogolok: <u>„Die Zukunft Europas als Herausforderung für junge Europäer in Ost</u> <u>und West”</u>	53
Gerhard Schüsselbauer: <u>Citizenship, Ethnicity and Minority Rights – Intercultural</u> <u>Dialogue and Learning about European Integration in International Politics</u>	56

Rezensionen

Michael Walter: <u>Service-Seite Tschechien</u>	63
Gerhard Schüsselbauer: <u>Streifzug durch Ungarns Gegenwartsliteratur</u>	66
Thomas Eicher (Hg.): <u>Josef Roth: Grenzüberschreitungen</u>	70
Jerzy Buszko: <u>Polen im Wiener Parlament 1848-1918</u>	71
Włodzimierz Borodziej, Artur Hajnicz (Hg.): <u>Kompleks wypędzenia (Der Komplex der</u> <u>Vertreibung)</u>	73
Zdzisław Krasnodębski, Klaus Städtke, Stefan Garsztecki (Hrsg.): <u>Kulturelle Identität</u> <u>und sozialer Wandel in Osteuropa: das Beispiel Polen</u>	75
Jacek Jeremicz: <u>Verlust der Heimat – Kreis Schwerin (Warthe) in Brandenburg als</u> <u>Paradigma</u>	76
Władysław Mochocki: <u>Lubsko – Vlotho. Miasta Partnerskie [Lubsko – Vlotho.</u> <u>Partnerstädte]</u>	77
Marek S. Szczepański: <u>Opel Z Górnictwem Pióropuszem. Restrukturyzacja województwa</u> <u>katowickiego i jej społeczne uwarunkowania [Opel mit Bergmanns-</u> <u>federbusch. Die Restrukturierung der Wojewodschaft Kattowitz und ihre</u> <u>gesellschaftlichen Bedingtheiten]</u>	78
Herwig Roggemann (Hrsg.): <u>Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas.</u> <u>Einführung und Verfassungstexte mit Übersichten und Schaubildern</u>	79
Gerrit Manssen/Bogusław Banaszak (Hrsg.): <u>Die Wahlrechtssysteme in Mittel- und</u> <u>Osteuropa</u>	80
Peter März (Hrsg.): <u>40 Jahre Zweistaatlichkeit in Deutschland. Eine Bilanz</u>	81

Nachruf

<u>Abschied von einer Brückenbauerin. Zum Tod von Edith Heller</u>	81
--	----

Gerhard Schüsselbauer

Zehn Jahre Fall der Mauer – Transformation und Globalisierung

Zum zehnten Mal jährte sich im letzten Herbst der Fall der Berliner Mauer. Schlagworte wie der Übergang zu Demokratie und marktwirtschaftlichen Ordnungsmustern sowie die Einbindung mittelost-, ost- und südosteuropäischer Länder in etablierte Strukturen wie Nato und EU dominierten und dominieren seit diesem Ereignis die Diskussion in allen Bereichen des politischen, sozialen und ökonomischen Lebens. Der Begriff Systemtransformation geriet dabei schnell zum allumfassenden (Un-)Wort für die komplexen Umgestaltungsprozesse im ehemaligen „Ostblock“.

Transformation

Das erste „Modewort“ der vergangenen zehn Jahre ist der Begriff „Transformation“. Da sich alle gesellschaftlichen Systeme nie in einem rein statischen Zustand, sondern in einem dynamischen Prozeß der Veränderungen befinden, macht es eigentlich wenig Sinn, den Begriff der Transformation lediglich auf die Umgestaltungsprozesse in den post-kommunistischen Ländern Mittelost- und Osteuropas anzuwenden. Nichtsdestotrotz ist er zu einer Art „Catch-all“-Schlagwort geworden, mit dem der steinige Weg der Einführung und Durchsetzung von demokratischer Kultur und marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien umrissen wird. Eingedenk der begrifflichen Unzulänglichkeiten soll aber im Verlauf dieses Beitrags weiterhin daran festgehalten werden.

Literarisch schreibt Salman Rushdie dazu Erstaunliches in seinen „Satanischen Versen“, veröffentlicht Ende der 80er Jahre: „Drei von uns sind durch eine Membran am Himmel gegangen und wurden dadurch verändert. Das trifft zu. Aber es trifft ebenfalls zu, dass diese Veränderungen zu jenem Zeitpunkt nicht vollendet wurden. Es wäre vielleicht richtiger zu sagen, dass wir eine Übergangszone betreten haben: den Zustand der Transformation. Eine

Übergangsphase, in der wir nicht auf ewig gefangen bleiben werden, die nur die imperative Macht des Unermesslichen der Vollendung entgegenreiben kann.“

Will man die Ereignisse von vor zehn Jahren noch einmal unter die Lupe nehmen, dann müssen zunächst einige Fragen aufgeworfen werden:

1. Handelt es sich um einen Fall oder um ein Zufallbringen der Mauer?
2. Müssen wir von Einreißen, Sturz oder doch eher von innerer Sklerose sprechen?
3. Stellen wir ein Niederreißen durch äußere, oppositionelle Kräfte oder eine lang andauernde morbide Mauerfäulnis von innen heraus fest?

Mit dem Fall oder Niederreißen der Mauer sowie der totalen Reorganisation der Aufgabengebiete des Staates kam sofort die Hoffnung eines neuen „Utopia“ auf. Thomas Morus' Konzept einer Insel Utopia, einer Gesellschaft ohne Privateigentum, stand dabei zwar nicht Pate, wohl aber seine Worte: „Die Organisation des Staatswesens hat vor allem diesen einen Zweck vor Augen, alle Zeit, soweit es die Arbeiten für die Bedürfnisse der Gesamtheit erlauben, den Bürgern zur Abstreifung der Knechtschaft des Leibes und zur Befreiung und Ausbildung des Geistes zugute kommen zu lassen. Denn darin sehen sie das wahre Glück des Lebens.“

Die Bemerkung des früheren tschechischen Ministerpräsidenten und jetzigen Parlamentspräsidenten Václav Klaus: „Der Kommunismus kollabierte von innen heraus, wurde nicht zerstört“ macht Sinn. Denn schon in seiner Konstruktion steckte der Teufel im Detail: Die Dominanz einer bestimmten Kaste von Politikern und die Unterdrückung der Freiheiten der Menschen. Auch polnische oder ungarische Beobachter sprechen immer wieder vom Durchbrechen der Aura der Unschlagbarkeit der Ein-

parteien-Herrschaft durch die innere Sklerose des Systems, aber auch durch die entstandene Zweit- und Schattenwirtschaft, in der das Unternehmertum bereits eingeübt wurde. Darin unterscheiden sich die Länder Mittelosteuropas, vor allem eben Ungarn und Polen, am fundamentalsten von den Ländern, die mit der Erblast der Sowjetunion zu kämpfen haben. Aus einer historisch-ökonomischen Rückständigkeit, verbunden mit einem fundamentalen Defizit an Modernität, konnten sich Länder wie Russland, die Ukraine oder Weißrussland nie befreien. Eine der Gesellschaft innewohnende Unternehmens- und Geschäftskultur, die auf formellen und informellen, kulturellen und ökonomischen Regeln beruht, konnte sich in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, mit Ausnahme der baltischen Länder, nicht entwickeln. Der deutlichste Ausdruck dessen ist das jetzt grassierende „neo-darwinistische“ System, das besonders im heutigen Russland, aber auch in anderen post-sowjetischen Ländern offen zutage tritt und allgegenwärtige Wirtschaftskriminalität, Korruption, Bestechung und Günstlingswirtschaft ermöglicht.

Die schwerwiegendsten ordnungspolitischen Fehler bestehen denn auch im Folgenden:

- Ohne einen funktionsfähigen Unterbau an politischem, wirtschaftlichem, institutionellem und sozialem Regelwerk ist der Überbau eine krasse Fehlgeburt. Marx wollte Hegel auf den Kopf stellen, seit spätestens zehn Jahren ist es jetzt an der Zeit, Marx auf den Kopf zu stellen und für ein Plädoyer zugunsten einer umfassenden institutionellen Reform des Unterbaus einzutreten. Nur wenn Grundvoraussetzungen wie Privateigentum, Anreizmechanismen und Rechtssicherheit sowie makroökonomische Stabilität gewährleistet und vor allem auch durchgesetzt werden können, kann in vielen post-sowjetischen Ländern überhaupt erst vom Anfang einer Transformation gesprochen werden.
- Makroökonomische Stabilisierung ist kein Selbstzweck und schon gar kein Fetischismus liberaler Ökonomen, sondern in einer Welt

völlig verzerrter Relativpreise müssen erst einmal die rudimentärsten Funktionen von Geld und Währung hergestellt werden. Das Primat der Währungspolitik, bei den deutschen Ordoliberalen wie Walter Eucken vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Jahrhundertinflationen in Deutschland (1923 und 1948) entstanden, erfüllt auch ureigenste sozialpolitische Funktionen, denn Hyperinflation trifft vor allem kontraktbedingte Bezieher von Einkommen wie Arbeiter, Angestellte und Rentner am schwersten.

Eine weitere Frage, die zu Beginn der „heißen und lauten Phase“ des Übergangs zu demokratischen und insbesondere marktwirtschaftlichen Strukturen auftauchte (und diese Frage geht auf den Ökonomen Friedrich August Hayek zurück), lautet: Ist die Transformation ein Produkt menschlichen Entwurfs, also eines bewussten sozial-ökonomischen Designs oder das Produkt des Handelns, also eines Prozesses, der sehr stark vom Try-and-Error-Verfahren geprägt ist? Einem sozialtechnischen Ansatz der großen Machbarkeit der Transformation muss somit ein eher evolutionärer Ansatz einer institutionellen Entwicklung gegenübergestellt werden. Theoretische Ansätze für die Durchführung der einzelnen Reformschritte waren und sind vorhanden, von einem Theorie-Vakuum zu sprechen, ist verkehrt, aber die fertige Blaupause für den großen Wurf existierte nicht.

Es zeigte sich bei genauerem Hinsehen sehr schnell, dass die wirtschaftliche Systemtransformation keine bloße Übung in angewandter Wirtschaftswissenschaft ist, sondern dass Spontaneität und das ständige Hinterfragen des Kurses eine eminent wichtige Rolle spielen. Natürlich stellen auch die Ausgangsbedingungen wesentliche Faktoren dar, wie bspw. vorhandenes Know-how und Humankapital, politische Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit der Reformer sowie die bereits während des Sozialismus durchgeführten Reformen. In einem Land wie Polen ragt vor allem das anti-staatliche Wertesystem der drei großen Opponenten der

Einparteien-Herrschaft heraus: der Katholischen Kirche, der Gewerkschaftsbewegung Solidarność sowie des Bauerntums. Die in Polen gewählte Strategie der Stabilisierung und Transformation zeigt denn auch, was für eine weitgehend erfolgreiche Strategie entscheidend ist. Ein gesellschaftlicher Konsens, maßgeblich erzielt bereits am Runden Tisch, der den wichtigsten Faktoren für den Transformationserfolg den Weg ebnen kann: Unternehmerische Aktivitäten und die Potentiale der Bevölkerung, die auf eine lange kulturelle Tradition zurückreichen.

Zeitenwende?

Betrachtet man politisch und zeitgeschichtlich rückblickend die Jahre 1989/1990, kann getrost von einer Zeitenwende gesprochen werden. Historiker nennen es das Ende des „Kurzen 20. Jahrhunderts“ (Eric Hobsbawm, Iván Bérend sowie Timothy Garton Ash). Keine Rechtfertigung fand sehr schnell die Einschätzung des amerikanischen Populärwissenschaftlers Francis Fukuyama, der vorschnell von einem Ende der Geschichte, dem Sieg der liberalen, demokratischen Weltanschauung sowie einem Ende der nationalistischen Strömungen sprach. Geschichte ist niemals an ihrem Ende, niemals statisch, sondern dynamisch, wir wissen nicht einmal, ob sie linear oder nicht-linear verläuft. Nach Karl Popper ist sie stets ein „Weiterstreiten ins Unbekannte, ins Ungewisse, ins Unsichere“.

Für Polen, Tschechien, Ungarn sowie weitgehend das Baltikum besteht die unverwechselbare Charakteristik der Transformationsprozesse denn auch in der Gleichzeitigkeit der politischen, ökonomischen und kulturellen Transformation. Die wirtschaftliche Umgestaltung und Anpassung korrespondiert mit einem parallelen Demokratisierungsprozess. Nicht so in der Slowakei, wo erst Ende 1998 mit der Abwahl von Mečiar und der Amtsübernahme von Dzurinda als neuem Ministerpräsidenten und im vergangenen Jahr mit Schuster als neuem Staatspräsidenten ein Wandel in der demokra-

tischen Kultur einsetzte. Südosteuropäische Länder wie Rumänien und Bulgarien schüttelten erst 1996/1997 unfähige, zum Teil krypto-kommunistische Regierungen ab und durchlaufen jetzt kritische Phasen der Transformation.

Zu Beginn der neunziger Jahre stand das Zusammenspiel von richtig gewählter zeitlicher Abfolge (Timing der Reformschritte) und einer Sequenz-Folge der Einführung von marktwirtschaftlichen, ordnungspolitischen Prinzipien im Vordergrund. Grob betrachtet können diese in kurz-, mittel- und langfristige Aspekte der wirtschaftlichen Systemtransformation unterteilt werden. Fortgeschrittene Transformationswirtschaften sind nach den schwierigen ersten Jahren und der anfänglichen schweren Rezession jetzt bei den langfristigen Aspekten wie dem umfassenden Umbau der sozialen Sicherungssysteme angelangt. Der gesellschaftliche Konsens ist auch in dieser Ländergruppe aufgrund massiver Proteste in breiten Bevölkerungskreisen wiederum allerorten auf die Probe gestellt.

Als großes Missverständnis hat sich anfangs die Diskussion um ein eher gradualistisches Konzept oder um die Durchführung einer radikalen Schocktherapie herausgestellt. Es gibt weder das eine noch das andere Konzept in Reinform, und es hängt ganz entscheidend von der Ausgangslage sowie von den vorher bereits im Sozialismus durchgeführten Reformen ab, welches Programm Erfolg verspricht. Selbst eher „gradualistisch“ orientierte Ökonomen wie der Ungar János Kornai sprachen daher zu Beginn der Transformationsprozesse davon, „einen Bach nicht in zwei oder drei Sprüngen überqueren zu können, wenn man ihn in einem Sprung überspringen muss“. Polens Schocktherapie unter Balcerowicz' Team weist unverkennbar Elemente in der realwirtschaftlichen Anpassung auf, die dem Zeitbedarf der Umstrukturierung Rechnung tragen. Während dagegen das stets eher gradualistisch orientierte Ungarn ein Konzept vorlegte, das Anfang 1995, mit harten, radikalen Stabilisierungsmethoden versehen, ironischerweise von einer post-sozialistischen Regierung unter Gyula Horn durchgeführt

wurde. Seitdem befindet sich das Land auf einem steilen Wachstumspfad mit weiterhin hohen Zuflüssen an ausländischem Realkapital und Portfolioinvestitionen.

Die fünf neuen Bundesländer

Auf die Situation in den neuen Bundesländern sei an dieser Stelle ebenfalls kurz eingegangen. Die Kardinalsünden (und ich beziehe mich dabei insbesondere auf die Arbeiten der Münchener Ökonomen Gerlinde und Hans-Werner Sinn) bestehen denn auch, aus einer zeitlich distanzierten Betrachtung, aus mindestens drei groben Verstößen gegen jedwede ökonomische Vernunft, die sich dem politisch orientierten Handlungszwang beugen musste:

1. Der Versuch, eine gesamte Volkswirtschaft, deren Wert des Kapitalstocks praktisch gegen Null ging, rentierlich am Markt für Investitionen zu veräußern. Die Defizite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen entspringen eben dieser Tatsache. Noch kaum hatten sich Wirtschaftswissenschaftler so geirrt, wenn es um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit einer ganzen Volkswirtschaft ging.
2. Die rasante Entkopplung der Produktivitätsentwicklung und der Lohnentwicklung, die bis jetzt anhält und die zu einer phänomenalen Verteuerung und damit zu einem Abbau des Faktors Arbeit führt. Dadurch wurden weite Teile der ehemaligen DDR gleichsam zu einer einzigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.
3. Der politisch motivierte und auch politisch unvermeidbare, aber ökonomisch katastrophale Umtauschkurs nach dem Vertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli 1990, der die Verschuldung der Betriebe in die Höhe schnellen ließ und somit den Konkurs bzw. den „Marktaustritt“ vieler Unternehmen bedeutete.

Die Situation in Ostdeutschland ähnelt auch heute noch, zehn Jahre nach dem Fall bzw. dem

Niederreißen der Mauer und dem Aufbruch in ein neues Zeitalter, einem großen Vakuum:

Großartige Visionen standen zu Beginn im Vordergrund,

Warnungen wurden überhört,

Ernüchterung stellte sich schnell ein,

Ignoranz herrscht vielerorts von Seiten der „Wessis“,

Gleichgültigkeit von Seiten der „Ossis“,

Pragmatismus wird vielerorts angemahnt,
auf Zeit spielen heißt jetzt die Parole...

Theo Sommer bemerkt dazu mit Rückgriff auf den französischen Publizisten Daniel Vernet, dass zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, neun Jahre nach der Einheit Land und Menschen vereinigt, aber noch lange nicht vereint seien! Zusammen und nicht mehr geteilt, aber mit zwei völlig unterschiedlichen Hälften. Wiewohl die physische und wirtschaftliche Aufbauleistung enorme, und in der Geschichte noch nie dagewesene, Dimensionen angenommen hatte und immer noch annimmt, spalten zwei völlig unterschiedliche Muster von Verhaltensweisen ein Land.

Unkommentiert dazu ein paar nackte Angaben:

1. 5 Mio. sanierter Wohnungen, 6 Mio. neuer Telekommunikationsanschlüsse und 5.000 km erneuerter Schienenwege steht die gewaltige Transfersumme von 1.500 Mrd. DM (jährliche Nettozahlungen von ca. 150 Mrd. DM) in die neuen Länder gegenüber.
2. Auf 20% der Bevölkerung entfielen 1998 erst 12% der gesamten inländischen Wertschöpfung und der Anteil am gesamten Steueraufkommen übersteigt kaum 10% am gesamten Steuervolumen der Bundesrepublik.
3. Am gravierendsten: die Arbeitsproduktivität in den neuen Ländern entspricht mit 57% (Wert Ende 1998) wenig mehr als der Hälfte der Produktivität im Westen. Das hat bei

einem Lohnniveau von 85 bis 90% des Westniveaus zur Folge, dass die Lohnstückkosten deutlich über dem Niveau in den westlichen Bundesländern liegen.

Um die Situation auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu betrachten, lohnt es sich, dazu abseits der blanken ökonomischen Dimension die Literatur zu Rate zu ziehen. Jürgen Fuchs, oppositioneller Schriftsteller in der DDR, verstorben im Frühjahr 1999 an Krebs (vermutlich an den Folgen einer langen, versteckten Bestrahlung durch das Ministerium für Staatssicherheit) schreibt in seinem Lebenswerk „Magdalena“:

„Das Leid verflüchtigt sich, die Gefahr wird läppisch. Wo eine Mauer stand, wachsen Büsche und Gras, Straßen kreuzen den Todesstreifen, das Minenfeld, wenig passiert. Fast alles ist neu oder so wie früher. Die Ignoranten triumphieren, die Gleichgültigen bekommen recht, die Pragmatiker fahren ihre Ernte ein. Nun müßt ihr nur noch die Klappe halten und den Kopf einziehen!“

Gewinner und Verlierer

Mit dem rasanten und vollen Ausbruch der harten Übergangsphase wurden mit einem Mal alle Extreme und damit alle Schattenseiten offenkundig.

- Die Utopie, dass die Systemtransformation nur Gewinner hervorbringen werde, musste schnell begraben werden.
- Die Utopie, dass die Systemtransformation geräuschlos und ohne Transaktionskosten vonstatten ginge, musste ebenso begraben werden.
- Die Utopie herrschte vor, dass der Staat bzw. die Regierung die Verlierer leicht entschädigen könne, um so den sozialen Frieden zu wahren. Die jüngsten Demonstrationen auf Polens Straßen sind Ausdruck der feindlichen Haltung großer Bevölkerungsteile gegen das Reformpaket und die harten Anpassungsmaßnahmen in der zweiten großen Phase der

Transformation, der Reform der „sozialen Sicherungssysteme“.

Denn eine gravierende Folge der Prozesse besteht in der Verarmung eines mitunter großen Teils der Bevölkerung. Von einem tragfähigen Mittelstand zu reden, macht allenfalls eingeschränkt in den weiterentwickelten Ländern Mitteleuropas Sinn. In Russland zeigen Statistiken für das Armutsniveau, dass unterschieden nach Methodik zwischen 30% (offizielle Statistik der russischen Föderation) und bis zu 65% (nach wesentlich strengeren statistischen Kriterien der EU) unterhalb des jeweils definierten Existenzminimums leben (müssen). Darüber hinaus belegen Werte für das reale Einkommen der Haushalte in Russland den dramatischen Trend der realen Verschlechterung des Wohlstandsniveau. Im Herbst 1999 fanden sich Haushalte gerade noch auf 60% des Wohlstandsniveaus von Ende 1996 wieder (DIW, 1999). Ökonomische Transaktionen laufen zum Großteil auf der Ebene des Realtausches (Barterhandel) ab, da das Geld seine ureigensten Funktionen in der dramatischen Abwärtsbewegung verloren hat.

Die mitunter mehr als explosive Situation in Russland lässt sich am besten von dem russischen Schriftsteller Michail Schischkin, der den Untergang als Existenz begreift, darstellen:

„Stellen Sie sich die Titanic vor, so groß wie einen ganzen Kontinent. Sie geht unter und kann doch nicht untergehen. Panisches Seufzen gehört immer mehr zum selbstverständlichen Umgangston. ‚Zu Hilfe, zu Hilfe‘!, so lautet das Leitmotiv der offiziellen Auftritte der Politiker, der Artikel der Journalisten sowie der Gespräche beim gemütlichen Zusammensitzen im Freundeskreis. Natürlich wäre es durchaus möglich, sich aus dem versinkenden Giganten durch einen Sprung ins offene Meer zu retten, aber wer springt schon gerne ins kalte Wasser, zumal ja nicht jeder die Kunst des Schwimmens beherrscht. Das Schiff ist am Versinken, im Salon spielt ein Orchester, allem zum Trotz,

besingt die Freude und die Schönheit des Lebens. Und die Menschen sind nun einmal Menschen: man stirbt, man wird geboren. Untergang als Zustand der Existenz, Endzeitstimmung als Lebenseinstellung.”

Ein anderes Bild abseits von Wachstumszahlen und makroökonomischen Indikatoren kann gewonnen werden, indem man die Entwicklung der personalen Einkommensverteilung in der Gruppe mittel-, südost- und osteuropäischer Länder betrachtet. Die Tabelle lässt einen erweiterten Blickwinkel hinsichtlich ökonomischer Phänomene in Transformationsländern zu.

Personale Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient) in Mittelost- und Osteuropa

Land	1989	1997
Tschechien	0,198	0,239
Slowakei	0,198	0,249
Polen	0,275	0,334
Ungarn	0,225	0,302
Bulgarien	--	0,336
Rumänien	0,237	0,305
Estland	0,280	0,361
Lettland	0,260	--
Litauen	0,262	0,309
Weißrussland	0,265	0,249
Russland	0,265	0,385
Ukraine	0,229	--

Quellen: UN – ICDC (1999), DIW (1999).

Was zeigen die Werte?

- Der Gini-Koeffizient gilt als statistisches Maß für die Konzentration des Einkommens, festgelegt auf Einkommensgruppen der Bevölkerung (jeweils 20%-Gruppen: unterste, untere, mittlere, obere und oberste 20%). Je höher er liegt, desto ungleicher ist das Einkommen in einem Land verteilt, desto höher ist daher der Anteil am gesamten Ein-

kommen, den nur eine kleine oberste Schicht der Einkommensbezieher auf sich vereint.

- Es kann unisono ein Anstieg der Einkommensungleichheit von 1989 bis 1997 festgestellt werden. Eine Ausnahme bildet hierbei Weißrussland, wobei die Validität der statistischen Daten ernsthaft angezweifelt werden muss.
- Ein Muster der Spreizung, das sich allzu oft in demonstrativem Konsum einer bestimmten Einkommensschicht äußert. Dies ist mit ein Grund für die weitverbreitete Nostalgie nach einem „gerechten“ System der Gleichverteilung und der Solidarität im Sozialismus, das in Wahrheit aufgrund des Vorhandenseins von privilegierten Gruppierungen nie existierte. Gleichwohl zeigt die Tendenz ein enormes Auseinanderdriften der Einkommens- und Vermögensunterschiede.

Transformation und Globalisierung

Das nächste Modewort neben Transformation, die Globalisierung, beherrscht die gegenwärtige Diskussion am Beginn des 21. Jahrhunderts noch viel mehr. Globalisierung wird dabei vielfach mit einem völligen Aus-dem-Ruder-Laufen der Kontrolle über unterschiedliche gesellschaftliche Prozesse gleichgesetzt. Spätestens seit den Sechzigerjahren (genauer geht der Begriff zurück auf das Jahr 1962 und den Namen McLuhan) wird vom *globalen Dorf* gesprochen. Worthülsen wie „Globalisierungsfalle“, „global players“ oder „die normative Kraft des Faktors Globalisierung“ dominieren die Diskussion allseits. Es erweist sich als zweckmäßiger, statt von Globalisierung eher von einer Internationalisierung zu sprechen. Der englische Historiker Eric Hobsbawm merkt an, dass die Welt nach 1914 viel stärker *eine* Funktionseinheit geworden ist, das dürfte umso mehr nach dem Zusammenbruch des Kommunismus der Fall sein.

In der Tat, aus verschiedenen und vornehmlich wirtschaftlichen Gründen ist „die Welt“ heute die primäre Funktionseinheit, wobei ältere Ein-

heiten, wie die Nationalökonomie und Nationalstaatlichkeit teilweise auf übergeordnete Komplexe transnationaler Aktivitäten reduziert werden. Supranationalität, transnationale Wirtschaftsverflechtungen sowie die Arbeit und zunehmende Bedeutung internationaler Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen gelten verstärkt als neue Organisationsprinzipien. Klassische Restriktionen wie die Dimensionen Raum und Zeit spielen im globalen Dorf angesichts des rasanten, bisweilen unvorstellbaren Fortschritts im Kommunikations- und Transportwesen nur eine untergeordnete oder gar keine Rolle mehr.

Auf der anderen Seite wird nicht selten das Wort „global“ leichtfertig für Dinge verwendet, die sehr weit weg, irgendwo in der Ferne geschehen. Tatsächlich operieren nur wenige Unternehmen, auch wenn deren Bedeutung von Tag zu Tag steigt, auf der ganzen Welt. Die meisten haben ihren eher regional-räumlichen oder nationalen Radius. Sie konzentrieren sich auf begrenzte Marktsegmente. Im selben Atemzug bleibt anzumerken, dass die Globalisierungstendenz auch massive Gegenbewegungen hervorruft. Ein neuer Regionalismus ist als Symptom dessen auszumachen. Ralf Dahrendorf beschreibt das eingehend, wenn er davon spricht, dass das mehr als ein „bloßes Zucken der Kräfte der Vergangenheit“ ist. Diese Gegentendenz besteht in der Zuwendung hin zu kleineren Räumen als einem supranationalen oder auch dem Nationalstaat.

Konkrete Auswirkungen der Globalisierung machen natürlich auch vor den Transformationsländern nicht halt. Finanz- und Kapitalmärkte reagieren auch in Warschau, Prag oder Budapest in Sekundenschnelle auf ökonomische und noch viel eher auf psychologische Impulse. Eine unabhängige, autonome Wirtschaftspolitik ist schon seit langem ein Wunschtraum eher national eingefleischter Ökonomen. Völlig zurecht wurde im letzten Jahr der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften an den kanadischen Ökonomen Mundell vergeben, der eben dieses Zusammenwirken von internationaler Geld- und

Fiskalpolitik und die Grenzen autonomer Wirtschaftspolitik bahnbrechend untersuchte.

Globalisierung heißt aber nicht vollends eine Abkehr von der Bedeutung nationaler Volkswirtschaften. „Soziale Marktwirtschaft“ bleibt ein sinnvoller Begriff. „Kapitalismus pur“ existiert nur in den Lehrbüchern. Auch eine globalisierte Welt von Politik und Wirtschaft bleibt eine Welt voller kultureller Vielfalt. Unterschiedliche Wirtschaftskulturen sitzen tief und verändern sich nur langsam, haben auf der anderen Seite auch ihre eigene Kraft und ihren eigenen Nutzen. Globalisierung heißt nicht Gleichmacherei, sondern bietet ungeahnte neue Lebenschancen. Globalisierung heißt aber auch eine Gefahr für offene, demokratische Gesellschaften, da sich mächtige, partikulare Interessen und Gruppierungen gegenüber der Chancengleichheit für alle durchsetzen könnten. Dieser Gefahr entschieden zu begegnen, ist die große Herausforderung für die Bürgergesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Literatur

- Dahrendorf, Ralf, *An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert*, Die Zeit Nr. 47, 1997.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), *Die wirtschaftliche Lage Rußlands*, DIW-Wochenbericht 49/1999.
- Fuchs, Jürgen, *Magdalena*, Berlin 1998.
- Hobsbawm, Eric, *Das Zeitalter der Extreme*, 2. Auflage, München 1999.
- Kornai, János, *The Road to a Free Economy*, New York 1990.
- Morus, Thomas, *Utopia*, Frankfurt am Main 1992.
- Popper, Karl, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, 7. überarb. Auflage, Tübingen 1992.
- Rushdie, Salman, *Die satanischen Verse*, 1989.
- Schischkin, Michail, *Neue Zürcher Zeitung*, 13.2.1999, S. 43.
- Sinn, Gerlinde und Hans-Werner, *Kaltstart*, 3. überarb. Auflage, München 1993.
- Sommer, Theo, *Der 9. November 1989 – Die Zeitenwende*, Deutschland – Zeitschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft, Nr. 5/99.
- Spak, Henryk J., *Erfolgreiche Transformationsökonomie*, Berlin 1998.

Rudolph A. Mark

Rußland zwischen Kommunismus und Marktwirtschaft – eine Momentaufnahme Ende 1999

„*Rußland wird nicht untergehen*“ lautet der sympathetisch-appellierende Titel eines vor wenigen Jahren erschienenen Buches der Journalistin und ehemaligen Moskau-Korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz.¹ Dieser Wunsch der Dame ist bis dato erfüllt worden, wenngleich die Ereignisse der vergangenen Monate und Wochen erhebliche Zweifel an der Überlebensfähigkeit des von Kataklysmen erschütterten Riesenlandes haben aufkommen lassen. Cassandra ist dabei nicht weit, eine stete Begleiterin der Rußlands Entwicklungen analysierenden Beobachterschar, deren Berichte ein bedrückendes Bild der aktuellen Situation malen und angesichts der daraus gefolgerten Auswirkungen auf die Weltwirtschaft sowie auf die Nationalökonomien Mittel- und Westeuropas den Medienkonsumenten in unseren Breiten die Haare zu Berge stehen lassen. Auch wenn man bei nüchterner Betrachtung nicht alle Einschätzungen der Journalisten und anderer berufener Spezialisten teilen mag, kann doch an der Virulenz der die Rußländische Föderation befallenen Krise wenig Zweifel bestehen. Der wichtigste Nachfolgestaat der UdSSR befindet sich in einem bedenklichen Zustand – und Remedur scheint nirgendwo in Sicht zu sein.

Im folgenden soll nun eine Zustandsbeschreibung versucht werden, ein Anriß der Problemkonstellation sowie der diese konstituierenden Befindlichkeiten und Bestimmungsfaktoren. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der politischen und gesamtgesellschaftlichen Ebene, d. h. wirtschaftliche Aspekte werden nur am Rande mit einbezogen.

Qualität und Fortschritt der Transformation in Übergangsdemokratien hängen in einem sehr hohen Maße vor allem auch vom Wechsel der Machteliten ab – und ganz besonders in einem Staat wie Rußland, dessen historische und

gesellschaftspolitische Entwicklung immer von oben, von einem dominierenden Zentrum aus gesteuert verlief. Dies gilt auch für die Gegenwart, wie schon der äußere Eindruck einer Visite in der Hauptstadt Moskau mit all ihrer wiedererstandenen Pracht jedem Besucher unübersehbar vor Augen führt. Zum äußeren Glanz paßt hingegen kaum das Erscheinungsbild des politischen Systems, wie es sich unter der Präsidentschaft Boris Jelzins mit all seinen Absurditäten bisher entwickelt hat und – wie es scheinen mag – angesichts unbewältigter Probleme auch schon wieder gescheitert ist.

Der Wechsel der Machtelite ist in Rußland inzwischen weitgehend abgeschlossen, er krankt aber daran, daß er rein formaler Natur war, denn die meisten der neuen Funktionsträger – und bis auf die Ebene der Provinzgewaltigen hinab – sind ehemalige Angehörige des zweiten Glieds der Sowjet-Nomenklatura. Mit wenigen Ausnahmen stammen die neuen Parteiführer aus dem Apparat der KPdSU, die Mehrzahl der Regierungsmitglieder aus den Wirtschaftsstrukturen oder der Reihe der Generaldirektoren, die in der Vergangenheit an der Spitze der Planwirtschaftsstrukturen gestanden haben. Die bekanntesten Vertreter sind neben Jelzin und Černomyrdin, Primakov, Geraščenko oder Masljukov, um nur die namhaftesten zu nennen.

Diese neue Elite betrachtet den Staat mehr oder weniger als ihr Privateigentum, das sie sich in den vergangenen Jahren angeeignet hat und das zu behaupten nun ihr Hauptanliegen darstellt. D. h. der Prozeß der „Beuteumverteilung“, wie es E. Schneider genannt hat, ist abgeschlossen, so daß nun folgerichtig eine Art „Hyperstaatlichkeit“ als Instrument der Machterhaltung dieser Bürokraten hoch im Kurs steht. Angesichts des Versagens der zumeist aus Nordamerika importierten Konzepte marktwirtschaftlicher Umgestaltung und einer gescheiterten liberalen Ordnungspolitik in den abgelaufenen Jahren und

Monaten haben nun zusehends mehr Vorstellungen interventionistischen Eingreifens der staatlichen Institutionen neue Attraktivität und ihre Sachwalter zusätzliche Legitimität gewonnen. Der Vorrang der Exekutive ist zudem in der Verfassung vom Dezember 1993 festgeschrieben, so daß alle Voraussetzungen für ein freies Spiel der Gewalten fehlen. Auch der im Mai 1999 erstaunlich glatt über die Bühne gegangene Wechsel von Primakov zu Stepašin kann hier als Beleg dienen.

In westlichen Kategorien gedacht ist dies auch deshalb schlimm, weil das Zweikammernparlament angesichts der Präponderanz der Exekutive seine von der Konstitution ihm zugedachte Aufgaben so gut wie nicht wahrnehmen kann, darüber hinaus aber auch durch das Lagerdenken der in ihm vertretenen Fraktionen praktisch paralysiert ist. Daran hat sich auch nichts geändert, nachdem Jelzin Vertreter der bisher in politischer Obstruktion verharrenden KPRF in das Kabinett Primakov aufgenommen hatte. Denn tendenziell festigte dies eher die Vorherrschaft der "Partei der Macht", wie auch das in vielen Fällen nur zögerliche Eingehen Zjuganovs auf die Kooperationsangebote des Präsidenten im Herbst 1998 deutlich gemacht hat. Gleichzeitig ist die uns oft als Fundamentalobstruktion erscheinende Politik der braun-roten Opposition alles andere denn konsistent und grundsätzlich. Die politische Klasse ist nur auf den ersten Blick gespalten. Manichäische Dychotomien, Kategorien wie Rote und Weiße, Demokraten und Nichtdemokraten, Reformer und Reaktionäre erfassen lediglich tagespolitische, wahltaktische Konstellationen. In wesentlichen politischen Grundsatzfragen ist sich diese politische Klasse nämlich Parteien und Fraktionen übergreifend durchaus einig. Und dieser Konsens, der historisch tief in der Gesellschaft Rußlands verwurzelt ist, besteht in einem Staatspatriotismus, dessen Kern zwar russisch national ist, aber die Besonderheit einer rußländischen Staatlichkeit und Gemeinschaft meint, die sich mit dem Terminus Sowjetvolk durchaus parallelisieren läßt. Sie ist partiell slawophil-antiwestlich, antiliberal, idealisiert die

Einheit der Gemeinschaft gegenüber dem Individuum, zielt auf Konfliktvermeidung, verachtet formalisierte politische Prozeduren und gleiche Spielregeln für alle.² Dieser patriotische Grundkonsens verträgt sich jedoch mit dem bestehenden politischen System viel besser, als uns die plakativ vorgetragene Kritik eines Zjuganov oder Zirinovskij glauben machen versucht. Daß dabei auch Ängste, von den Futtergripen des Staates verdrängt zu werden, eine Rolle spielen, muß nicht extra hervorgehoben werden. Hier sind zudem wesentliche Gründe der Stabilität zu finden, die das politische Regime bisher gezeigt hat, aber auch Ursachen des verschleppten Transformationsprozesses – neben den Entwicklungsdefiziten der Sowjetzeit und den Strukturverwerfungen der Perestrojka.

Jelzin und seine Ministerpräsidenten als höchste Repräsentanten der sie tragenden Partei der Macht bilden die Spitzen eines politischen Systems, dessen Kopflastigkeit der des untergegangenen Sowjetstaates entspricht. Der Präsident hat um sich herum eine rund zweitausend Personen umfassende Präsidialverwaltung geschaffen, die damit zahlenmäßig und funktional dem ZK-Apparat der einstigen KpdSU³ nahe kommt. Hier werden die wichtigsten Entscheidungen gefällt und zur Exekution an die Regierung weitergeleitet, die ihrerseits eher ein Wirtschaftskabinett denn eine leitende politische Behörde darstellt. Hier glaubte man zwar mit dem Regierungsantritt Primakovs im September 1998 einen sich anbahnenden Wandel erkennen zu können, da nach der Krise vom 17. August dem Premier ein größerer Handlungsspielraum eingeräumt worden zu sein schien; doch wurde rasch deutlich, wo unter den obwaltenden politischen Umständen sowie angesichts verfassungsbedingter Unausgewogenheiten die Grenzen jedes noch so fähigen Regierungschefs wie auch seiner engagiertesten Minister liegen.

Die Ernennung Primakovs zum Ministerpräsidenten war im Westen mit wenig Begeisterung aufgenommen worden, entsprach er doch kaum unserem Bild eines dezidierten Reformers; aber

unter den gegebenen Umständen hätte Jelzin tatsächlich keinen besseren wählen können. Denn Rußland, das war nach der Augustkrise klar, brauchte eine Erholungspause und vor allem Politiker, die neue Zuversicht schaffen konnten. Laut Umfragen vom Oktober 1998 genoß Primakov das Vertrauen von 70% der Bürger Rußlands, und 45% glaubten, daß es ihm gelingen könne, das Land aus der Krise zu führen.⁴ Er war der erste Premier Rußlands, der mit soviel Vertrauenscredit zu Amtsbeginn bedacht worden war. Und dies ist durchaus verständlich. Er ist ein Pragmatiker, frei von Illusionen, der sich auf die Volkspsyche und öffentliche Meinung einzustellen versteht, ohne allzu starken populistischen Zungenschlag: *“Wenn dir das Leben statt Honig nur saure Zitronen gegeben hat – mache daraus Limonade”*,⁵ soll er als Maxime ausgegeben haben.

So hat er damals ein Kabinett zusammengerufen, in dem sich die wichtigsten Gruppierungen, wenn auch nicht immer voll repräsentiert, aber mit ihren Interessen doch ernst genommen fühlen konnten. Der Erste Vizepremier Masljukov stand wie der Zentralbankchef Geraščenko für die sich erneuert habende einstige Parteiwirtschafts-Nomenklatura, und Gennadij Kulik vertrat die Subventionen fordernde Agrarlobby. Vladimir Bulgak, zuständig für Wissenschaft und Kommunikation, galt als Gewährsmann des mächtigen Wirtschaftsoligarchen Berezovskij, während Finanzminister Zadornov als Reformier und hartnäckiger Wahrer von Haushaltsdisziplin sich einen entsprechenden Ruf erworben hatte, der zudem unter diesen Etikettierungen auch im Westen Ansehen genoß. Die Liberaldemokraten Žirinovskijs wurden durch Sergej Kalašnikov als Arbeitsminister in die Kabinettsdisziplin eingebunden, Vladimir Gustov repräsentierte die Macht der Provinzfürsten, und kundige Thebaner sahen die Qualifikation der neuen Sozialministerin Valentina Matvienko in der Tatsache begründet, daß mindestens die Hälfte der Wählerschaft Rußlands dem schönen Geschlecht angehört.

Kabinettsposten, das haben die letzten Jahre gezeigt, sind in der Rußländischen Föderation

wohlfeil, und neu berufene Minister überstehen selten eine ganze Legislaturperiode. Das rasche Ende des Kabinetts von Primakov hat dies ein weiteres Mal deutlich werden lassen. Die Probleme, derer es sich anzunehmen hatte, waren zu vielfältig und zu kompliziert, als daß Patentlösungen hätten rasch gefunden werden können, zumal einige der angekündigten neuen Maßnahmen wenig geeignet schienen, für radikale Remedur zu sorgen.

So hat Primakov neben den schon bestehenden Institutionen wie Präsidialverwaltung und Kabinett eine weitere dirigierende Behörde geschaffen, ein Regierungspräsidium,⁶ das von der Verfassung eigentlich nicht vorgesehen ist und dem – wie in sowjetischen Zeiten – neben dem Premier, seinen Stellvertretern, den Ministern von Schlüsselressorts auch der Zentralbankchef angehören soll. Eine Neuerung stellte die Berufung des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften dar. Gleichzeitig wurde nach einigem Hin und Her auf die Einbindung der einflußreichsten Gouverneure und Republikpräsidenten verzichtet, nachdem offenbar die meisten der in Frage kommenden deutlich gemacht hatten, daß sie die bisher zu Moskau beobachtete Distanz auch künftig nicht aufgeben wollten. Einzelne sollten jedoch, wie zu hören war, nach Bedarf hinzugezogen werden. Dieses neue Gremium sollte Aufgaben wahrnehmen, die bisher zur Prärogative des Präsidenten gezählt hatten, dessen Machtbefugnisse zudem durch erweiterte Zuständigkeiten des Premiers erheblich beschnitten werden sollten, vor allem auch im Bereich der Wirtschaftspolitik, in die sich Jelzin nicht mehr einmischen wollte.⁷ Wie schon im Falle anderer in der Vergangenheit angekündigter Maßnahmen blieb es jedoch auch unter Primakov wieder nur bei Absichtserklärungen, denen keine entsprechenden Taten folgten.

Das gegenwärtige Rußland präsentiert sich als ein Land, dessen Widersprüchlichkeiten und Ungleichzeitigkeiten neben den durchaus vorhandenen Entwicklungsperspektiven nicht größer sein könnten. Der wirtschaftliche Transformationsprozeß hat mit immensen sektoralen

Unterschieden riesige Fortschritte gemacht, die nicht nur in Moskau, Sankt Petersburg oder Nižnij Novgorod dem Beobachter ins Auge springen. Auch in der Provinz fallen Verbesserungen an der Infrastruktur, am Städtebild oder im Angebot an Geschäften und zahlreichen anderen Dienstleistungen auf. Um so schockierter ist jedoch der Betrachter, kommt er dann nach Ivanovo oder in die Gebiete des sogenannten roten Gürtels, ganz zu schweigen von Salechard oder anderen Peripherien, in denen Stagnation, Rückständigkeit und oft blanke Not die Gegenwart bestimmen. Fast als Faustregel konnte bisher gelten, daß dort, wo Entstaatlichung und Privatisierung einigermaßen konsequent vollzogen wurden, der Modernisierungsprozeß auch positive Folgen gezeitigt hat. Aber dies war und ist nicht überall der Fall. Bis Ende 1997 wurden zwar etwa 60% der ehemaligen Staatsunternehmen privatisiert, gleichzeitig sind aber nur rund 37% aller Beschäftigten im privaten Unternehmensbereich tätig, der vor allem aus kleineren, mittelständigen Firmen besteht. Und hier entstehen lediglich 19% der gesamten Industrieproduktion.⁸ Die Mehrzahl der Arbeitnehmer steht also nach wie vor auf der staatlichen Lohnliste und ist allen Nachteilen dieser maroden, subventionsabhängigen und unterkapitalisierten Staatskonzerne ausgesetzt. Ein Hauptproblem und Spezifikum der Transformationsphase ist dabei die Überbeschäftigung in den Unternehmen, eine chronische Krankheit schon in sowjetischen Zeiten. Ein nicht unerheblicher Teil der auf den Lohnlisten stehenden Arbeitskräfte sind eigentlich überflüssig, weil sie in konkursreifen Unternehmen beschäftigt sind, zu denen Ende 1998 zwei Drittel aller Betriebe zählten.⁹ Sehr viele Beschäftigte befinden sich daher im Dauerzwangsurlaub, arbeiten nur stundenweise und müssen mit monatelangen Lohnrückständen auskommen. Zudem liegt bei fast einem Drittel aller Beschäftigten der Verdienst unter dem Existenzminimum.¹⁰ Und dennoch beziffert sich die Arbeitslosenquote im September 1998 auf rund 11% – nach Maßstäben der ILO.¹¹ Kein Wunder also, daß solche Befindlichkeiten Bergarbeiter und in anderen

Branchen Beschäftigte auf die Straßen und in die Hände kommunistischer und sonstiger Sowjet-Nostalgiker treiben.

Die Not und Sorge ums tägliche Brot kontrastiert zugleich mit dem geradezu obszönen Reichtum der Dollarmillionäre, ja Milliardäre, zu denen auch nicht wenige Politiker gehören. Cernomyrdin wird mit seinen Aktienpaketen von Gazprom und anderen Energieunternehmen von manchem Beobachter auf 5 Milliarden taxiert, und der Präsident einer der ärmsten Republiken Rußlands, Kalmückiens, Kirsan Iljumžinov, hat sich ein Millionenvermögen ergaunert, wie viele meinen, durch Tüchtigkeit erworben, wie er selbst behauptet. Letzterer gönnt sich dazu ein höheres Jahresgehalt als sein Amtskollege Jelzin.¹²

Das augenfälligste Faktum ist jedoch der immense Reichtum, den sich Bankmagnaten und Konzernchefs vom Kaliber eines Berezovskij oder Smolenskij erworben haben, unter Duldung und Beteiligung der politisch Mächtigen. Sie alle sind Teil eines korrupten Netzwerkes, das bereits in planwirtschaftlichen Zeiten entstanden ist, damals sozusagen als Korrektiv für die mangelnde Flexibilität der sowjetischen Wirtschaft. Denn nur durch informelle Netzwerke zwischen Zulieferern, Produzenten, Branchenministerien und Abnehmern konnte das System einigermaßen funktionieren. Mit dem Übergang zur Markt- und Geldwirtschaft begann sich jedoch auch der Charakter der Korruption zu ändern, nämlich hin zu einem Mittel rascher persönlicher Bereicherung auch außerhalb des Partei- und Staatsapparates.¹³

Als ein geeignetes Instrumentarium erwies sich dabei das Bankensystem, das zu einer wahren Maschinerie der Geldvernichtung geworden ist – für die Anleger. Die rußländische Elite der Banker, die sich zur Hälfte aus Angehörigen der sowjetischen Nomenklatur zusammensetzt, profitierte nämlich davon, daß Staat und Großbanken direkt aufeinander angewiesen sind. Der Staat als Emittent von Wertpapieren und als Kontrollinstanz ist für die Banken von genauso zentraler Bedeutung wie die Banken für den

Staat zur Finanzierung der chronischen Haushaltsdefizite, zur Verwaltung von Staatsgeldern und zur Stabilisierung der Finanzmärkte. Vor allem die Autorisierung von Großbanken zur Verwaltung staatlicher Gelder hat zu Unterschlagungen riesigen Ausmaßes geführt auf Kosten von Löhnen und Renten, die nur mit Verzögerung oder auch gar nicht ausgezahlt wurden. Eine Besonderheit dieses Bankensystems ist zudem die Tatsache, daß auch das Privatkundengeschäft weitgehend in der Hand der wenigen Großbanken liegt, die mit Hilfe des Staates die kleineren privaten Banken fast gänzlich aus dem Geschäft gedrängt haben, so daß sich viele von diesen nur mittels krimineller Aktivitäten bis hin zum Anlegerbetrug und zur Geldwäsche über Wasser halten konnten. So gibt es Schätzungen, daß allein die Drogenmafia hier jährlich bis zu 35 Milliarden Dollar wäscht.¹⁴ Und selbst jene Banken, die nicht direkt der organisierten Kriminalität zugerechnet werden – das sind die meisten Großbanken – kooperieren wissentlich oder unwissentlich bei Geldwäsche und Kapitalflucht ins Ausland. Da hierbei mit harten Bandagen gekämpft wird und es um sehr viel Geld geht, werden vor allem kleinere Banken Opfer von Schutzgelderpressung, während umgekehrt aber auch viele Banken bewaffnete Banden zum Eintreiben fälliger Außenbestände in Anspruch nehmen. Am deutlichsten zeigen sich die Verbindungen zwischen dem Bankensektor und dem organisierten Verbrechen in den zahlreichen Auftragsmorden, die fast schon zum russischen Alltag gehören. So wurden seit 1992 rund 150 Mordanschläge auf Bankmanager verübt, von denen 80 dabei den Tod fanden.¹⁵

Daß Korruption und kriminelles Handeln auch in vielfältigen anderen Formen – etwa Insidergeschäfte, Unterschleif, überhöhte Inrechnungstellungen, Spekulation mit Kundengeldern, Bestechung etc. – an der Tagesordnung sind, lehrt schon ein Blick in russische Zeitungen.

So unangemessen und nicht immer auf durchsichtige Weise erworben der Reichtum der neuen Russen auch sein mag, ist er doch auch Ausdruck einer im Grunde positiven Entwicklung, nämlich der zwangsläufigen Einkommens-

differenzierung infolge privaten, marktwirtschaftlichen Handelns. Denn neben der exorbitanten Bereicherung der sogenannten Oligarchen ist seit einigen Jahren auch das Aufkommen eines Mittelstands zu beobachten, dessen Existenz die Fortschritte der marktwirtschaftlichen Transformation belegen und eine wichtige Voraussetzung bilden für die sozialökonomische und politische Modernisierung des Landes¹⁶, der Angleichung an westeuropäische Verhältnisse. Noch ist es zwar bei weitem noch nicht so weit, aber der neue Mittelstand wird immerhin auf mindestens 10%, gemäß anderen Quellen sogar auf bis zu 30% der rund 147 Millionen Einwohner Rußlands geschätzt. Zu dieser neuen Schicht wurden Familien gerechnet, die über ein Monatseinkommen verfügten, das sich vor der Rubelkrise zwischen 150 und 1200 US-Dollar bewegte.¹⁷ Die hohen Absatzzahlen für teure westliche Konsumgüter waren dabei ein Beweis für die gewachsene Kaufkraft jener Schicht. Gleichzeitig lag das statistische Durchschnittseinkommen bei rund 300 US-Dollar, nach dem Rubelverfall nur noch bei etwa einem Drittel dieser Summe. Die höchsten Einkommen gibt es in Moskau, Kazan', Ufa, aber auch Vladivostok oder Jekaterinburg, wo etwa die Angestelltegehälter schon seit einigen Jahren um einiges höher lagen als in St. Petersburg. Die hier erreichten Einkommensverhältnisse und der daraus resultierende Lebensstandard der neuen Mittelschicht wurden zwar durch die Währungskrise Rußlands und den Kollaps des Bankensystems am stärksten in Mitleidenschaft gezogen, scheinen aber weniger längerfristigen Schaden genommen zu haben, als zunächst befürchtet worden war. Jedenfalls zeigt die Einkommensentwicklung jener für den gesamten Transformationsprozeß so wichtigen Bevölkerungsschicht seit Beginn 1999 wieder deutlich nach oben.¹⁸

Nur noch als katastrophal zu bezeichnen ist zweifelsohne die Situation in der Landwirtschaft. Dieser schon in sowjetischen Zeiten problemträchtigste Sektor hat durch die Umbrüche seit der Perestrojka zusätzlichen Schaden genommen und zeigt momentan so gut

wie keine Ansatzpunkte, aus denen heraus die notwendige Erneuerung erfolgen könnte. Bisher sind nur wenig mehr als 2% aller landwirtschaftlichen Betriebe privatisiert worden¹⁹ und viel mehr werden es auch auf absehbare Zeit nicht werden. Es existieren sogar Anzeichen einer tendenziellen Rückentwicklung. Ursache sind hier das immer noch fehlende Gesetz über die Privatisierung und die freie Verfügbarkeit über Grund und Boden. Dessen Verabschiedung wird seit Jahren von der Duma blockiert, ein Zustand, der anhalten und weiterhin potentielle Investoren abschrecken wird.

Die ungeklärten Verhältnisse in diesem Sektor haben mit dazu beigetragen, daß die Agrarproduktion seit 1990 um über 40% zurückgegangen ist. Wie jeder Gang durch Lebensmittelgeschäfte deutlich vor Augen führt, haben hier teure Importprodukte rußländische Waren weitgehend verdrängt, lediglich inländische Wodkaproduzenten scheinen verlorene Marktanteile zurückerobert zu haben. Die breite Masse der Bevölkerung lebt daher weitgehend von ihrer Hände Arbeit in nebenwirtschaftlich betriebenen Gärten und Grundstücken. Es gemahnt geradezu an sowjetische Zeiten, wenn man weiß, daß auf diesen nur 5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche umfassenden Hof- und Gartenstücken gegenwärtig schätzungsweise 90% des Kartoffel- und 75% des Gemüsebedarfs der Bevölkerung produziert werden sowie rund die Hälfte des Fleisch- und Milchbedarfs. Ein Teil der Lösung des Rätsels, wie denn die Menschen Rußlands angesichts von Inflation, ausstehenden Löhnen und unerschwinglichen Nahrungsmitteln in den privaten Geschäften überleben können, liegt hier. Mutatis mutandis gilt dies übrigens auch für die Ukraine, für Weißrußland oder Moldova.²⁰

Gleichzeitig hat die ländliche Bevölkerung die schwerste Not zu ertragen. Die meisten Dorfbewohner hatten schon in der Vergangenheit zu den eher unterprivilegierten Schichten gehört. Daran hat sich nichts geändert. Die Armut auf dem Land ist gegenwärtig zweimal höher als in den Städten, denn weniger als die Hälfte der bäuerlichen Familien verfügten über ein Pro-

Kopf-Einkommen, das über dem Existenzminimum liegt. So hat sich im Vergleich mit dem in Rußland gezahlten Durchschnittslohn der Verdienst in der Landwirtschaft seit Beginn der 1990er Jahre kontinuierlich verringert und liegt momentan bei etwa 46%. Folgeerscheinungen sind Unterernährung, zunehmende Erkrankungen und ein hoher Grad an Alkoholismus.²¹

Anspruchslosigkeit und Duldsamkeit der Masse der rußländischen Bevölkerung wurden in den vergangenen Jahren immer wieder zitiert und dienen nicht zuletzt auch uns im Westen als eine Art Palliativum angesichts des hinter der Not drohenden Protestpotential der immer weiter depravierten Bürger Rußlands. Und tatsächlich halten sich Protest und Widerstand der Betroffenen aller Schichten in Grenzen. Aufmerksamkeit erregen lediglich plakative Aktionen etwa der um ihre Löhne betrogenen Bergleute, wenn sie Eisenbahnlinien blockieren oder vor dem Weißen Haus in Zelten kampieren. Erfolgreich waren solche Demonstrationen aber nur partiell, weil zwar einzelne Branchen und Reviere Abschlagszahlungen auf ausstehende Gelder erstreiten konnten, das Grundübel jedoch nicht beseitigt wurde. Protestaktionen dieser Art blieben nämlich isoliert und lieferten keinerlei Impulse zur Generierung eines General- oder Massenstreiks. Der fragmentarische Charakter dieser Aktionen wirkt zudem systemstabilisierend und läßt den eigentlich nötigen Reformdruck von unten missen.

Selbst eine Institution wie die Armee, die eine tragende Säule der Sowjetmacht gewesen ist und auch heute noch einen wesentlichen Faktor des russischen Großmachtanspruches darstellt, steht der Vernachlässigung durch Staat und Gesellschaft kraft- und machtlos gegenüber. Kritische Stimmen gibt es immer wieder, verhallen aber fast ungehört. Selbst Versuche von Offizieren, sich als Berufsgruppe zu organisieren, um im politischen Raum Gehör zu finden, sind über bescheidene Ansätze nicht hinaus gekommen. Ähnlich wie etwa bei Lehrern oder Studenten bleiben Proteste eine lokale, höchstens regionale Angelegenheit. Allerdings ist in der Armee darüber hinaus ein Phänomen zu beobachten,

das in dieser Form unter anderen Berufsgruppen weniger vorkommt: nämlich zahlreiche Selbstmorde von Berufssoldaten, Offizieren. Frust, Enttäuschung und empfundene Entehrung werden nicht mehr kollektiv aufgefangen, sondern zerstören das isolierte Individuum. Dies sagt natürlich auch viel über die Institution Armee²² aus, die ihres Prestiges, das sie traditionell in der Öffentlichkeit genossen hat, längst verlustig gegangen ist, und die neben der materiellen Not auch mit einer zermürbenden Sinnkrise zu kämpfen hat.

Warum bürgerliches Aufbegehren und Protest in Rußland so schwach entwickelt sind, hat zahlreiche historische, psycho-soziale und geistes-kulturelle Hintergründe. Die Probleme des Wertewandels, die mühsame Entdeckung des Individuums in Rußland, die Idealisierung von Volk und Staat, Kollektivismus und Sobornost', Orthodoxie und Narodnost' sowie deren Antithesen markieren verinnerlichte Werte- und Orientierungssysteme, die der raschen Entfaltung einer politisch aktiven Bürgergesellschaft immer noch im Weg stehen.

Ein ganz anderes Problemfeld, das Primakov nach seinem Regierungsantritt als für Rußland existenzbedrohend bezeichnet hat, sah er nicht etwa in der Nato-Osterweiterung, sondern in den zentrifugalen Kräften, die er in den Provinzen und Regionen seines Landes beobachtet hat. Dazu einige Vorbemerkungen: Wie schon die auseinandergebrochene Sowjetunion ist auch Rußland ein Vielvölkerstaat, auf dessen Territorien Angehörige praktisch aller Völkerschaften leben, die auch auf der Nationalitätenliste der UdSSR erfaßt worden waren. Gleichwohl ist – was oft übersehen wird – Rußland ethnisch viel homogener als die einstige Union. Mit rund 120 Millionen stellen die Russen 81,5% der Gesamtbevölkerung, und rechnet man die inländischen, weitgehend russifizierten Ukrainer und Weißrussen hinzu, beläuft sich der Anteil der tatsächlich andersethnischen Bevölkerung auf weniger als 15%. Lediglich Tataren, Tschuwaschen, Baschkiren und Mordwinen zählen zudem eine

Million oder mehr Menschen, während etwa die rund 50 sogenannten kleinen Völker des Nordens jeweils nur einige Tausend oder auch nur ein paar Hundert Angehörige vorweisen können. Ein akutes Nationalitätenproblem existiert eigentlich nicht – der Fall Tschetschenien bildet lediglich die sprichwörtliche Ausnahme von der Regel. Was dagegen konfliktträchtig ist, das sind die ungleichgewichtigen Zentrum-Peripherie-Beziehungen, die im Kern eher sozialökonomischer oder allgemeinpoltischer Natur sind.

Wie ja schon die offizielle Titulatur ausweist, ist die Rußländische Föderation ein Bundesstaat, der – mit geringen Korrekturen – auf den territorial-administrativen Strukturen des sowjetischen Scheinföderalismus basiert. Seit 1993 ist das gesamte Territorium in 57 (russische) Gebietskörperschaften unterteilt, nämlich:

- in 49 Gebiete (Oblasti),
- 6 Regionen (Kraj),
- 2 Großstädte

sowie in 21 nationale Republiken,

- 1 Autonomes Gebiet
- und 10 Autonome Kreise.

Insgesamt also in 89 Provinzen, Länder, die laut Verfassung und anders als in sowjetischer Zeit gleichberechtigte Subjekte der Föderation sind und je zwei Repräsentanten in die zweite Parlamentskammer, den Föderationsrat, entsenden. Die Wirklichkeit ist allerdings komplizierter und geprägt von verfassungswidrigen Unvereinbarkeiten, Unterschieden und Sonderentwicklungen, so daß die Fachwelt inzwischen vom asymmetrischen oder auch Vertragsföderalismus²³ Rußlands spricht. Was verbirgt sich nun dahinter?

Im Verlauf des Auflösungsprozesses der Sowjetunion haben nicht nur die existierenden Sowjetrepubliken, sondern auch zahlreiche andere nationale Gebietskörperschaften volle Souveränität bzw. die Unabhängigkeit gefordert. Vor allem die neu geschaffenen nationalen Republiken haben den mit dem Zentrum Moskau im März 1992 abgeschlossenen Föderationsvertrag

erst dann unterschrieben, als ihnen weitreichende Sonderrechte eingeräumt worden waren. Tatarstan und Tschetschenien haben jenen Vertrag allerdings bis heute nicht unterzeichnet. Inzwischen hat nun mehr als die Hälfte der Republiken Sonderrechte und Privilegien erhalten, die sie unter den übrigen Subjekten deutlich hervorheben. Diese reichen vom Abschluß eines speziellen Staatsvertrages mit Moskau über bilaterale Sonderbeziehungen, der Erlaubnis, eine eigene Staatsbürgerschaft zu führen und eine Nationalbank zu unterhalten wie in Tatarstan und Baschkortostan bis hin zu steuerlichen Bevorzugungen oder speziellen Ermächtigungen, selbständig Außenhandel zu treiben. Eine Folge war, daß auch andere, "normale" Subjekte, versucht haben, ähnliches zu erreichen – mit einigem Erfolg: z. B. Kaliningrad, Ekaterinburg oder Krasnodar. Die übrigen hatte dabei das Nachsehen, vor allem solche, die aufgrund ihrer schwachen ökonomischen Position oder aus anderen Gründen keine Trümpfe im Poker mit Moskau vorzuweisen hatten.

Föderale Asymmetrie zeigt sich aber auch in anderen Zusammenhängen. Die Autonomen Kreise waren in sowjetischer Zeit einem nicht-nationalen Gebiet unterstellt. Mit der neuen Verfassung wurden sie aber gleichberechtigte Subjekte, was bis heute zu Friktionen und Konflikten mit den bisher administrativ und jetzt oft praktisch als übergeordnete Behörde weiter amtierenden Gebietsverwaltungen führt. Daß dabei handfeste ökonomische Interessen mit im Spiel sind, macht zudem eine Konfliktlösung im Sinne der Verfassung nicht einfacher. Denn hier geht es in manchen Fällen auch um Milliarden Dollars. Etwa im Gebiet Tjumen', das den Chantisch-Mansischen Autonomen Kreis mit einschließt, in dem 80% des rußländischen Erdgases gefördert werden. Oder im Tajmir-Kreis, der größte Nickelproduzent Rußlands, aus dessen Erlösen bisher ein erheblicher Teil des Etats der praktisch vorgesetzten Krasnojarsker Region bestritten wurde. Hier sind Verfassungsbestimmungen eine Sache, oft eine papierene, eine andere die Frage, wie die Beute verteilt

wird zwischen Moskau, Krasnojarsk und Dudinka.

Hier verwundert es auch nicht, wenn einzelne Regionen versuchen, so wenig wie möglich von ihren Reichtümern zur Umverteilung nach Moskau abzugeben. Und dies gelingt in nicht wenigen Fällen, weil Moskau bisher froh sein mußte, überhaupt bedacht zu werden. Nach Angaben des zuständigen Ministeriums haben 1997 nur zehn Subjekte mehr Gelder nach Moskau abgeführt, als sie von dort zur Begleichung staatlicher Ausgaben zurückerhalten haben, obgleich eigentlich 35 ohne Regierungssubventionen auskommen könnten. Aber persönliche Beziehungen oder auch die Geschicklichkeit einzelner Gouverneure spielen eine große Rolle und verhelfen zu Mitteln, die auf gesetzlichem Weg nicht zur Verfügung stehen. Angesichts der fast überall herrschenden Not mag ein solches Gebaren einzelner Politiker natürlich entschuldbar sein, es schädigt aber den Föderalismus und verwehrt dem Staat die Mittel, die anderswo noch dringender gebraucht werden. Sei es in Fernost, im unterentwickelten Kalmückien oder in den durch Krieg, Flucht und Vertreibung verheerten Regionen des Nordkaukasus, um nur die problematischsten zu nennen.

Inzwischen haben sich durch den Währungsverfall und den Zusammenbruch der bisherigen Budgetfinanzierung über hochverzinsten, kurzfristige staatliche Kreditaufnahmen die Zentrum-Peripherie-Beziehungen weiter dramatisch verschärft. Die so schon sehr knappen Mittel, die bisher in die Regionen flossen, mußten weiter reduziert werden, weil Primakovs Regierung die Notenpresse nicht allzu sehr in Anspruch nehmen wollte. Daß ihm dies gelungen ist, kann er auf der Habenseite seiner Regierungszeit verbuchen, vor allem auch deshalb, weil die Gebietskörperschaften mit ihren Gouverneuren sich dieser Politik kaum widersetzt haben und – anders als befürchtet – zentrifugale Tendenzen sich nicht weiter verstärkt haben. Dabei mußte und muß natürlich in Kauf genommen werden, daß die Verantwortlichen in den Regionen auf ihre eigenen örtlichen Möglichkeiten zurück-

geworfen bleiben, d. h. zu unorthodoxen Mitteln greifen müssen. Dies reicht von der Sequestrierung eigentlich an den Föderationsfiskus abzuführender Mittel, über die Ausgabe regionaler Geldverrechnungseinheiten bis hin zum überregionalen Zusammenschluß betroffener Gebiete, um massiver gegenüber der Regierung auftreten zu können. Ein aktuelles Beispiel ist etwa die sibirische "Soglašenije", zu der sich unter dem Vorsitz des Tomsker Gouverneurs Viktor Kress 19 Föderationssubjekte zusammengefunden haben. Solche Aktivitäten schärfen darüber hinaus natürlich auch das politische Profil einzelner Gouverneure, die so im Rennen um die Nachfolge Jelzins weitere Punkte sammeln konnten.

Gleichzeitig stellen aber gerade die Gouverneure eine durchaus stabilisierende Größe im Wirkungsgefüge zwischen Moskau und den Regionen dar²⁴, nicht zuletzt auch deshalb, weil über die Hälfte von ihnen der Partei der Macht zugeordnet werden und als Garanten des Status quo gelten. Daher war Primakov um die vor ihm stehende Aufgabe einer anstehenden Reform des rußländischen Föderalismus nicht zu beneiden. Die aufgelaufenen Probleme ließen zwar eine Kompetenzerweiterung und Stärkung der autonomen Rechte der Subjekte angeraten sein, andererseits können dadurch aber auch zentrifugale Tendenzen zusätzlichen Auftrieb erhalten. Es ist eine Wahl zwischen Skyla und Karybdis. Primakov ist ihr aus dem Weg gegangen, und wie sich Stepasin entscheidet, ist noch nicht absehbar.

Wie sah nun der Maßnahmenkatalog zur Krisenbewältigung aus, den umzusetzen Primakovs Regierung angetreten war? Bevor das föderale System wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann, muß zunächst der Staatshaushalt saniert, eine Stabilisierung der Finanz- und Wirtschaftsverfassung erreicht und die dringenden Grundbedürfnisse der Bevölkerung bedient werden. Dazu gehörten Versuche, die Staatsbehörden und ausführenden Verwaltungsorgane strenger zu kontrollieren und sie bei Pflichtverletzung direkt zur Verantwortung zu ziehen. Des weiteren wurden nun gezielt die

Gehaltsrückstände von Lehrern, Ärzten und Soldaten abgebaut und seit Oktober wieder regelmäßiger Pensionen und Renten ausgezahlt.²⁵ Die dazu nötigen Mittel sollten durch eine vorsichtige Erhöhung der Geldemission und durch den Verkauf von Gold beschafft werden.²⁶ Laut Primakov sollte die Notenbank dabei die Emissionen auf ein entsprechendes Maß begrenzen, um eine Hyperinflation zu vermeiden.²⁷ Eine erhöhte Inflationsrate sollte dabei jedoch bewußt in Kauf genommen werden, was unter den gegebenen Umständen auch durchaus sinnvoll war. Des weiteren sollten Unternehmens- und Gewinnsteuern auf Hebesätze reduziert werden, die die Steuermoral verbessern und Anreize für Unternehmensgründungen schaffen sollten. Die Krise wurde darüber hinaus als eine Chance für die rußländische Wirtschaft betrachtet, den an ausländische Lieferanten verlorengegangenen Binnenmarkt zurückzugewinnen und die Entwicklung nationaler Produktionsbranchen und Dienstleister zu stimulieren. Fehlendes Kapital sollte nicht zuletzt auch aus dem Ausland kommen. Dazu mußte zudem das Bankensystem erneuert werden, und unter Regierungsaufsicht die bis zu 15 Milliarden Dollar aktuell anstehenden Auslandsschulden beglichen werden – und zwar aus vorhandenem Vermögen der Banken. Bei Liquiditätsproblemen waren außerdem Eigentumsübertragungen an den Staat und bis zu einem gewissen Prozentsatz auch an die ausländischen Gläubiger vorgesehen.²⁸ Keines dieser Vorhaben ist in einem wünschenswerten Umfang verwirklicht worden. Dazu war sowohl die Primakov zur Verfügung stehende Zeit zu knapp als auch sein politischer Spielraum viel zu eng. Zudem dürften seine Selbstbehauptungsversuche in der Auseinandersetzung mit den um ihre angegriffene Stellung im rußländischen Machtsystem ringenden Oligarchen und der Präsidenten-Entourage viel Kraft gekostet haben. Der von Jelzin dann recht schnöde abservierte Premier vermittelte daher auch kaum den Eindruck, als würde er seinem verlustig gegangenen Posten lange nachtrauern. Nichtsdestoweniger kann sich Primakov das Verdienst zurechnen, der russischen Politik nach einer krisenhaften

Entwicklung wieder Stabilität und der Bevölkerung eine gewisse Zuversicht gebracht zu haben.

Die Vielfalt innenpolitischer Probleme und der retardierte gesellschaftliche Transformationsprozess finden eine Entsprechung in der Außenpolitik und spiegeln sich im geopolitischen Diskurs des seine historische Bestimmung suchenden Nachfolgestaates Rußland wider. Und hier spielen primär die veränderte sicherheitspolitische und strategische Situation des Landes eine Rolle, Gefühle der Niederlage und Unsicherheit bis hin zu einem fast lähmenden Syndrom der Isolation. Dies hat Gründe:

Mit dem Zerfall der Sowjetunion sowie der Auflösung von RGW und Warschauer Pakt hat Rußland nun wieder einen territorialen Zuschnitt wie zum letzten Mal vor rund 300 Jahren – vor dem Regierungsantritt Peters I. Die für den großmachtpolitischen Aufstieg des Landes so wichtigen Erwerbungen wie das Baltikum und die Ukraine sind verlorengegangen, und sicherheitspolitisch betrachtet hat sich Rußlands Westgrenze um bis zu 1300 km nach Osten verschoben – über Weißrußland, das Baltikum und die Ukraine hinweg. Das Dreieck Kiew – Lemberg – Minsk war aber seit dem 18. Jahrhundert Glacis und Aufmarschgebiet für die Landesverteidigung gewesen. Am Ende der Sowjetzeit waren hier nicht nur die wichtigsten Einrichtungen des gesamten sowjetischen Luftabwehrsystems und strategische Raketen disloziert, sondern auch die operative Heeresreserve von 40 Divisionen mit rund 30.000 gepanzerten Fahrzeugen. Dies alles ist verschwunden wie auch die baltische und die Schwarzmeerflotte als einsatzfähige strategische Großverbände. Dagegen ist das Lager des einstigen Gegners nicht nur intakt geblieben, sondern erneuert sich und feiert demnächst gar die Erweiterung nach Osten. Einem General oder Sicherheitspolitiker in Moskau müssen angesichts dieser Konstellationen die Haare zu Berge stehen, erst recht dann, wenn das Wenige, was Rußland an Großmacht- und Sicherheitsinstrumentarien noch zur

Verfügung steht, diesen Namen kaum noch verdient.

Internationale Abrüstungsbestimmungen, aber mehr noch versickernde Finanzierungsmöglichkeiten und andere Unzulänglichkeiten haben die russische Armee auf eine Größe reduziert und in einen Zustand manövriert, der ihre Einsatzfähigkeit auf viele Jahre hin radikal in Frage stellt. Selbst der zur bloßen Landesverteidigung notwendige Mannschaftsstand, der vom russischen Generalstab mit 1,2 Mill. Soldaten angegeben wird, existiert nur auf dem Papier, ist praktisch unterschritten. Tatsächlich militärischen Dienst tun dürften noch 300.000 Mann, der Rest sind tote Seelen oder ist ausschließlich mit Versorgungsfragen und infrastruktureller Substanzsicherung oder auch nur dem physischen Überleben beschäftigt. Soldrückstände von einem Vierteljahr waren bisher die Regel und haben das Offizierskorps zu einer weitgehend deprivierten Berufsschicht werden lassen. Einige Zigtausend Offiziersfamilien haben bis heute kein festes Dach über dem Kopf, und auch den Wehrpflichtigen geht es nicht besser, so daß jeder halbwegs Vernünftige sich diesem Dienst auf jede Art und Weise zu entziehen versucht. Dies hat Folgen für die Erneuerung der Armee. Ihr Rekrutierungsfeld für Offizier- und Unteroffizierskorps wird immer karger. Bei den sich 1997 zur Wehrerfassung stellenden jungen Leuten war beispielsweise jeder 3. gesundheitlich untauglich, jeder 6. unterernährt, jeder 7. vorbestraft und jeder 12. drogenabhängig.²⁹ Intakt geblieben sind – man müßte sagen: neben den strategischen Raketentruppen – lediglich die Vergütungen der Generäle und Admiräle, von denen inzwischen nicht wenige wegen Unterschleif, Veruntreuung und Diebstahl Klientel der Militärstaatsanwaltschaft geworden sind. Daß angesichts solcher Zustände das Ausgreifen westlicher Bündnisse nach Osten in der gesamten rußländischen Gesellschaft auf Mißtrauen und Ablehnung stößt, scheint daher nur all zu verständlich.

Die Depressionen produzierende Situation im militärischen Bereich konnte zudem bisher auch durch keine großen außenpolitischen Erfolge

kompensiert werden. Erinnert sei hier nur an die inferiore Rolle Moskaus im Jugoslawienkrieg und bei anderen Ereignissen, die Rußlands Defizite als Supermacht aller Welt vor Augen geführt haben. Auch die Bilanz im eigenen Vorfeld ist alles andere denn glänzend. Sollte Rußland Hoffnungen gehegt haben, das verlorengegangene Imperium via GUS in der einen oder anderen Form restituieren zu können, so sieht sich dessen Führung darin heute enttäuscht. Zwar hat Moskau durch geschicktes Taktieren in den Kriegen der Transkaukasus-Staaten den Beitritt Aserbaidschans und Georgiens zur GUS bewerkstelligen können, die Staaten des sogenannten nahen Auslands fester an sich zu binden, ist ihm bis heute aber weder militärisch noch politisch gelungen. Der Taschkenter Vertrag vom Mai 1992 über eine gemeinsame GUS-Armee ist genauso Bruchstück geblieben wie alle Versuche gescheitert sind, die Ukraine zur Vollmitgliedschaft zu bewegen. Erst im Frühsommer 1999 hat Kiew der GUS-Führungsmacht eine neuerliche Abfuhr erteilt und gleichzeitig die Beziehungen nach Brüssel institutionell verstärkt.

Wenig Erfolg hat auch die im März 1996 ins Leben gerufene Gemeinschaft Integrierter Staaten mit Belarus', Kasachstan und Kyrgystan gezeitigt, die einen Monat später noch um eine Gemeinschaft Souveräner Republiken (SSR) mit Minsk unterfüttert wurde. Aber selbst die Union mit Weißrußland, die schon des öfteren proklamiert worden ist, scheint rebus sic stantibus eine Schimäre zu bleiben, nachdem die schillerndste Figur der sowjet-nostalgischen Vorkämpfer, der weißrussische Diktator Lukašenka, seine Ambitionen auf den russischen Präsidentenstuhl zu offen ventiliert hatte.

Einfluß kann Moskau daher lediglich über die wirtschaftliche Abhängigkeit ausüben, in der sich die Ukraine, Moldova und vor allem Weißrußland gegenüber Gazprom befinden. Erstere genießen jedoch, wenn auch nicht uneingeschränkt, die Unterstützung von Weltbank und IWF, mit deren Hilfe sie sich aus dieser Abhängigkeit – vor allem bei der Lieferung von Energieträgern – mittelfristig zu lösen hoffen. Ver-

stärkte Kooperationsbemühungen im Rahmen der Schwarzmeer-Anrainerstaaten und intensivierte Wirtschaftskontakte mit zentralasiatischen Lieferanten, aber auch etwa mit dem Iran, wirken dabei ebenfalls den Vereinigungsbestrebungen Rußlands entgegen.

Angesichts solcher Enttäuschungen, der Frustration über die geschwundene Bedeutung Rußlands in der Welt gewinnen zwangsläufig Sinnfragen nach der historischen Bestimmung des Landes und seiner künftigen Rolle neue Attraktivität. Die überwältigende Mehrheit der rußländischen Gesellschaft, von den Nationalradikalen und den Kommunisten angefangen bis inschwindende, demokratische Reformlager hinein, ist sich einig in einem patriotischen Konsens, der auf der Wahrnehmung einer besonderen Staatlichkeit Rußlands beruht. Träger dieser Staatlichkeit ist die rußländische Nation, der alle Nationalitäten des Landes angehören. Diese Nation wird als eine politische verstanden, eine Art Reichsnation, wie sie in ähnlicher Weise das Sowjetvolk darstellen sollte. In dieser "Übernation" sollen sozusagen alle nichtrussischen Ethnien, zwar nicht sprachlich-kulturell, aber doch politisch aufgehen. Daß damit letztendlich rußländisch gleich russisch gedacht wird, wird meist vehement bestritten, kennzeichnet aber die wirklichen Verhältnisse.

Darüber hinaus besteht Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer politischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Reintegration des postsowjetischen Raumes unter russischer Führung, wobei jedoch an die Wiederherstellung der alten kommunistischen Herrschaft nicht gedacht wird. Überwiegend dreht sich dieser die gesamte Gesellschaft mit einbeziehende Diskurs um die geopolitischen Besonderheiten, das immer wieder beschworene immense Potential Rußlands und hat nicht selten auch einen kompensatorischen Charakter. Er offenbart sich mitunter als eine nebulöse Pseudometaphysik, ja Pseudotheologie; denn die Grundprinzipien der nun geforderten Geopolitik – so etwa eine der verbreiteten Theoreme – seien nicht nur Naturgegebenheiten, sondern "*sakral-mythologische Kategorien, die in die materielle*

*Welt der irdischen Umwelt eingegangen sind.*³⁰ Und diese determinierten Gegenwart und Zukunft Rußlands. Dessen gegenwärtige Ohnmacht liefert die Folie für geradezu esoterische Diskussionen und Thesenbildungen. Aus dem konservativen, nationalpatriotischen Lager wird dabei das Feindbild von der *“belagerten Rus”* gepflegt. Es wird eine geopolitische Verschwörung fast der ganzen Welt gegen Rußland beklagt, wobei allen Ernstes Bündnisse zwischen dem Vatikan und der Türkei, zwischen Japan, Polen und dem Baltikum konstruiert werden, und selbstverständlich darf auch Zionismus, Panturanismus, Islamismus, die *“teutonische Gefahr”* und ähnliches mehr nicht fehlen.³¹

Inhärent ist diesen Perzeptionen auch ein deutlich antiwestlicher, antidemokratischer Impetus, der sich gegen Liberalismus, Pluralismus und Parlamentarismus richtet. Demokratie sei nichts anderes als die verschleierte Herrschaft des Geldes, der Plutokratie und daher der auf Solidarität und Gemeinschaftssinn basierenden russischen bzw. ostslawischen Welt zutiefst wesensfremd. Vor dem Hintergrund solcher Bedrohungsszenarien bedürfe Europa, ja die Welt, eines Gegengewichts. Rußland – so heißt es – habe eine *“geopolitische Sendung”*, sei der *“Träger des Gleichgewichts zwischen der westlichen und östlichen Zivilisation.”* Dank schulde der Westen der unvergleichlichen Rolle Rußlands in der Geschichte, das Europa vor den asiatischen Eroberern gerettet habe. Dabei vermischt sich Larmoyanz über den undankbaren Westen mit der Forderung nach Restituierung und Anerkennung Rußlands als Großmacht. Der Zerfall der Sowjetunion – lautet hier der Befund – sei ein geopolitischer *“Weltkollaps”*, eine Katastrophe, weil er bis hin zur EU Desintegrationsprozesse in Gang gesetzt und im westlichen Vorfeld Rußlands eine Zone politischer Labilität geschaffen habe, was nicht hinzunehmen sei. Rußland müsse folglich wieder ein mächtiger Staat werden, *“weil dies nicht nur für Rußland, sondern auch die Welt nötig”*³² sei. Das gesamte Territorium der ehemaligen Sowjetunion sei ein *“Zone der Lebensinteressen Rußlands”* und Rußland Kern einer euroasiatischen Integra-

tionszone, was nichts mit imperialen Präationen zu tun habe.

Zum gegenwärtig beobachteten Kaleidoskop von Welt- und Sinnerklärungen in Rußland gehören natürlich auch Konzeptionen, die von einem eher nüchternen geopolitischen Welt- und Rußlandbild ausgehen³³ bis hin zur Auffassung, daß der Verlust der imperialen Dimension auch die Chance bietet für *“sozialen Fortschritt und Aufblühen”*, weil Rußland sich nun auf das Wesentliche, auf sein Kernland konzentrieren könne.³⁴ Vertreten werden solche Ansichten jedoch nur von einem sehr schmalen Kreis von Intellektuellen, die im Diskurs der politischen Öffentlichkeit eine eindeutig marginale Rolle spielen.

Soviel mag hier genügen, um die Unsicherheiten, Irritationen und mentalen Befindlichkeiten zu markieren, denen die Gesellschaft Rußlands momentan ausgesetzt ist.

FAZIT

Rußland wird nicht untergehen. Rußland hat eine Transformations- und Modernisierungsphase hinter sich, in der nicht alles Überkommene zerstört worden ist und nur wenige Neuansätze längerfristige Perspektiven besitzen. Mehr konnte unter den obwaltenden Bedingungen aber auch kaum erreicht werden. Ein Elitenwechsel hat stattgefunden, aber eher in der Art einer Erneuerung der Nomenklatura aus den eigenen Reihen, denn als ein radikaler Austausch der herrschenden Schicht. Und dies ist ein stabilisierendes Element angesichts einer noch nicht formierten, modernen rußländischen Gesellschaft, die sich zudem ihrer geistigen Grundlagen und ihrer Rolle zwischen Ost und West nicht sicher ist.

Die sozialökonomischen Veränderungen mit ihren sektoralen Ungleichzeitigkeiten, Defiziten und Verwerfungen haben logischerweise die Masse der Bevölkerung verarmen lassen und zu einer extremen Polarisierung zwischen Arm und Reich geführt. Gleichzeitig konnte – und dies ist ein Beleg für Modernisierungsfortschritte – eine

Mittelschicht Entfaltungsmöglichkeiten finden, die durch die Währungs- und Finanzierungs- und Finanzierungskrise von 1998 zwar beeinträchtigt worden, aber nicht verloren gegangen sind.

Rußland hat inzwischen eine wichtige Transformationsphase hinter sich gebracht. Die bisherige Reformbewegung ist praktisch ein Teil von Gesellschaft und Staat geworden, hat dadurch auch viel an Schwung verloren, ist aber keineswegs verschwunden, wie Analytiker noch vor kurzem zu erkennen glaubten.³⁵ Es gibt durchaus Anzeichen dafür, daß Vertreter einer auf Fortsetzung der Reformen und weitere Demokratisierung zielenden Politik wie etwa Javlinskij an Ansehen gewinnen und für eine wachsende Zahl von Bürgern wählbar werden. Aus der Mode gekommen zu sein, scheinen aber westliche, vor allem auch amerikanische Entwicklungsmodelle. Die Politik Moskaus wird wieder traditioneller, russischer mit einer starken Präponderanz der Staatsmacht und ihrer direkten Intervention. Dies muß angesichts der bisher fast gescheiterten Transformationsversuche nach überwiegend westlichen Rezepten kein Nachteil sein. Im Gegenteil: Rußland hat nach wie vor die geistigen wie die materiellen Ressourcen, um sich aus eigener Kraft zu erholen.

¹ Gabriele Krone-Schmalz: Rußland wird nicht untergehen... Aktualisierte und überarbeitete Ausgabe. Frankfurt a. M. 1994.

² Dazu ausführlicher Gerhard Simon: Auf der Suche nach der Idee von Rußland, in: Osteuropa [im folgenden OE], 12 (1997), S. 1171-1178.

³ Dazu ausführlicher Eberhard Schneider: Der zentrale politische Entscheidungsprozeß in Rußland, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien [im folgenden BIOST], 50 (1998), S. 16-18.

⁴ Chitroumnyj Primakov [Der schlaue Primakov], Argumenty i fakty, 40 (1998), S. 3. Ebd.

⁶ Vgl. Pri pravitel'stve sozdaetsja politburo [Bei der Regierung wird ein Politbüro geschaffen], Izvestija, 19.9.1998; Viktor Kress: Prostych sred nas, gubernatorov, net [Einfache gibt es unter uns Gouverneuren nicht], Izvestija, 30.9.1998.

⁷ Vgl. Evgenij Primakov doverjaet tol'ko sebe [Primakov vertraut nur sich selbst], Izvestija, 8.10.1998; El'cin uchodit, čtoby ostat'sja [Jelzin geht, um zu bleiben], Izvestija, 31.10.1998.

⁸ Elke Siehl: Post-Voucher-Privatisierung in Rußland, in: OE, 8/9 (1998), S. 905 f.

⁹ Natalia Tschernina: Die Bevölkerung Rußlands in der Transformationsphase. Soziale Exklusion und Adaptionsstrategien, in: BIOST, 27, (1998), S. 7; Ognian Hishow: Wechselkursanker oder Floating? Währungspolitik und Transformationsstau in Rußland, in: BIOST, 1-1999, S. 12.

¹⁰ Tschernina, S. 7.

¹¹ Izvestija, 25.9.1998.

¹² Nalogovyje deklaracii rossijskich činovnikov [Die Steuererklärungen der rußländischen Beamten], in: Profil, 28 (1997), S. 26.

¹³ Heiko Pleines: Korruption und Kriminalität im russischen Bankensektor, in: BIOST, 28-1998, S. 7 ff., im weiteren folge ich hier der Darstellung von Pleines Studie.

¹⁴ Ebd., S. 28.

¹⁵ Ebd., S. 30.

¹⁶ Zur Typologie des Begriffs Mittelstand und seiner Spezifika in Rußland vgl. Klaus von Beyme: Sozialer Wandel und politische Krise in Rußland, in: OE, 6 (1998), S. 546-552.

¹⁷ Srednij klass snova rastut [Die Mittelklasse wächst von neuem], Izvestija, 12.5.1999.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Siehl, S. 907.

²⁰ Vgl. 1996 Ukraine Human Development Report. Looking beyond the Triple Transition. UNDP. Kyiv 1996, passim.

²¹ Tschernina, S. 12-14.

²² Einen guten Überblick gibt Heinz Magenheimer: Die russischen Streitkräfte: Zustand, Problematik, Stellenwert, in: OE, 6 (1998), S. 564-575.

²³ Vgl. zum gesamten Komplex Irina M. Busygina: Der asymmetrische Föderalismus. Zur besonderen Rolle der Republiken in der Russischen Föderation, in: OE, 3 (1998), S. 239-252; Andreas Heinemann-Grüder: Integration durch Asymmetrie? Regionale Verfassungen und Statuten in Rußland, in: OE, 7 (1998), S. 673-688.

²⁴ I. Busygina: Die Gouverneure im föderativen System Rußlands, in: OE, 6 (1997), S. 547 ff.

²⁵ Kabinet rešaet, komu dat' deneg [Das Kabinett entscheidet, wer Geld erhalten soll], Izvestija, 29.10.1998.

²⁶ Gosudarstvo zaplatit zolotom? [Wird die Regierung mit Gold zahlen?], Argumenty i Fakty, 42 (1998), S. 5.

²⁷ Ekonomičeskij kurs strogo režima [Ein Wirtschaftskurs strengen Regimes], Izvestija, 15.10.1998.

²⁸ Bankiri v rukach u pravitel'stva [Die Bankiers sind in der Hand der Regierung], Izvestija, 14.10.1998.

²⁹ Die Angaben entstammen verschiedenen Ausgaben russischer Zeitungen der vergangenen Jahre, die fast täglich über den beklagenswerten Zustand der Armee, über Unfall- und Kriminalitätsraten, Selbstmorde, unglaubliche Korruptionsfälle etc. berichten, vgl. etwa Izvestija, 25.6.1997; 28.11.1998; eine Zusammenfassung gibt Joachim Schmidt-Skipiol: Die Militärreform in Rußland.

Teil I: Problemlage und Vorgeschichte, in: BIOST, 53-1998.

³⁰ Aleksandr Dugin zitiert nach Assen Ignatow: Geopolitische Theorien in Rußland heute, in: BIOST, 17 (1998), S. 10.

³¹ Vgl. ebd., S. 11-14.

³² Natalja Naročnickaja zitiert nach Ignatow, S. 12.

³³ Dazu bietet einen interessanten Überblick Boris Orlov: Rußland auf der Suche nach einer neuen Identität, in: OE, 5 (1999), S. 474-484.

³⁴ Ignatow, S. 25f.

³⁵ Vladimir Pastukhov: The End of Postcommunism: Perspectives on Russian Reformers, in: East European Constitutional Review, vol. 7, 3 (Summer 1998), S. 70.

Zbigniew Wilkiewicz

Polen – zehn Jahre nach der Wende

Im folgenden Beitrag wollen uns der Frage widmen, wie die polnische Gesellschaft das erste Jahrzehnt demokratischer und marktwirtschaftlicher Entwicklungen überstanden hat. Eine Bilanz dieser Art scheint schon deshalb wichtig, weil es gerade im Jahre 1999 zu heftigen Turbulenzen in der polnischen Gesellschaft und Politik gekommen ist. Ursache ist hierbei in erster Linie das ehrgeizige Reformpaket der Regierung Buzek, das in weiten Kreisen der polnischen Gesellschaft auf Ablehnung stößt, so unter den sogenannten Verlierern der Transformation, aber auch bei jenen nationalen Gruppierungen und Parteien, die sich von der kulturellen und wirtschaftlichen "Überfremdung" ihres Landes fürchten und deshalb einen effekt-heischenden sozialen und nationalen Populismus betreiben.¹ Über die Hälfte der Polen kam mit den ersten zehn Jahre der Dritten Republik gut zurecht, die Wende bescherte ihnen Demokratie, Freiheit und den Markt. Allerdings hatte man sehr viel zu lernen, denn die Systemveränderungen waren gravierend. Dabei ist vielen Polen heute offenbar nicht mehr ganz klar, wie fatal die Startbedingungen des Jahres 1989 waren: "Selbst die Eliten ahnten eher als zu wissen, wie man sich in der Welt der neuen Werte zu bewegen hat. Jacek Kuroń, der dem Kampf mit der Wirklichkeit des real existierenden Sozialismus einen Großteil seines Lebens gewidmet hat, erinnert sich daran, daß er, als er im Westen das erste Mal einen Großmarkt mit Waren im Werte von mehreren Millionen Dollar sah, nicht glauben wollte, daß es sich dabei um Privatbesitz handeln könne. Der von Tischner

[gemeint ist der populäre Moralphilosoph Józef Tischner] geprägte Begriff des homo sovieticus war in jedem Einzelnen tiefer verwurzelt als man dies vermutet hatte".² Symptomatisch war und ist für die polnische Transformationsgesellschaft deshalb auch eine kollektive Form der Verdrängung (Amnesie), denn die einstigen Verhältnisse in der VR Polen mit permanenter Warenknappheit und Krisenstimmung sowie massiver Unterdrückung politischer Freiheiten scheinen in Vergessenheit geraten zu sein.³ Ähnlich wie in den neuen Bundesländern gibt es eine zuweilen ausgesprochene, meist aber unausgesprochene Nostalgie nach sicheren und egalitären Verhältnissen, fällt es zahlreichen Gruppen schwer, die Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Schichten, Einkommens- und Statusunterschiede klaglos zu verkraften.⁴ Dabei existiert heute – nach eben diesen zehn Jahren – ein Polen, das seinem Vorgänger in nichts mehr gleicht, obschon es noch Eigenarten der VR Polen in sich trägt.⁵

Der Runde Tisch

Durch die Vereinbarungen vom 5. April 1989 wurden elementare politische Reformen eingeleitet, durch die Polen sich zu einer parlamentarischen Demokratie entwickelte. Die Verhandlungen am sogenannten Runden Tisch dauerten vom 6. Februar bis 5. April 1989, also 59 Tage. Vorangegangen war das Treffen zwischen dem damaligen Innenminister Kiszcak und dem Oppositionsführer Wałęsa (31. August

1988) und die heftigen Herbststreiks des Jahres 1988. Auch gab es die Pläne der Regierung Rakowski, aus eher politischen, denn ökonomischen Gründen die Danziger Lenin-Werft aufzulösen. In der Partei bekämpften sich Reformer und Vertreter der Beton-Fraktion. Letztere empfanden während der Verhandlungen die Anwesenheit der Regime-Kritiker und Dissidenten Jacek Kuroń und Adam Michnik als störend. Im Vorfeld des Runden Tisches kam es am 30. November 1988 zu dem im Fernsehen ausgestrahlten Rededuell zwischen Wałęsa und dem Chef des staatlichen Gewerkschaftsbundes Miodowicz. Das X. Plenum des ZK der PVAP brachte schließlich den Rücktritt des Premiers Rakowski, des 1. Sekretärs Jaruzelski, des Verteidigungsministers Siwicki sowie des Innenministers Kiszczak. Die Kandidaten der „Solidarność“ für den Runden Tisch wurden von den liberalen Oppositionsführern Geremek, Stelmachowski, Wielowieyski und Mazowiecki ausgewählt, allerdings entschied Wałęsa über die Sprecher: Jozef Ślisz, Jerzy Turowicz und Lech Wałęsa. Damit hatte jede tragende Gesellschaftsschicht einen kompetenten Vertreter aus den Reihen der „Solidarność“: Ślisz stand für die Landwirte, Turowicz für die Intelligenz und Wałęsa für die Arbeiter. Die wichtigsten Ergebnisse waren die Wahlvereinbarung und die Legalisierung der „Solidarność“. Im Grunde waren es die Verhandlungen zweier schwacher Lager, der Regierung und der Opposition. Dabei wurde der Niedergang der Regierenden von der Opposition sanktioniert. Die Regierung wurde nicht klassisch gestürzt, denn das hätte Gewalt und Blutvergießen bedeuten können. Die „Solidarność“ übernahm die Macht ohne größere Vorbereitung und Wałęsa wollte beim Runden Tisch keine zu radikalen Oppositionsvertreter dabei haben. Deshalb wurde auch niemand von der von Leszek Moczulski geführten Konföderation für ein Unabhängiges Polen (KPN) beteiligt. Die Bildung von politischen Parteien in Polen hätte sich auch ohne den Machtanspruch der Vertreter des Runden Tisches erheblich verzögert. Auf diese Weise blieb diese vertraglich ausgehandelte Form der Machtausübung für ein

ganzes Jahr Markenzeichen des Übergangsprozesses in Polen. Nicht alle oppositionellen Parteien waren beteiligt worden, was bald zu entsprechenden Auseinandersetzungen und Grabenkämpfen führen sollte. Bezeichnenderweise gingen die aus der einstigen Opposition hervorgegangenen Repräsentanten des Runden Tisches zu neunzig Prozent in der Demokratischen Union (UD) auf. Wałęsa und Kuroń befürchteten, die Macht zu früh bekommen zu haben, man wollte sie im Grunde erst nach vier Jahren, und hoffte auf einen langwierigeren Prozeß der Auflösung des Kommunismus. Für ein pluralistisches Parteiensystem war die Zeit in Polen im Jahre 1989 noch nicht reif.⁶

Parlamentswahlen 1989

Von grundlegender Bedeutung waren deshalb die Wahlen zum Sejm (Parlament) und zum Senat und danach die Wahl des Präsidenten durch die Nationalversammlung. Am 4. Juni 1989 – nach einem heißen Wahlkampf, bei dem fast alle oppositionellen Gruppierungen aus der Solidarność Lech Wałęsa unterstützten, fand der erste Wahlgang statt. Die Mandate wurden gemäß den Vereinbarungen des Runden Tisches wie folgt aufgeteilt: 65 Prozent für die Regierungskoalition aus PVAP, Bauernpartei (ZSL) und Demokratischer Partei (SD) und 35 Prozent für die sogenannten parteilosen – also oppositionellen – Kandidaten. Die Wahlen zum Senat wurden hingegen vollkommen frei durchgeführt. Der Sieg der Opposition war überwältigend. Bei einer Wahlbeteiligung von lediglich 62 Prozent spielte beim ersten Wahlgang die Landesliste keine Rolle. Die Kandidaten der Solidarność errangen 80 von 81 Abgeordnetenmandaten und 92 Senatorenposten. Im zweiten Wahlgang, am 18. Juni und bei einer Wahlbeteiligung von nur 25 Prozent, wurden die fehlenden 295 Abgeordneten und acht Senatoren gewählt. Die Solidarność eroberte das eine, ihr fehlende Abgeordnetenmandat und sieben von acht Senatsmandaten. Insgesamt betrachtet stellten die Juniwahlen eine harte politische Zäsur dar, denn die historische Verantwortung für die

Zukunft des Landes wurde auf die einstige Opposition übertragen und das Regime Wojciech Jaruzelskis politisch entmachtet. Der General wurde zwar Präsident (mit einer Stimme Mehrheit und von der Solidarność bewußt geduldet), er mußte aber im Gegenzug billigen, daß eine Regierung unter Tadeusz Mazowiecki gebildet wurde.

Der Balcerowicz-Plan

Der noch im Jahre 1989 wenig bekannte Professor Leszek Balcerowicz sollte in den kommenden Jahren zur zentralen, aber auch kontroversen Reformfigur der polnischen Wirtschaft werden. Seine Anhänger meinen, daß er unter denkbar schlechten Voraussetzungen den Aufbau des Kapitalismus – auf den Ruinen des Sozialismus – begonnen habe. Seine Gegner halten ihm bis heute vor, daß er unter dem Druck westlicher Finanzinstitutionen Millionen Menschen um ihre Ersparnisse gebracht habe. Am Ende der Volkrepublik Polen wies die polnische Wirtschaft hinsichtlich der Finanzen und der Produktion chaotische Verhältnisse auf. Die Inflation erreichte zu Anfang der Transformation mehrere hundert Prozentpunkte und das große Außenhandelsdefizit ließ Polen in den Augen des Auslands als bankrott Land erscheinen. Durch den Balcerowicz-Plan wurden die Inlandspreise frei gegeben, die Kontrolle über die Löhne und die Finanzpolitik gegenüber den Unternehmen verschärft, ein über der Inflation liegender Zinsfuß installiert, der Kurs des Złoty stabilisiert und dessen Konvertibilität im Inland eingeführt.

Der Balcerowicz-Plan brachte der polnischen Wirtschaft Stabilität und machte sie weltoffen, aber die Kosten dieser Operation waren erheblich: der Lebensstandard fiel, die Gesellschaft begann sich auszudifferenzieren, Arbeitslosigkeit stellte sich ein, da zahlreiche Staatsbetriebe und Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften schließen mußten.⁷ Da es nicht möglich war, zeitgleich ein funktionierendes Sozialsystem aufzubauen, drohte weiten Teilen der Gesellschaft die Verarmung. Nur aufgrund des immensen Wachstum des polnischen BIP in den

nächsten Jahren, aber auch durch die Beschäftigung in der sogenannten grauen Sphäre, konnten die Arbeitslosenzahlen erheblich gesenkt werden. Dies gilt auch für die Inflationsrate, die ab 1998 eine einstellige Größenordnung erreichte. Von Bedeutung war auch der betriebsame Kleinkapitalismus der Polen, aus der Not geboren, aber erfolgreich: “Wie Pilze nach dem Regen begannen private Firmen zu entstehen. Für viele Menschen wurde das Feldbett bei ihrer neuen Betätigung zur Werkstatt. Ab Januar des nächsten Jahres bogen sich die Feldbetten bereits unter importiertem Joghurt, Süßigkeiten und allen Gütern, die über die offene Grenze kamen.”⁸ Schließlich brachte die Möglichkeit, Gewinne ins Ausland zu transferieren, ausländische Investoren und Direktinvestitionen ins Land, auch erhöhte sich das Handelsvolumen mit der EU, hier besonders mit Deutschland, von einem Jahre auf das nächste.

Allerdings wird das Wachstum im Jahre 1999 aufgrund der Absatzprobleme auf den europäischen Märkten und in Rußland geringer ausfallen.⁹ Trotzdem bleibt Polen für ausländische Investoren weiterhin attraktiv.¹⁰ Ungeachtet dessen stehen der polnischen Wirtschaft und der polnischen Gesellschaft, besonders wegen des für 2003 ins Auge gefaßten EU-Beitritts, schwierige Jahre der Anpassung bevor. Besonders der amtierende polnische Finanzminister und stellvertretende Ministerpräsident, Leszek Balcerowicz, fordert deshalb weiterhin Wachstum, Sparzwang, Investitionen, verstärkte Konkurrenz und eine Hebung der Leistungsfähigkeit polnischer Betriebe. Angesichts erheblicher Partikularinteressen, besonders in der Landwirtschaft und der noch staatlichen bzw. teilprivatisierten Schwerindustrie sowie eines notorisch unterbezahlten und streikwilligen öffentlichen Dienstes eine schwierige Aufgabe.

Lech Wałęsa als Präsident

Der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 25. November 1990 stellte für viele Polen eine Überraschung dar, denn der bis dahin populäre Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki

schied mit einem schwachen Stimmenanteil von 18,8 Prozent aus dem Rennen. Zum zweiten entscheidenden Wahlgang am 9. Dezember 1990 trat neben dem später siegreichen Lech Wałęsa (39 Prozent) der so gut wie unbekannte Geschäftsmann aus Kanada, Stanisław Tymiński an, der ein populistisches Programm verkündete, indem er jedem Polen Wohlstand versprach, und damit immerhin 23 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Damit hatte ein nicht unerheblicher Teil der Gesellschaft kundgetan, daß man die von Leszek Balcerowicz eingeleiteten radikalen Wirtschaftsreformen aufgrund ihrer sozialen Härten so nicht akzeptieren wollte. Von großer Bedeutung war allerdings auch der “Krieg an der Spitze”, der im Mai vom Chef der Solidarność, Lech Wałęsa, begonnen wurde. Dies führte zu einer immer größeren Uneinigkeit im Solidarność-Lager, was einen Teil der Wähler dazu veranlaßte, nach einem “dritten Weg” zu suchen. Man glaubte ihn in der Persönlichkeit des “Erlösers” Tymiński finden zu können, der absolut unverantwortliche Versprechungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung Polens machte. Die Spaltung der politischen Szene des Solidarność-Lagers in die liberale Richtung Mazowieckis und in konservative, nationale und klerikale Strömungen der Rechten hat bis heute Bestand und ist auch weiterhin ein Markenzeichen der seit 1997 in Regierungsverantwortung stehenden “Wahlaktion Solidarność” [Akcja Wyborcza Solidarność, AWS]. Lech Wałęsa blieb als Präsident, der häufig ganze Stäbe seiner Mitarbeiter auswechselte und den Parteien und dem Parlament mit Mißtrauen begegnete, wobei er phasenweise versuchte, sich als “Retter des Vaterlands” und “zweiter Marschall Piłsudski” zu stilisieren, umstritten. Sein zuweilen grober und patriarchalischer Amtsstil wird bis heute kontrovers diskutiert. Allerdings setzte Wałęsa die Hauptrichtung der polnischen Innen- und Außenpolitik der Regierung Tadeusz Mazowieckis fort und betrieb mit großer Entschlossenheit die NATO- und EU-Einbindung Polens.¹¹ Insgesamt nahm er als Präsident allerdings eine zweideutige Position ein. Erinnert sei an seine heftigen Attacken gegen

den ersten nichtkommunistischen Premier Mazowiecki. Bis zum Herbst 1991, als die ersten echten freien Wahlen stattfanden, war Wałęsa, als vom Volk gewählter Präsident, die am stärksten legitimierte Führungspersonlichkeit Polens. Er bezog sich deshalb auch gerne auf die französische Präsidialdemokratie und forderte das Recht, Regierungschefs sowie andere Regierungsmitglieder ernennen und entlassen zu können. Er war in den ersten Jahren der Transformation sicherlich eine wichtige Integrationsfigur, allerdings nutzte er sein Gespür für das Volksempfinden bald in einer unseriösen populistischen Manier. Aufgrund rascher politischer Kursänderungen, die seinem Machterhalt dienen sollten, verlor er bald an Ansehen. Typisch waren sein langes Zögern bei der Ernennung des Premiers Olszewski, das Bestehen auf Waldemar Pawlak als Ministerpräsident, obwohl dieser vom Sejm abgelehnt worden war, und seine Drohungen im Zusammenhang mit der Wahl von Hanna Gronkiewicz-Waltz (Vorsitzende der Polnischen Nationalbank). Hinzu kamen Beschimpfungen von Abgeordneten als “Schwätzer und Demokraten”, Drohungen, den Sejm aufzulösen und allein gegen alle zu kämpfen, Gewalt anzuwenden, um das Land zu retten. In diesem Zusammenhang ist auch sein Vorstoß zu sehen, das Amt des Präsidenten mit dem des Ministerpräsidenten zu verbinden, aber auch die Gründung des “Parteilosen Blocks zur Förderung der Reformen” (BBWR), der allerdings in den Herbstwahlen 1993 durchfiel. Im Herbst 1994 drängte Wałęsa den vorher von ihm selbst berufenen Verteidigungsminister Kołodziejczyk aus dem Amt und berief zwei Mitglieder des Rundfunk- und Fernsehrats wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten ab, wobei die Vorwürfe vom Obersten Verwaltungsgerichtshof nicht bestätigt wurden.

Freie Wahlen und Stimmenvielfalt 1991

Die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen 1991 war mit 43,2 Prozent niedrig. Viele Polen lehnten es ab, am politischen Leben zu partizi-

pieren, weil sie von den sich vertiefenden politischen Kontroversen und der starken Zersplitterung innerhalb der in der Nachfolge der Solidarność entstandenen politischen Gruppierungen und Parteien enttäuscht waren. Das einstige Ethos der Solidarność, die Vorstellung von der einigen und solidarischen Gesellschaft, hatte sich unter den neuen Bedingungen aufgebraucht. Dies zeichnete sich bereits während des hitzig und polemisch geführten Wahlkampfes ab und fand in den Wahlergebnissen seine Widerspiegelung. In den Sejm gelangten die Vertreter von neunundzwanzig politischen Gruppierungen, ein klarer Sieger war kaum auszumachen. Die meisten Mandate – nämlich zweiundsechzig – errang zwar die Demokratische Union (UD) von Tadeusz Mazowiecki, aber auch das postkommunistische Wahlbündnis SLD erreichte mit 60 Mandaten ein achtbares Ergebnis. Die Bauernpartei PSL errang 50 Mandate. Auf gleichem Niveau bewegten sich die „Katholische Wahlaktion“ (WAK), die sich um die Christlich-Nationale Vereinigung (ChNZ) scharte sowie die Zentrumsallianz (PC). Gefolgt von der Konföderation für ein Unabhängiges Polen (KPN), dem Liberal-Demokratischen Kongreß (KL-D), der Bauernallianz (PL) und der Gewerkschaft Solidarność. Die Wahlen schlossen das erste Kapitel der Dritten Republik ab, da sie wirklich frei waren und dadurch das neue System und die neue demokratische Ordnung legitimierten. Allerdings legitimierten sie auch die Partizipation der größten Verlierer des Wahljahres 1989 – der Post-Kommunisten – an diesem neuen System.¹² Die Zersplitterung der Mandate sorgte ebenfalls dafür, daß es bei der Bildung der neuen Regierung, die das Kabinett von Jan Krzysztof Bielecki ablösen sollte, zu großen Komplikationen kam. Erst nach zwei Monaten (23.12.1991) wurde die Regierung unter Jan Olszewski gebildet. Die Regierung Olszewski scheiterte aber an der sogenannten Lustrations-Affäre. Das Parlament sprach ihr auf Antrag des Präsidenten in der Nacht vom 4. auf den 5. Juni 1992 das Mißtrauen aus. Dies eröffnete den Weg für den Chef der Bauernpartei, Pawlak, der allerdings nur 33 Tage Minister-

präsident blieb und in diesem Amt am 10. Juli 1992 von Hanna Suchocka abgelöst wurde. Das Karussell von Regierungen, die aus einstigen Oppositionellen gebildet wurden, hatte sich bedrohlich gedreht, eine Konsolidierung der an den Regierungen beteiligten Parteien fand nicht statt. Die politischen Eliten Polens mit ihren Hauptrepräsentanten hatten bei der Bevölkerung stark an Ansehen eingebüßt.¹³

Das Parlament 1993

Die zweiten Parlamentswahlen wurden eindeutig vom Linken Wahlbündnis (SLD) und der Bauernpartei (PSL) gewonnen. Sie erkämpften gemeinsam 303 Sitze im Sejm und 73 im Senat. Einen großen Erfolg hatte auch die links orientierte Arbeitsunion (UP). Die Rechte mußte dagegen eine vernichtende Niederlage hinnehmen. Nur die Demokratische Union (UD) erzielte mit 74 Abgeordnetensitzen ein achtbares Ergebnis. Ins Parlament kamen gerade noch die „Konföderation für ein unabhängiges Polen“ (KPN) und der von Lech Wałęsa unterstützte „Parteilose Block zur Unterstützung der Reformen“ (BBWR). Der Rest der rechten Gruppierungen (nämlich sieben Parteien und Koalitionen) fand sich außerhalb des Parlaments, obschon sie insgesamt 28 Prozent der Wählerstimmen erhalten hatten. Dies lag in erster Linie an der neuen Wahlordnung, die eine 5%-Klausel enthielt. Die Linke wurde also für ihre Einheit belohnt, die zerstrittene Rechte mußte damit leben, daß fast ein Drittel der Wählerschaft über vier Jahre parlamentarisch nicht vertreten war. Dies sollte im übrigen zur Folge haben, daß die Legitimation des Parlaments, eine neue Verfassung und andere wichtige Gesetze zu verabschieden, von der Opposition nicht selten in Frage gestellt wurde. Der Erfolg des Linken Wahlbündnisses und der Bauernpartei wurde in erster Linie durch die steigende Arbeitslosigkeit und die Proteste der Gewerkschaften, verursacht. Eine andere Ursache waren die permanenten politischen Auseinandersetzungen zwischen Wałęsa und dem Parlament. Ausschlaggebend waren schließlich die Probleme in der Regierung

Suchocka, deren Repräsentanten aus sieben Parteien bestanden und sich häufig nicht einigen konnten. Hinzu kam die Unterzeichnung des Konkordats, in einer Zeit, in der das Parlament nicht funktionsfähig war. All diese Schwächen wurden von der erstarkenden linken Opposition geschickt genutzt und so konnte sie – von der Wählerschaft legitimiert – im Jahre vier nach der Wende – die Macht übernehmen. Allerdings führte die aus dem Linken Wahlbündnis und der Bauernpartei gebildete Regierung im großen und ganzen die Wirtschaftspolitik ihrer Vorgänger fort, auch wenn sie das Privatisierungstempo verzögerte und es nicht wagte, notwendige Gesellschaftsreformen einzuleiten. In der Außenpolitik wurde die Annäherung Polens an die NATO und die EU fortgesetzt.

Aleksander Kwaśniewski wird Präsident

Während des ersten Wahlgangs (5.11.1995) erlangten zwei Kandidaten ein deutliches Übergewicht: Aleksander Kwaśniewski (35,11 Prozent) und Lech Wałęsa (33,11 Prozent). Keiner der übrigen elf Kandidaten konnte auch nur eine zehnprozentige Unterstützung erreichen. Im zweiten Wahlgang siegte Kwaśniewski mit 51,72 Prozent gegenüber Lech Wałęsa mit 48,28, wobei die Mobilisierung der Wählerschaft recht gut ausfiel: die Wahlbeteiligung lag bei 68,23 Prozent, mehr als 1990 (53,4 Prozent) und mehr als während des ersten Wahlgangs (64,7 Prozent). Die Wahlergebnisse machten wiederum deutlich, daß es ein "dreigeteiltes Polen" gibt, das postkommunistische, das Solidarność-Polen und ein Polen, das schweigt und passiv bleibt. Diese Aufteilung betraf alle gesellschaftlichen und Altersgruppen, auch in geographischer Hinsicht. Der kleine Unterschied, der den Sieger vom Verlierer trennte, war die Ursache für Spekulationen unterschiedlicher Art: Vielleicht hatten Wałęsa vor allem die mißlungenen Fernsehdebatten geschadet, und vielleicht war Kwaśniewski aufgrund seines modernen, mediengestützten Wahlkampfes erfolgreich. Jedenfalls wurde nach den Wahlen

bei allen Kommentatoren und Analysen sehr stark auf die Wahlkampfstile der Kontrahenten abgehoben, und man betonte, daß die medialen Fähigkeiten des neuen Präsidenten alle Vorwürfe und Anschuldigungen abschwächten, die während des Wahlkampfes gegen ihn erhoben wurden.¹⁴

Die Regierungen Pawlak, Oleksy und Cimoszewicz

Die ersten Schritte des linken Regierungsbündnisses wurden auch im Westen positiv bewertet, besonders der Sparhaushalt des ersten Finanzministers Borowski, der auch von seinem Nachfolger Grzegorz Kołodko fortgesetzt wurde. Allerdings erhob sich massive Kritik an der rigiden Personalpolitik der Polnischen Bauernpartei (PSL) und der vehementen Durchsetzung der eigenen Leute in den Woiwodschaften: Reformorientierte Politiker wurden durch Parteifreunde ersetzt.¹⁵ Es entwickelte sich ein starker Lobbyismus in Richtung Kleinbauern und des Erhalts ihrer aus dem Staatshaushalt geförderten Renten; eine Politik der Schutzzölle und Ausgleichszahlungen für polnische Produkte wurde betrieben, so daß die polnische Landwirtschaft nur in Ansätzen für einen mittelfristigen EU-Beitritt Polens vorbereitet wurde.¹⁶ Dagegen wurde eine zügige Reform der Renten- und Sozialversicherung – besonders von der PSL – vereitelt. Die Privatisierung wurde trotz einiger Erfolge nur zögernd fortgesetzt. Die innenpolitische Auseinandersetzung wurde 1995 durch den Präsidentschaftswahlkampf geprägt, der mit harten Bandagen geführt wurde und sehr stark auf die beteiligten Personen, weniger auf deren Programme abhob. Überschattet wurde diese Periode auch durch den Skandal um die Person des Ministerpräsidenten Józef Oleksy, dem vorgeworfen wurde, unter dem Pseudonym "Olin" für den russischen Geheimdienst gearbeitet zu haben. Dies führte im Resultat dazu, daß Oleksy am 24. Januar 1996 zurücktrat und am 12. Februar 1996 unter Włodzimierz Cimoszewicz eine neue Regierung gebildet wurde.

Die Lustrationsdebatte

Auf Grundlage des Parlamentsbeschlusses vom 26. Mai 1992 bereitete der damalige Innenminister Antoni Macierewicz die Lustration vor. Am 4. Juni stellte er den Fraktionsvorsitzenden aller im Parlament vertretenen Parteien eine Liste von vierundsechzig Namen vor, die sich in den dem Innenministerium zur Verfügung stehenden Akten fanden. In Verdacht gerieten unter anderem drei Minister und acht stellvertretende Minister, drei Mitarbeiter der Kanzlei des Präsidenten und neununddreißig Abgeordnete. Eine gesonderte Liste, auf der sich ebenfalls der Name von Lech Wałęsa befand, stellte Macierewicz dem Präsidenten, dem Parlamentsvorsitzenden, dem Ersten Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes und dem Präsidenten des Verfassungstribunals vor. Dieser spektakuläre, ambivalente Akt, denn Macierewicz räumte ein, daß der Eintrag in die Liste nicht bedeute, daß irgendeiner der Genannten tatsächlich Agent gewesen sei, verursachte eine schwere Krise und einen heftigen Austausch entsprechender Epitheta. Für die einen stellte die "Liste Macierewiczs" den heroischen und lange erwarteten Versuch dar, das öffentliche Leben einer Lustration zu unterziehen, für die anderen war es der unlautere Versuch, die schwache Regierung unter Jan Olszewski zu retten. Im Ergebnis besiegelte diese Liste nur das Schicksal dieses Kabinetts.¹⁷ Nach nervösen und chaotischen Bemühungen aller am Konflikt Beteiligten sprach das Parlament in der Nacht vom 4. auf den 5. Juni 1992 – auf Antrag des Präsidenten – der Regierung sein Mißtrauen aus. Dies eröffnete den Weg für den Ministerpräsidenten Pawlak und dreiunddreißig Tage später für die Ministerpräsidentin Hanna Suchocka. Das Problem der Lustration, also die Nennung ehemaliger Agenten aus den Geheimdiensten der Volksrepublik Polen, die öffentliche Funktionen im politischen Leben der Dritten Republik wahrnehmen, gewann seit dieser Zeit zusätzlich an Bedeutung und Symbolwert.¹⁸ Diese Problematik spielt bis heute eine nicht untergeordnete Rolle, auch wenn es in letzter Zeit nicht mehr zu

so spektakulären Ereignissen gekommen ist, wie dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Oleksy, der unter Spionageverdacht geraten war (24.1.1996). Daß die im Laufe der Jahre vorgelegten unterschiedlichen Gesetzesvorlagen auch stark von der aktuellen politischen Situation und den Machtverhältnissen beeinflusst wurden, ist offenkundig.¹⁹

Der lange Weg zu einer neuen Verfassung

Nach vielen Monaten vorbereitender Arbeiten verabschiedete das Parlament am 1. August 1992 ein Verfassungsgesetz über "die gegenseitigen Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive in der Republik Polen sowie über die territoriale Selbstverwaltung". Dieses Dokument wurde "kleine" Verfassung genannt, denn bis zur neuen "großen" Verfassung war der Weg noch weit. Die kleine Verfassung erwies sich als vieldeutiges Gesetzeswerk, das unterschiedliche Interpretationen zuließ, was besonders von dem damaligen Kanzleichef Lech Wałęsas, Lech Falandysz, entsprechend ausgenutzt wurde. Damals wurden die sogenannten Präsidialministerien (Verteidigungs-, Innen- und Außenministerium) geschaffen. Es war nicht ganz klar, wen der Präsident berufen und wen er entlassen durfte und unter welchen Bedingungen er das Recht hatte, das Parlament aufzulösen. Die fünf Jahre der Gültigkeit dieses Verfassungsersatzes stellten für die Politik und Rechtsstaatlichkeit in Polen eine schwierige Periode dar, aber auch eine adäquate Erprobungsphase für die eigentliche, im Jahre 1997 verabschiedete Verfassung.²⁰

Mit der Verabschiedung der neuen Verfassung der Republik Polen am 2. April 1997 wurde ein langjähriges Provisorium beendet, eine Periode, in der die kleine Verfassung immer wieder verbessert wurde, indem man bestimmte Abschnitte – in Übereinstimmung mit aktuellen Notwendigkeiten – hinzufügte. Während der Arbeiten der aus der Nationalversammlung gebildeten Verfassungskommission stellte sich heraus, daß der Streit um die Gestalt der neuen Verfassung

seinem Wesen nach eine grundlegende ideologische, gleichsam philosophische Auseinandersetzung darstellte. Verschiedene Weltbilder stießen aufeinander: Liberales versus konservatives, laizistisches versus fundamentalistisches, soziales versus marktwirtschaftliches. Die größten Kontroversen verursachten folgende Themen: die Postulate sozialer Garantien (Recht auf Arbeit), die Frage der Zulässigkeit der Abtreibung, die Berufung auf christliche Werte in der Präambel, das Problem des Verhältnisses zwischen gesetztem und Naturrecht, die Frage der Stellung des Präsidenten und schließlich das Thema eines angeblichen Verzichts auf Teile der staatlichen Souveränität.²¹ Bei all diesen Punkten suchte man nach Kompromissen, nicht nur zwischen den vier Parteien, die für das Verfassungsprojekt verantwortlich zeichneten, dem Linken Wahlbündnis, der Polnischen Bauernpartei, der Freiheitsunion und der Arbeitsunion, sondern auch mit anderen politischen Kräften. Die außerparlamentarische Rechte forcierte dagegen ein eigenes Projekt und titulierte den Vorschlag der Nationalversammlung als "bol-schewistisch" und "atheistisch". Von großer Bedeutung war der Standpunkt des Episkopats, um dessen Unterstützung bzw. Neutralität sich die Politiker aller Parteien bemühten, den Präsidenten Kwaśniewski eingeschlossen. Obschon die Verfassung beim Referendum nur mit einigen Prozenten Mehrheit durchkam, gab es doch später, trotz entsprechender Veränderungen an der Machtspitze, keine Vorschläge, das Grundgesetz abzulehnen und zum Projekt der Solidarność zurückzukehren.

Die EU als mittelfristige Perspektive

Im Jahre 1994 wurde der Assoziationsvertrag mit der EU geschlossen. Schon vorher hatte sich Polen recht schnell von dem planwirtschaftlichen Wirtschaftsaustausch mit dem Osten verabschiedet und sich auf immer engere Wirtschaftskontakte mit der Union eingestellt. Dabei half ab 1992 die allmähliche Aufhebung der gegenseitigen Barrieren, als man den Handel betreffenden Teil des Europaabkommens, der im

Dezember des Vorjahres abgeschlossen worden war, zu realisieren begann. Bis Ende 2001 wird zwischen der EU und Polen eine Freihandelszone entstehen, die landwirtschaftliche Produkte allerdings noch nicht einbezieht. Auf Grundlage des Vertrags öffnen sich beide Seiten gegenseitig auch im Bereich der Dienstleistungen und Polen paßt seine Gesetzgebung der der Union an. Die Beziehungen gestalten sich immer enger, trotz der Konflikte um den Schutz sensibler und restrukturierter Wirtschaftssparten, wie Landwirtschaft, Hüttenwesen und Bergbau.²² Aber ohne die Vollmitgliedschaft wird es in Polen keine Subventionen für die Landwirte und unterentwickelte Regionen geben. Als Mitglied der EU kann Polen auf eine vierzig bis fünfzig mal größere Unterstützung hoffen als im Rahmen des PHARE-Programms. Erst die Mitgliedschaft ermöglicht die Aufhebung der Grenzkontrollen und erlaubt es, eine uneingeschränkte Beschäftigung in den heute zur Union gehörenden Ländern aufzunehmen, auch wenn man in diesem Zusammenhang mit längeren Übergangsfristen rechnen müssen. Die 1998 begonnenen Mitgliedsverhandlungen sollten Ende 2000 abgeschlossen sein, wenn man bis 2003 Mitglied der EU sein will. Allerdings wird das Beitrittstempo sehr unterschiedlich und aus sehr verschiedenen Interessensoptiken diskutiert, wobei man sich aber allgemein einig zu sein scheint, daß es in etlichen Bereichen ohne Übergangsfristen nicht gehen wird.²³ Dennoch ist man seitens der polnischen Verhandlungsdelegation durchaus optimistisch.²⁴ Bis dahin bedarf es auch noch zahlreicher rechtlicher und wirtschaftlicher Reformen sowie einer breiten Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der polnischen Gesellschaft.²⁵ Zumal in der letzten beiden Jahren deutlich spürbar wurde, daß sich breite Teile der Gesellschaft, vor allem die sogenannten Verlierer der Transformation, vor einem Beitritt in die EU fürchten zu scheinen.²⁶

Polen und seine neuen Nachbarn

Polen ist nach dem Jahr 1989 das einzige Land auf der Welt, das mit einem Mal all seine Nach-

barn ausgetauscht hat, wobei sich deren Zahl von drei auf sieben erhöht hat. Das letzte Land, mit dem Polen einen bilateralen Staatsvertrag geschlossen hat, war 1994 Litauen. Obschon sich die gegenseitigen zwischenstaatlichen Beziehungen gut entwickeln und Präsident Kwaśniewski Litauen häufig besucht, tauchen immer wieder Probleme auf. Diese ergeben sich zum Teil aus der recht konfliktreichen Vergangenheit zwischen beiden Staaten – erinnert sei nur an die gravierenden Probleme während der Zwischenkriegszeit –, sind aber auch aktuell damit verbunden, daß sich sowohl die polnische Minderheit in Litauen als auch die litauische Minderheit in Polen ab und an diskriminiert fühlt. So hat die litauische Regierung im Mai 1999 verfügt, daß die Selbstverwaltungsorgane der Vororte, in denen die polnische Bevölkerung die Mehrheit stellt, in die Stadtverwaltung von Vilnius einbezogen werden. Auf diese Weise könnte die polnische Bevölkerung dieser Vororte die Möglichkeit verlieren, ihre Vertreter in die lokalen Verwaltungen zu wählen. Was aus der deshalb erfolgten Intervention des polnischen Präsidenten beim Präsidenten Litauens, Valdas Adamkus, wird, bleibt abzuwarten.

Gut gestalten sich die offiziellen Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine: die Präsidenten Kutschma und Kwaśniewski tauschen sich regelmäßig und intensiv aus. Trotzdem knirscht es ab und an. So zeigten sich beide Präsidenten überrascht, als auf dem Łyczakowski-Friedhof in Lemberg, wo sie im Mai 1999 gemeinsam Blumen niedergelegten, eine Tafel auftauchte, deren Inschrift vorher nicht abgestimmt worden war.²⁷ Grundsätzlich bleibt jedoch das Problem der Ostgrenze Polens bestehen, die ja in absehbarer Zeit zur Außengrenze der EU werden könnte.²⁸ Da der wirtschaftliche Transformationsprozeß in der Ukraine kaum in Gang kommt und die Ukraine erst in längerer Perspektive EU-Mitglied werden kann, werden sich diesbezüglich noch gravierende Schwierigkeiten ergeben, die aus den jetzt schon erheblichen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und infrastrukturellen Asymmetrien zwischen Polen und der Ukraine resultieren.²⁹

Kühle Beziehungen herrschen zwischen Warschau und dem weißrussischen Minsk. Dabei geht es in erster Linie darum, daß der weißrussische Präsident Lukaschenko weder eine wirtschaftliche noch politische Transformation eingeleitet hat, die mit den Verhältnissen in Polen kompatibel wäre. Seine Orientierung auf Rußland sowie die Unterdrückung weißrussischer Oppositioneller sorgt in Polen für Unruhe und erschwert den für beide Seiten so notwendigen Dialog.³⁰

Mängel bei der Demokratisierung waren die Ursache dafür, daß die Slowakei nicht in die NATO aufgenommen und nicht zu den Beitragsgesprächen mit der EU eingeladen wurde. Nach Bildung der Koalitionsregierung unter Mikulaš Dzurinda hat sich die Zusammenarbeit zwischen Warschau und Bratislava allerdings belebt, die Beziehungen gelten als gut, da es keine gravierenden Konfliktebenen gibt. Tschechien ist derjenige Nachbar, mit dem Polen gemeinsam der NATO beigetreten ist und mit dem es sich um einen Platz in der EU bewirbt. Die polnisch-tschechischen Beziehungen sind trotz einer gewissen Konkurrenz hinsichtlich der Beitrittsreife für die EU stabil. Die Minderheitenprobleme im Teschener Schlesien gelten als grundsätzlich gelöst.³¹

Die Verträge mit Deutschland

Der deutsch-polnische Vertrag vom November 1990, in dem Deutschland die Oder-Neisse-Grenze anerkannte, schloß ein Kapitel deutsch-polnischer Nachkriegsgeschichte ab, das über lange Jahrzehnte kein Ende zu nehmen schien. Erst die Wende des Jahres 1989 und die Vereinigung beider deutscher Staaten hat diese Entwicklung möglich gemacht und dafür gesorgt, daß das Gespenst des deutschen Revisionismus – auch in der polnischen Optik – gebannt zu sein scheint. Der deutsch-polnische Vertrag vom 17. Juni 1991 stellt hingegen den Anfang einer neuen Ära dar, nicht nur hinsichtlich der Beziehungen mit Deutschland, sondern auch im Blick auf die Entwicklung Europas. Dieser Vertrag über gute Nachbarschaft und

freundschaftliche Zusammenarbeit ist Ausdruck einer – wie das der polnische Außenminister Skubiszewski ausdrückte – echten polnisch-deutschen Interessengemeinschaft, die aus Deutschland einen Anwalt polnischer Interessen in der EU und NATO gemacht hat und in Polen eine Menge einst tiefsitzender Komplexe und anti-deutscher Vorurteile behob.³² Laut Meinungsumfragen ist in Polen seit 1991 das Vertrauen zu Deutschland als politischem Partner gewachsen und die gute Entwicklung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen hat im Laufe einiger Jahre in Deutschland die Meinung über die polnische Wirtschaft erheblich verbessert. Der Vertrag aus dem Jahr 1991 hat auch etliche Dinge geregelt, die nach dem Krieg ein Tabu darstellten, z. B. die Gleichbehandlung der deutschen Minderheit in Polen und der in Deutschland lebenden polnischen Gruppe.³³ Er vereinfachte auch eine ehrlichere, wenn auch noch nicht abgeschlossene Diskussion zum Thema der Vergangenheit. Als besonders wichtig hat sich hier das Thema der Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen von Deutschen und Polen erwiesen, das mittlerweile auch in Polen von Historikern und Sozialwissenschaftlern aufgegriffen und diskutiert wird, nicht selten in Kooperation mit deutschen Kollegen.³⁴ Von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung sind auch die regelmäßigen Arbeitstreffen der deutschen, polnischen und französischen Außenminister, die sich aus dem Ansatz des Weimarer Dreiecks ergeben.³⁵

Die Hauptbedeutung des Vertrags aus dem Jahre 1991 besteht freilich darin, daß man den gesetzlichen Rahmen für eine vertiefte Zusammenarbeit nicht nur zwischen den politischen und wirtschaftlichen Eliten geschaffen hat, sondern auch zwischen den beiden Gesellschaften, gerade im Hinblick auf die regionale, grenznahe und städtepartnerschaftliche Zusammenarbeit.³⁶ Dem in diesem Vertrag festgeschriebenen Willen zur Zusammenarbeit sind alle bisherigen Regierungen treu geblieben: in Polen sowohl die aus der Solidarność entstandenen Regierungen als auch die postkommunistischen. In Deutschland sowohl die christdemokratisch-liberale

Regierung Helmut Kohls als auch die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder.³⁷ Das heißt nicht, daß es zwischen beiden Ländern nicht zu Konflikten kommt, und daß der Vertrag nicht weiterhin nachhaltig mit Leben erfüllt werden muß. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die aktuelle Kontroverse bezüglich der Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter im Dritten Reich oder an die Rückerstattungsdebatte im Zusammenhang mit ehemals deutschem Privateigentum im heutigen Westpolen.³⁸ Deutlich wird allerdings in diesem Kontext auch, daß sich diese oder ähnliche Fragestellungen in absehbarer Zeit immer stärker auf die europäische Ebene verlagern werden. Die deutsch-polnische Interessengemeinschaft ist somit in einem entschieden breiteren gesamteuropäischen Zusammenhang zu betrachten.³⁹

Nach den Wahlen von 1997: Die Regierung von Jerzy Buzek

Bei den dritten freien Wahlen in der Republik Polen (den ersten nach dem Ablauf einer vollen Kadenz) avancierte die Wahlaktion „Solidarność“ (AWS) zum großen Sieger, indem sie 33,83 Prozent der Stimmen erhielt. Das Linke Wahlbündnis (SLD) gewann zwar im Vergleich mit den vorangegangenen Parlamentswahlen Stimmen dazu (insgesamt 27,13 Prozent), mußte aber die Macht abgeben, weil es keine Chance hatte, eine Koalition zu bilden, denn die Bauernpartei (PSL), der einstige Koalitionspartner des Linken Wahlbündnisses, mußte eine empfindliche Schlappe hinnehmen und verlor ungefähr hundert Mandate. Die zweite Partei der einstigen Opposition, die Freiheitsunion mit ihren 13,7 Prozent, eröffnete dem Solidarność-Lager die Chance, eine eigene Regierung zu bilden. Zu den Verlierern gehörten die Arbeitsunion, die überhaupt nicht ins Parlament kam, und die Parteien der Rentner, während die Bewegung für den Wiederaufbau Polens (ROP) schlechtere Ergebnisse einfuhr als erwartet. Das zweipolige Machtgefüge (AWS und SLD) spiegelte einerseits den historischen Konflikt der Zweiteilung Polens wider, anderer-

seits kündigte es möglicherweise eine neue politische Ordnung an. Beide Lager stehen allerdings vor der Notwendigkeit großer Veränderungen, von der Formel des "Bündnisses" und der "Aktion" zu einer geschlossenen politischen Partei, was im übrigen auch die Wahlordnung fordert. Dies fällt dem Linken Wahlbündnis leichter, obwohl es auch innere Erschütterungen und Krisen durchlebt.⁴⁰

Nach den Wahlen bildeten AWS und Freiheitsunion eine Koalition. Den Auftrag zur Regierungsbildung erhielt recht überraschend Jerzy Buzek, eine in der großen Politik wenig bekannte Größe. Für diese Aufgabe wurde er von dem Gründer und Chef der AWS, Marian Krzaklewski, designiert, der trotz zahlreicher Aufforderungen, das Amt des Ministerpräsidenten nicht übernahm. Stellvertretender Ministerpräsident wurde der Chef der Freiheitsunion, Leszek Balcerowicz. Mit der Regierungsbildung begannen die Auseinandersetzungen der Koalitionäre hinsichtlich der Aufteilung der Ressorts und Einflüsse. Dieser Zustand innerer Anspannung, häufig auch programmatischen Charakters, ist für die Koalition bis heute charakteristisch.⁴¹ Er betrifft aber auch die Sammelbewegung AWS, die sich bekanntlich aus mehreren Parteien und Gruppierungen zusammensetzt, die entsprechende Machtkämpfe austragen und dafür sorgen, daß immer wieder über die Rekonstruktion der Regierung Buzek diskutiert wird.⁴²

Stimmungen in der Bevölkerung

Die Bevölkerung war und ist wegen des Rückgangs der inneren Sicherheit und der Kriminalität verunsichert und wünscht sich mehr Polizei und schärfere Strafen.⁴³ Die in der Regel niedrigen Wahlbeteiligungen verdeutlichen, daß es eine deutliche Politikverdrossenheit gibt. In den Augen junger Leute verlieren die alten Autoritäten zusehends an Gewicht.⁴⁴ Im Vordergrund des Denkens stehen die wirtschaftlichen Transformationsprozesse und ihre Folgen für die Einzelhaushalte, v.a. der Rückzug des Staates aus zahlreichen Förderprogrammen (Kinder-

gärten, Schulen, Hochschulen, Stipendien).⁴⁵ Das Problem der hohen Arbeitslosigkeit konnte nur kurzfristig gedämpft werden, angesichts der starken Geburtenjahrgänge, die in den nächsten Jahren auf den Arbeitsmarkt drängen, wird die Frage einer aktiven Arbeitsmarktpolitik wieder besonders relevant.⁴⁶

Egalitäres Denken ist weit verbreitet, der Differenzierung der Gesellschaft und dem Entstehen einer Schicht von sehr Wohlhabenden stehen breite Teile der Gesellschaft ablehnend gegenüber. Dies kann nicht verwundern, denn es hat in den Jahren der Transformation eine deutliche Verarmung der polnischen Gesellschaft gegeben. Der Rückgang der realen Einkünfte in den ersten Jahren der Transformation traf sowohl die Arbeiter und Landwirte als auch den öffentlichen Dienst und die einstigen intellektuellen Eliten. Sie fühlten sich nicht selten als "Verlierer" der Transformation, auch wenn sie es objektiv betrachtet nicht waren.⁴⁷

Die niedrigen Verdienste im öffentlichen Dienst, in der Gesundheitsfürsorge, bei den Lehrern und der Polizei, beim Zoll und in anderen staatlichen Bereichen sorgten für Abwanderungsbewegungen in den privaten Bereich, begünstigten Korruption und zwingen zahlreiche Lehrer und Hochschulanerhörige dazu, gleich mehreren Beschäftigungen nachzugehen. Gleichzeitig nimmt der Anteil privater Schulen und Hochschulen immer stärker zu. Auch wenn es in den letzten Jahren zu einem Anstieg der realen Löhne gekommen ist, haben anspruchsvolle Reformvorhaben, besonders im Bildungsbereich, die notorisch unterbezahlte Lehrerschaft stark verunsichert, aber auch radikalisiert.⁴⁸

Der Status der sogenannten Intelligenzia hat sich grundsätzlich verändert, die traditionelle Haltung des engagierten Intellektuellen als Mahner und Systemkritiker, der sich in das öffentliche Leben einmischte, ist kaum noch auszumachen.⁴⁹ Die neuen Eliten und der entstehende polnische Mittelstand definieren sich in erster Linie durch Effizienz und wirtschaftliche Erfolge, was einen spürbaren Wertewandel hervorgerufen hat.⁵⁰ In diesem Zusammenhang hat

auch die katholische Kirche Polens ihre angestammte Rolle verloren. Deutlich wurde dies bei den Diskussionen über den “Krieg der Kreuze” und die Einführung der Religionsunterrichts an den Schulen sowie den immer wieder aufkommenden Debatten im Zusammenhang mit Verhütung und Abtreibung.⁵¹ Die polnische katholische Kirche muß sich deshalb in einem noch wesentlich breiteren Umfang dem Dialog mit der Gesellschaft stellen.⁵²

Von entscheidender Bedeutung bleibt aber weiterhin die Frage, ob die positive makroökonomische Entwicklung in Polen in Zukunft anhält. Und auch in diesem Zusammenhang werden unterschiedliche Szenarien diskutiert und veröffentlicht, wobei bei der Bevölkerung in letzter Zeit ein leichter Skeptizismus zu überwiegen scheint.⁵³ Dies ist aber nicht zuletzt eine Folge des Umstands, daß die polnische Gesellschaft nach zehn Jahren einer mehr oder minder erfolgreichen Transformationsphase in den nächsten Jahren weiterhin mit enormen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen zu rechnen hat, die darüber entscheiden werden, ob es nach dem EU-Beitritt gelingt, in absehbarer Zeit Anschluß an die wirtschaftlich entwickelten Staaten der EU zu gewinnen oder nicht.⁵⁴

¹ Zbigniew Wilkiewicz: Wenn sich zu viel auf einmal ändert. Gebiets-, Gesundheits-, Verwaltungs- und Sozialreform verunsichern die Polen. In: Süddt. Ztg., 18.5.1999, S. 47.

² Jerzy Stanisław Mac: Polska dekada [Das polnische Jahrzehnt], in: Wprost, 30.5.1999, S. 24-29, S. 24.

³ Wiesław Władyka: Przeszłość zaklęta. Ponad połowa Polaków pozytywnie ocenia dziś Edwarda Gierka i lata 70 [Verzauberte Vergangenheit. Über die Hälfte der Polen bewertet heute Edward Gierk und die siebziger Jahre positiv], in: Polityka, 10.11.1999, S. 20-22.

⁴ Wojciech Zaborowski: Orientacje egalitarne w społeczeństwie polskim w latach 1988-1993 [Egalitäre Orientierungen der polnischen Gesellschaft in den Jahren 1988-1993]. Warszawa 1995.

⁵ Jacek Mojkowski, Wiesław Władyka: 10 lat na wolności [10 Jahre Freiheit], in: Polityka, 5.6.1999, S. 3-25.

⁶ Anna Wolff-Powęska: Polen – vier Jahre nach der Wende. Versuch einer Bilanz politischer und gesellschaftlicher Reformen, in: osteuropa, 3 (1994), S. 207-219. Kyu Young-Lee: Zivilgesell-

schaft als Ansatzpunkt für den Umbruch des sozialistischen Systems in Osteuropa? Das Beispiel Polen. Frankfurt/M. 1994. Joachim Wolf: Die Wertewelt polnischer Bürger im Spannungsfeld von Maximalglaubenskonsens und materieller Versuchung, in: aktuelle ostinformationen, 3-4 (1996), S. 15-33.

⁷ Mojkowski, op. cit., S. 5.

⁸ Ibidem, S. 5.

⁹ Izabella Szupejko: Glanz und Schatten der Privatisierungspolitik in Polen, in: aktuelle ostinformationen, 3-4 (1996), S. 49-54. Wolfgang Quaisser: Wachstumskurve mit Knick. Die Konjunktur schwächt sich ab, aber noch ist Polen das Vorzeigeland – Reformland, in: Süddt. Ztg., 18. 5. 1999, S. 46. T. K.: Von internen Krisen und hausgemachten Problemen. Ostmitteleuropa und Rußland im zehnten Jahr der Transformation, in: Zürcher Ztg., 26.8.1999, S. 11.

¹⁰ Barbara Knoth: Polen. Nach wie vor attraktiv für ausländische Investoren. In: EU-Magazin, 1-2, S. 44-45.

¹¹ Zbigniew Wilkiewicz: Polens Beitritt zur NATO und EU – Eine Herausforderung für die Russische Föderation? In: aktuelle ostinformationen, 3-4 (1999), S. 1-11; ders.: NATO-Osterweiterung – Reaktionen der Beitrittskandidaten. Polnische Kommentare, in: osteuropa, 2 (1998), S. A 46-A 54.

¹² Jacek Mojkowski, op. cit., S. 8.

¹³ Dieter Bingen: Die Republik Polen. Eine kleine politische Landeskunde. München 1999, S. 65.

¹⁴ Mojkowski, op. cit., S. 17.

¹⁵ Zbigniew Wilkiewicz: Die Polnische Bauernpartei – Reform oder Machterhalt? In: osteuropa, 7 (1997), S. A 295-A 306; ders.: Die polnische Landwirtschaft in der Transformation? In: aktuelle ostinformationen, 3-4 (1996), S. 37-44.

¹⁶ Ders.: Die polnische Landwirtschaft vor dem Umbruch? In: osteuropa, 2 (1996), S. A 94-A 103. Rada strategii społeczno-gospodarczej przy Radzie Ministrów [Der Rat für sozioökonomische Strategie beim Ministerrat] (Hg.): Wieś i rolnictwo. Wyzwania i kierunki rozwiązań w obliczu integracji europejskiej [Dorf und Landwirtschaft. Herausforderungen und Lösungsansätze angesichts der europäischen Integration]. Warszawa 1999.

¹⁷ Mojkowski, op. cit., S. 10.

¹⁸ Ibidem.

¹⁹ Zbigniew Wilkiewicz: Vergangenheitsbewältigung in Polen. Wem dient das Überprüfungsgesetz? In: osteuropa, 4 (1998), S. A1-A8; ders.: Eine polnische Gauck-Behörde? In: osteuropa, 1 (1997), S. A 153-A 158.

²⁰ Mojkowski, op. cit., S. 11.

²¹ Wulf Schade: Zur Verfassungsdebatte in Polen. In: osteuropa (1995), S. A 381-A 393. Herwig Roggemann (Hg.): Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas. Berlin 1999, S. 209-219, S. 675-734.

²² Hermann Schmidtendorf: Danziger Werft in neuen Händen. Grundstein für polnische Schiff-

- bau-Holding mit Gdingen und Stettin gelegt – Proteste gegen die Privatisierung, in: *Die Welt*, 29.9.1998, S. 34. Zbigniew Wilkiewicz: Der polnische Steinkohlenbergbau in der Krise, in: *osteuropa*, 10 (1999), S. A 428–A 437. Marek S. Szczepański: Opel z górnictwem pióropuszem. Restrukturyzacja województwa katowickiego i jej społeczne uwarunkowania [Opel mit Bergmannsfederhut. Die Restrukturierung des Woiwodschaft Kattowitz und ihre gesellschaftlichen Bedingungen]. Katowice 1998.
- ²³ Elmar Brok, Jan Bielecki: Polen muss in die EU – schnell., in: *Die Welt*, 18.10.1999, S. 8.
- ²⁴ Brigitte Kols: Warschauer Dauerlauf ins Ziel. Polen steuert die Fusion mit der Union für 2003 an – als wichtiger Partner auf dem Weg zum „global player“. In: *Frankfurter Rundschau*, 3.12.1999, S. 12.
- ²⁵ Poland – Regular Report – First Draft – 28.9.1999. Regelmäßiger Bericht 1999 der Kommission über die Fortschritte Polens auf dem Weg zum Beitritt, 101 S.
- ²⁶ Zbigniew Wilkiewicz: Verstärkte Europa-Skepsis in Polen, in: *osteuropa*, 5 (1999), S. A 198–A 206.
- ²⁷ Mojkowski, op. cit., S. 15.
- ²⁸ Alte neue Grenze. Wenn Polen in die EU aufgenommen wird, bleibt die Ukraine außen vor. Ein Gespräch mit Taras Wozniak aus Lemberg. In: *Zeitung zum Sonntag*, 12.12.1999, S. 4.
- ²⁹ Maciej Bałtowski, Andrzej Miszczuk: Granica polsko-ukraińska w perspektywie nowego europejskiego porządku geopolitycznego [Die polnisch-ukrainische Grenze aus der Perspektive der neuen europäischen geopolitischen Ordnung], in: *Przegląd Zachodni*, 7-9 (1999), S. 29 – 40. Gert Weisskirchen: Tiefgreifende Krise der Transformation. Die Ukraine zum Zerreißen gespannt, in: *Frankfurter Rundschau*, 12.11.1999, S. 12.
- ³⁰ Zbigniew Wilkiewicz: Zur politischen Entwicklung Weißrusslands. Oppositionelle Stimmen – veröffentlicht in Polen, in: *osteuropa*, 6 (1997), S. A 235–A 245.
- ³¹ Edmund Rosner: Die Grenzregion Cieszyn (Teschen), in: *aktuelle ostinformationen*, 3-4 (1995), S. 29-33.
- ³² Mojkowski, op. cit., S. 6.
- ³³ Artur Hajnicz: Polens Wende und Deutschlands Vereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989-1992. Paderborn 1995. Jan-Pieter Barbian, Marek Zybur (Hg.): Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Wiesbaden 1999. Zbigniew Wilkiewicz: Nationale Minderheiten als Brücke zu einem besseren Verständnis zwischen Deutschen und Polen sowie Deutschen und Tschechen, in: *deutsche studien*, Heft 130 (1996) S. 163 – 188.
- ³⁴ Zbigniew Wilkiewicz: Vertreibung und Aussiedlung als gemeinsame Erfahrung von Deutschen und Polen, in: *aktuelle ostinformationen*, 3-4 (1994), S. 33-42. Włodzimierz Borodziej, Artur Hajnicz (Hg.): *Kompleks wypędzenia* [Der Komplex der Vertreibung]. Kraków 1998. Hubert Orłowski, Andrzej Sakson: *Utracona ojczyzna. Przymusowe wysiedlenia, deportacje i przesiedlenia jako wspólne doświadczenie* [Verlorenes Vaterland. Zwangsaussiedlungen, Deportationen und Umsiedlungen als gemeinsame Erfahrung]. Poznań 1996.
- ³⁵ Michał M. Kosman: Polska w trójkącie weimarskim [Polen im Weimarer Dreieck], in: *Przegląd Zachodni*, 7 – 9 (1999), S. 59 – 75.
- ³⁶ Norbert H. Weber: Die Oder überqueren. Deutsch-polnische Begegnungen in Geschichte, Kultur und Lebensalltag, Frankfurt/M. 1999.
- ³⁷ Smybole der Freiheit und der Einheit Europas. Ansprache von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Tore der Freiheit. Von Solidarność zur deutschen Einheit“ am 10. November in Berlin. In: *Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung*, Bulletin, Nr. 81, S. 773, 23.11.1999.
- ³⁸ Joanna Kluzik-Rostkowska: Cena Niewolnika [Der Preis für einen Sklaven], in: *Wprost*, 9.5.1999, S. 26-28.
- ³⁹ Krzysztof Miszczak: Deutsch-polnische Beziehungen nach der Vereinigung Deutschlands und im Zuge der politischen Veränderungen in Polen. In: *Eurojournal pro management*, 11-12 (1999), S. 62-63. Beata Ociepa: Polen – Deutschland: Dialog zwischen den Kulturen. In: *Deutschland Archiv*, 6 (1999), S. 976 – 983.
- ⁴⁰ Dorota Macieja: Życie po SdRP. Sojusz nie ten sam, ale taki sam? [Das Leben nach der SdRP. Nicht mehr das gleiche und doch das gleiche Bündnis], in: *Wprost*, 27.6.1999, S. 24-25. Dieter Bingen: Die polnische Sozialdemokratie (SdRP/SLD). Erbe und Wählerauftrag. BIOst, 16 (1998).
- ⁴¹ Bogusław Mazur: Rewaloryzacja Rządu. Koalicja ma szansę na przejście do kontrofensywy [Die Aufwertung der Regierung. Die Koalition hat die Chance, zur Gegenoffensive überzugehen], in: *Wprost*, 1.10.1999, S. 21-23.
- ⁴² Jerzy Sławomir Mac, Dorota Macieja: AWS kontra AWS [AWS gegen AWS], in: *Wprost*, 5.9.1999, S. 22-24.
- ⁴³ Zbigniew Wilkiewicz: Innere Sicherheit und Kriminalität in Polen, in: *aktuelle ostinformationen*, 1-2 (1995), S. 14-35; ders.: Aspekte der inneren Sicherheit und der Kriminalität in Polen, in: *osteuropa*, 4 (1995), S. A 224–A 242.
- ⁴⁴ Ders.: Politische Jugendorganisationen und apolitische Subkulturen in Polen, in: *osteuropa*, 2 (1996), S. A83–A 93.
- ⁴⁵ Ders.: Die Wirtschaft Polens zwischen freier Entfaltung und staatlichen Eingriffen. In: *osteuropa*, 11 (1995), S. A 617–A 627.
- ⁴⁶ Ders.: Arbeitslosigkeit und Sozialversicherungssystem in Polen, in: *osteuropa*, 11 (1995), S. A 628–A 637; ders.: Arbeitslosigkeit und ihr Stellenwert in der polnischen Sozialpolitik, in: *osteuropa* (1996), S. 64–79. Kornelia van der Beek, Peter Weiss (Hg.): *Sozialpolitik im*

- Transformationsprozeß. Ordnungs- und sozialpolitische Reformen in Polen. Berlin – New York 1995. Ralph P. Heinrich, Michael J. Koop u.a.: Sozialpolitik im Transformationsprozeß Mittel und Osteuropas. Tübingen 1996.
- ⁴⁷ Zbigniew Wilkiewicz: Die polnischen Haushalte in der Transformation, in: aktuelle ostinformationen, 1-2 (1997), S. 12 – 23.
- ⁴⁸ Ders.: Neue Ansätze zur Reform des polnischen Schul- und Bildungswesens, in: aktuelle ostinformationen, 3-4 (1998), S. 16 – 37.
- ⁴⁹ Ders.: Die polnische Gesellschaft, ihre Intellektuellen und Schriftsteller in vier Essays. in: osteuropa, 7 (1995), S. 627–637; ders.: Fünf Strategien zur Bewältigung der Conditio polaca, in: aktuelle ostinformationen, 1 – 2 (1999), S. 1–11; ders.: Polen: Neue Eliten und überflüssige Intelligenzija, in: osteuropa, 1 (2000), S. A 20–A 21.
- ⁵⁰ Lidia Beskid, Róża Milic-Czerniak, Zbigniew Sufin: Polacy a nowa rzeczywistość ekonomiczna [Die Polen und die neue ökonomische Wirklichkeit]. Warszawa 1995.
- ⁵¹ Zbigniew Wilkiewicz: Abtreibungspraxis in Polen vor der Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, in: osteuropa, 4 (1997), S. A 161–A 168; ders.: Instrumentalisierung des Anti – Abtreibungsgesetzes für Verfassungsreferendum und Parlamentswahlen in Polen, in : osteuropa, 9 (1997), S. A 377–A 387.
- ⁵² Manfred Spieker (Hg.): Nach der Wende. Kirche und Gesellschaft in Polen und in Ostdeutschland. Sozialethische Probleme der Transformationsprozesse. Paderborn 1995. Andrzej Szczypiorski: Die Furcht vor der Freiheit. Über die gewandelte Stellung der polnischen Kirche seit 1989. In: Neue Zürcher Zeitung, 10.-11.2.1996, S. 49. Theo Mechtenberg: Trendwende oder Zerreißprobe. Zur Situation der katholischen Kirche in Polen, in: aktuelle ostinformationen, 3 – 4 (1998), S. 1–16. Zbigniew Wilkiewicz: Die katholische Kirche Polens in der Zerreißprobe, in: osteuropa, 5 (1999), S. A 207–A 219.
- ⁵³ Agnieszka Filas: Ojczyzna malkontentów [Das Vaterland der Unzufriedenen], in: Wprost, 19.9.1999, S. 26-29.
- ⁵⁴ Zbigniew Wilkiewicz: Zukünftige Perspektiven für Polen, in: osteuropa (1999), S. A 477–A 488.

Michael Walter

Die zweite “samtene Revolution” in Bratislava

Die Slowakei auf dem Weg in die Europäische Union

Mit der historischen Entscheidung der Regierungschefs der Europäischen Union auf ihrem Gipfeltreffen in Helsinki am 10. und 11. Dezember 1999, nun u.a. auch mit der Slowakischen Republik offizielle Beitrittsverhandlungen zu eröffnen¹, wurden vor allem die Demokratisierungsbemühungen der neuen Regierung honoriert. Bis dahin war die Slowakei als einziger unter den Beitrittsanwärtern wegen fehlender Fortschritte auf dem Weg zu einer funktionierenden Demokratie während der Mečiar-Ära in die zweite Reihe verbannt worden. Noch drei Jahre nach dem Aufnahmeantrag der Slowaken hatte die EU-Kommission 1997 das vernichtende Urteil gefällt, dass “die slowakische Regierung die Rolle und Verantwortung anderer Institutionen nicht respektiert und häufig über die Konfrontationsschwelle hinausgeht, die traditionell in der Demokratie akzeptiert wird.”² Die langjährige internationale Isolierung wurde

in der Slowakei, wo sich bei der letzten Umfrage mehr als drei Viertel der Befragten für den EU-Beitritt aussprachen, als äußerst schmerzlich empfunden. Dies umso mehr, als die Tschechische Republik zu den aussichtsreichsten Anwärtern auf eine EU-Mitgliedschaft zählt. Von ihr hatten sich die Slowaken nach einer 74jährigen Staatengemeinschaft – ohne Volksabstimmung – gelöst und am 1. Januar 1993 erstmals in ihrer mehr als tausendjährigen Geschichte einen souveränen Staat gegründet.³

Der Neuanfang

Nach fünf verlorenen Jahren unter dem autokratischen Langzeit-Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar scheiterte dessen letzter Versuch, die Opposition zu schwächen: Die Verabschiedung eines neuen Gesetzes vor der letzten Wahl zum Nationalrat am 25./26. September 1998 sah vor,

dass jede Partei, die Mitglied eines Wahlbündnisses ist, eigenständig die Fünfprozent-Hürde überwinden musste. Daraufhin schlossen sich fünf Parteien – die Christdemokraten (KDH), die Demokratische Union (DU), die Demokratische Partei (DS), die Sozialdemokraten (SSDS) und die Grünen (SZ) nominell zur Partei “Slowakische Demokratische Koalition” (SDK) zusammen. Zwar behauptete die Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) Mečiar mit 27 Prozent der Stimmen knapp ihre Stellung als stärkste Partei im Parlament, konnte aber mit ihren bisherigen Koalitionspartnern aus der radikal chauvinistischen Slowakischen Nationalpartei (SNS, 9,1 Prozent) und der linksradikalen Arbeitervereinigung (ZRS, mit 1,3 Prozent an der Fünfprozent-Hürde gescheitert) nur noch 57 der 150 Abgeordneten stellen.⁴ Gemeinsam mit der postkommunistischen Partei Demokratische Linke (SDL), der Partei Bürgerliche Verständigung (SOP) und der Ungarischen Koalition (SMK) bildete daher die SDK die gegenwärtige Regierungskoalition unter Führung des SDK-Vorsitzenden Mikuláš Dzurinda. Dieses heterogene Anti-Mečiar-Bündnis verfügt im Parlament über eine knappe verfassungsändernde Dreifünftelmehrheit, womit man nicht zuletzt die Direktwahl des Staatspräsidenten durchsetzen konnte. Aus den beiden Wahlrunden zum Präsidentenamt am 15. und 29. Mai 1999 ging der bisherige Bürgermeister der ostslowakischen Industriestadt Košice Rudolf Schuster als Sieger hervor. Am 15. Juni 1999 wurde der gebürtige Karpatendeutsche als neuer Staatspräsident vereidigt. “Ohne Pathos oder Gewalt, vielmehr ruhig und selbstbewußt, also auf typisch slowakische Art, verabschiedeten die Slowaken gleich mehrere der verhängnisvollen politischen Ideen des 19. und 20. Jahrhunderts: den Nationalismus und den Autoritarismus.”⁵

Die politische Transformation

Nach den beiden Wahlen konnte die zweite Phase der Transformation eingeleitet und ein neuer Anlauf zur Demokratisierung des Landes

und zur Annäherung an die Europäische Union genommen werden. Erfolge sind nicht von der Hand zu weisen. So würdigte die EU-Kommission in ihrer letzten Untersuchung des Transformationsprozesses, dass sich 1999 unter allen Kandidatenländern “die bemerkenswertesten Entwicklungen bei der Erfüllung der politischen Kriterien in der Slowakei vollzogen” hätten.⁶ Zum politischen Reformprogramm der neuen Regierung gehörte die Aufhebung der gegen die Meinungs- und Pressefreiheit gerichteten Gesetze und Erlasse der früheren Machthaber und die Durchführung freier und fairer Gemeindevahlen im September 1999. Auch im Nationalrat erhielt die Opposition Möglichkeiten für die Einbeziehung in die Parlamentsausschüsse und Aufsichtsgremien. Die neuen Machthaber in Bratislava leiteten Untersuchungen zweifelhafter Privatisierungsfälle der Mečiar-Ära ein, durchleuchteten die Arbeit staatlicher Organisationen, insbesondere des Slowakischen Geheimdienstes (SIS), und erstatteten nach Aufhebung der von Mečiar gewährten Amnestien mehrere Strafanzeigen. So wird gegen den früheren Innenminister Gustáv Krajčí ermittelt, der unter dem Verdacht steht, die Vorbereitung und den Ablauf des Referendums von 1996 manipuliert zu haben. Der frühere Geheimdienstchef und Mečiar-Intimus Ivan Lexa saß wegen einer möglichen Beteiligung an der Entführung des Sohnes des ehemaligen Staatspräsidenten Kováč sogar einige Tage in Untersuchungshaft. Richtungsweisend für die politische Kultur des Landes sind sicherlich auch die Rücktritte zweier Minister, denen unsaubere Machenschaften vorgeworfen wurden.⁷ Weitere Änderungen der Verfassung sollen die Unabhängigkeit der Justiz gewährleisten. Insgesamt ist nach Einschätzung der EU-Kommission davon auszugehen, dass die Slowakei nun die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt.⁸ Zuvor hatte bereits der Europarat die von der Slowakei erreichten Fortschritte zur Angleichung ihrer demokratischen und rechtsstaatlichen Normen und der Achtung der Menschenrechte an die Anforderungen der Straßburger Staatenorganisation zum Anlass genommen, das Land aus der parlamentarischen

politischen Überwachung zu entlassen und als nunmehr vollwertiges Mitglied zu betrachten.⁹

Die wirtschaftliche Transformation

Bis das ehrgeizige Ziel eines EU-Beitritts zum Wunschdatum 1. Januar 2004 erreicht werden kann, müssen allerdings noch eine Reihe von Problemen gelöst werden, vornehmlich im wirtschaftlichen Bereich. Hier hat die neue Regierung nicht nur mit dem Scherbenhaufen der ineffizienten Günstlingswirtschaft Mečiar zu kämpfen.¹⁰ Bei Übernahme der Regierungsgeschäfte war das Land heruntergewirtschaftet; im Haushalt und in der Leistungsbilanz klappte ein Zwillingsdefizit.¹¹ Wie der Generalkonsul der Slowakischen Republik, Ivan Horský, bei einem Besuch im Gesamteuropäischen Studienwerk e.V. Vlotho erläuterte, resultieren die gegenwärtigen Anpassungsprobleme aber auch aus der Hinterlassenschaft der staatssozialistischen Jahrzehnte. Dabei seien die psychologischen Schwierigkeiten mindestens ebenso groß wie die wirtschaftlichen. Bei vielen Slowaken fehle nach 40 Jahren Staatsdirigismus die innere Kraft, die neuen Herausforderungen zu bewältigen. Auch bewahrheiten sich nun die Prophezeiungen der Skeptiker, die in der gegenwärtigen Koalition lediglich ein Zweckbündnis sahen, das der Wille vereinte, das Mečiar-Regime abzulösen. Konflikte treten vor allem aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen der SDL auf der einen und der SDK auf der anderen Seite auf, wenn es um die notwendigen wirtschaftlichen Reformvorhaben geht. Aus Sicht der EU konnten sich erfreulicherweise zunächst die Befürworter der radikalen Strukturanpassungen durchsetzen. So gab die Notenbank den bislang an einen DM-Dollar-Währungskorb gekoppelten Wechselkurs der Krone frei, der daraufhin um 15 Prozent fiel. Zum 75 Punkte umfassenden Maßnahmenpaket zur wirtschaftlichen Stabilisierung und Umstrukturierung, das die neue Regierung am 28. Januar 1999 vorlegte, gehörten das Einfrieren der Lohn- und Gehaltssumme im öffentlichen Dienst und die Senkung der Einkommensteuer für juristische Personen von

40 auf 29 Prozent. Weitere Maßnahmen betrafen die Einführung eines siebenprozentigen Einfuhrzuschlags sowie die Deregulierung der Preise für Energie, Bahn, Telekommunikation und Wohnungsmieten. Wie in anderen Transformationsstaaten bereitet insbesondere die Umstrukturierung der Stahl- und der Rüstungsindustrie große Probleme. Immerhin konnte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1999 real um etwa zwei Prozent gesteigert werden.

Dennoch gelang es bisher nicht, die im europaweiten Vergleich rekordverdächtig hohe Arbeitslosenquote von – je nach Quelle – 17 bis über 20 Prozent und die rund zehnpromtente Inflationsrate zu senken.¹² Die sozialen Belastungen nehmen für viele Slowaken unerträgliche Ausmaße an. Allein die Freigabe der Stromtarife führte zu einer Verteuerung um ein Drittel.¹³ Bei einem Mindestlohn von umgerechnet 163.- DM und einer Mindestpension von 181.- DM treffen die Sparmaßnahmen viele Slowaken sehr hart. Ein Mittelstand existiert kaum.

Problematisch ist auch die Situation im Bankenwesen. Hier steht die Regierung vor einer Auszahlung staatlicher Schuldscheine in Höhe von rund 1,85 Milliarden DM. Dennoch sollen noch im ersten Halbjahr 2000 drei bis vier der wichtigsten Banken privatisiert werden. Zu den vordringlichen Aufgaben zählt nun der Abschluss der Privatisierung, was u.a. recht lukrative Unternehmen wie die slowakische Telekom und die Gasindustrie betrifft. Bei einem Besuch Schusters in der Bundesrepublik Anfang Januar zeigte sich abermals, welchen prioritären Stellenwert die neuen Machthaber in Bratislava der wirtschaftlichen Integration beimessen. Heute gehen bereits zwei Drittel der Exporte in die EU, wobei die Bundesrepublik der wichtigste Handelspartner ist. Zwar verdoppelte sich 1999 der Gesamtumfang der ausländischen Direktinvestitionen in der Slowakei gegenüber dem Vorjahr; insgesamt ist das Interesse an Investitionen in der Slowakei jedoch noch relativ gering. Vorzeigeprojekte wie die Produktionsstätten von Volkswagen, in

denen mehrere tausend Menschen beschäftigt sind, bilden eher die Ausnahme. Nach Auffassung der slowakischen Regierung ist jedoch ohne einen deutlichen Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen eine nachhaltige Stabilisierung der slowakischen Wirtschaft kaum möglich.¹⁴ Daher nutzen die slowakischen Vertreter jede Gelegenheit, unter Hinweis auf das investitionsfreundlichere Klima für ein Engagement in ihrem Land zu werben.¹⁵ Allerdings schreckt viele potentielle Investoren die noch immer weit verbreitete Korruption, die der Slowakei nach dem Index der Transparency International 1999 einen unrühmlichen Platz 53 im globalen Vergleich zuwies – weit hinter anderen Beitrittsaspiranten wie Estland (27), Ungarn (31) oder der Tschechischen Republik (39).

Trotz aller Schwierigkeiten kam die EU-Kommission in ihrer letzten Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsprozesses in der Slowakischen Republik auf dem Weg zu einer funktionsfähigen Marktwirtschaft sowie der Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Gemeinschaft standzuhalten, zu einem überwiegend positiven Ergebnis: Die Slowakei sei “von einer funktionsfähigen Marktwirtschaft nicht mehr weit entfernt, und wenn die Reformen, die beschlossen oder geplant sind, im kommenden Jahr konsequent durchgeführt werden, so dürfte sie dieses Subkriterium im Laufe des nächsten Jahres erfüllen.”¹⁶ Hinsichtlich der Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften standzuhalten, stellte man fest: “Durch die Verabschiedung und Umsetzung ihres derzeitigen Gesetzes- und Strukturreform-Programms dürfte die Slowakei sicherstellen, daß ihre Wirtschaft dieses zweite Subkriterium mittelfristig erfüllen kann.”¹⁷ Weniger optimistisch ist dagegen die Bank Austria, die in ihrer umfassenden Studie über den Stand des Transformationsprozesses in Mitteleuropa die Slowakei zu den “Problemländern” zählt. Das Land sei erst im Jahre 2018 in der Lage, an 50 Prozent des EU-Durchschnittseinkommens heranzukommen. Momentan nehme die Slowa-

kei in einem Gesamtranking der Beitrittskandidaten nur Platz 7 ein.¹⁸

Die Angleichung an den Acquis

Ein weiteres im Europäischen Rat von Kopenhagen formuliertes Beitrittskriterium verlangt die Fähigkeit, die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen. In der Praxis bedeutet dies für die Kandidaten, in möglichst kurzer Zeit nicht weniger als rund 3.000 EU-Normen zu übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie die der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen zu machen. Dabei sind in der Slowakei weitere positive Entwicklungen zu verzeichnen. So wird in Brüssel anerkannt, dass Bratislava die Bemühungen um die Angleichung der Rechtsvorschriften erheblich verstärkt habe. Allerdings müsse die neue Regierung im Bereich der Leistungsfähigkeit der Verwaltung und der Justiz ihre guten Absichten und jüngsten Fortschritte bei der Anpassung des Rechtsrahmens durch einen Ausbau der Verwaltung und der Justiz in konkrete Fortschritte ummünzen.¹⁹

Zur Anpassung an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union trug im vergangenen Jahr bei, dass sich die Slowakei dem gemeinsamen Standpunkt in Bezug auf das Kosovo, dem Flugverbot für jugoslawische Fluggesellschaften und dem gegen Jugoslawien verhängten Ölembargo anschloss. Die deutliche Parteiname für die NATO äußerte sich auch in der Öffnung des slowakischen Flugraums sowie der Straßen und Eisenbahnlinien für Aktionen der Allianz. Internationales Prestige gewann Außenminister Eduard Kukan, der neben dem Schweden Carl Bildt von UN-Generalsekretär Kofi Annan zu einem der zwei Sonderbeauftragten für das Kosovo ernannt wurde.

Als integrierender Bestandteil des gemeinschaftlichen Besitzstandes ist auch die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion für alle Mitgliedstaaten verbindlich. Daher wird von den Beitrittskandidaten eine schrittweise

Entwicklung durch makroökonomische Stabilisierung verlangt, die langfristig auch die Einführung des Euro beinhaltet. Bis zur Erfüllung der dazu erforderlichen Maastricht-Konvergenzkriterien gelten allerdings Ausnahmeregelungen, wie sie in Artikel 122 des Vertrags von Amsterdam festgelegt wurden. Für eine Übergangszeit könnte also auch die Slowakei nach dem Beitritt die bisherige Währung noch verwenden. Nach Einschätzung der EU-Kommission sollte die Slowakei "auf mittlere Sicht in der Lage sein, als nicht an der Euro-Zone teilnehmendes Land an der WWU teilzunehmen, soweit sie den makroökonomischen Stabilisierungsprozeß und die Strukturreformen fortsetzt und ihre Gesetzgebung weiter an den entsprechenden Besitzstand der Gemeinschaft angleich[t]."²⁰

Zu den gravierendsten umweltpolitischen Problemen zählte lange Zeit das Atomkraftwerk in Bohunice, das mehr als ein Viertel des slowakischen Strombedarfs erzeugt. Die slowakischen Reaktoren sowjetischer Bauart lassen sich nicht mehr entsprechend der europäischen Sicherheitsstandards aufrüsten und stellen damit ein hohes Risiko dar, zumal die Slowakei keinen internationalen Verpflichtungen aus dem Reaktorsicherheitskonto-Abkommen unterliegt. Nach massivem internationalem Druck beschloss die slowakische Regierung, die Blöcke 1 bis 2 VI in Bohunice bis 2006 bzw. 2008 stillzulegen. Man signalisierte überdies Verhandlungsbereitschaft gegenüber der Forderung Österreichs nach einer früheren Schließung des Atomkraftwerks.²¹ Schließlich hätten die neuen Machthaber in Wien die Möglichkeit, durch ein Veto im Ministerrat die EU-Aufnahme der Slowakei zu blockieren. Bis zur Abschaltung der Reaktoren soll das nukleare Sicherheitsrisiko mit hohen finanziellen Investitionen sowohl der slowakischen Regierung als auch seitens der EU-Hilfen im Rahmen des PHARE-Programms reduziert werden.²²

Minderheiten

Was die Lage der nationalen Minderheiten in der Slowakischen Republik betrifft gibt es sowohl Licht als auch Schatten. Positiv ist zu werten, dass die slowakische Regierung sich ernsthaft bemühte, die Defizite der Mečiar-Zeit auszugleichen und in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen sowie in Abstimmung mit der EU Gesetzentwürfe zum Schutz von Minderheitensprachen vorlegte, die vom Parlament am 10. Juli 1999 verabschiedet wurden. Dies betrifft insbesondere die *ungarische Minderheit*, die mit 600.000 Menschen etwa zehn Prozent der Bevölkerung stellt. Nach dem neuen Gesetz ist Ungarisch in allen etwa 500 Gemeinden, in denen mehr als 20 Prozent der Bevölkerung dieser Minderheit angehören, zweite Amtssprache. Obwohl die ungarische Regierung und auch Vertreter der Minderheit das Gesetz als unzureichend kritisierten, trug dieser Schritt dazu bei, die Beziehungen zwischen Ungarn und Slowaken zu verbessern. Auch die Einbeziehung der Ungarischen Koalitionspartei in die Regierungskoalition, in der sie einen Vize-Premier und zwei Minister stellt, die Einrichtung eines Parlamentsausschusses für Menschenrechte und Minderheiten, Verbesserungen bei der Gewährung von Zuschüssen für kulturelle Einrichtungen sowie weitere Bemühungen der Regierung zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen geben berechtigten Anlass zur Hoffnung. Das Vertrauen der ungarischen Minderheit in Präsident Schuster hatte sich bereits bei seiner Wahl gezeigt, als 99 Prozent der Magyaren für ihn stimmten.

Sorge bereitet dagegen weiterhin die Situation der *Roma*, die nach verschiedenen Berechnungen zwischen 1,6 und acht Prozent der Bevölkerung stellen. Wie in den Nachbarländern leiden die Roma-Gemeinden auch in der Slowakei unter Diskriminierungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben und, damit verbunden, einer hohen Arbeitslosenrate, unwürdigen Lebensbedingungen, mangelnden Gesundheits- und Erziehungseinrichtungen und oftmals auch

unter rassistisch motivierter Gewalt.²³ Auf der anderen Seite wird auch von Slowaken, die des Rassismus unverdächtig sind, der fehlende Integrationswille vieler Roma beklagt. Andreas Oplatka, der sachkundige Ostmitteleuropa-Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung, kam zu dem Schluss: "Bereitschaft der Roma zur Änderung ihrer Mentalität und äußere Hilfe sind gleichermaßen notwendig, wenn man die heutigen Zustände überwinden will."²⁴ Es nützt wenig, Schulbücher auch in der Sprache der Roma zu drucken, wenn das geringe Interesse an formaler Bildung dazu führt, dass der Anteil der Roma-Kinder an Schulabbrechern nach wie vor unverhältnismäßig hoch ist. Auch Staatspräsident Schuster hinterließ bei seinem Besuch in der Bundesrepublik einen ambivalenten Eindruck, als er die zahlreichen Asylanträge von Roma in den EU-Staaten kommentierte. Dies seien "berechnende Einzelpersonen oder Gruppen aus den Reihen des Roma-Ethnikums, die in diese Länder migrieren und gewissenlos Vorteile missbrauchen, die für wirklich verfolgte Flüchtlinge gedacht sind".²⁵

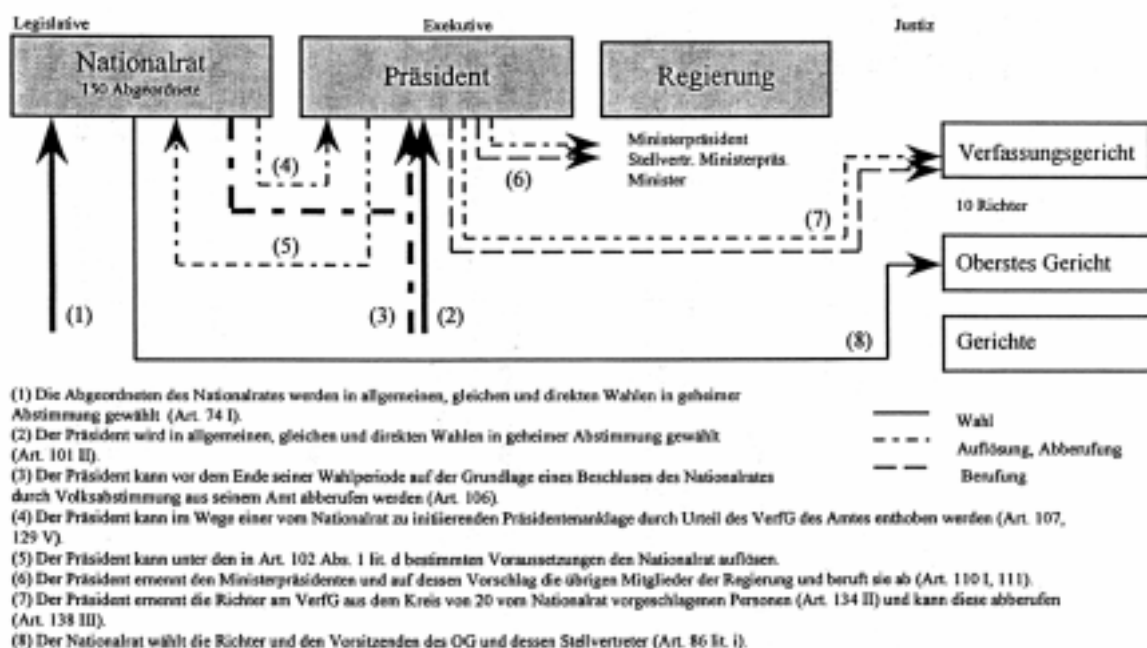
Ähnlich äußerte sich Ministerpräsident Dzurinda, der ein einheitliches Asylrecht in der

EU forderte, um Missbrauch "aus opportunistischen Gründen" entgegenzuwirken.²⁶ Zugleich unterstrich Schuster, dass gemeinsam mit der Tschechischen Republik und möglichst auch mit den übrigen Staaten der Visegrád-Gruppe Konzeptionen zur Lösung des Problems gesucht werden. Dies könne "ein Pilotprojekt für den Umgang mit den Roma europaweit werden", so Schuster.²⁷

Generell bietet die wiederbelebte Zusammenarbeit zwischen Slowaken, Tschechen, Polen und Ungarn in der V4-Gruppe aufgrund der politischen, kulturellen und geographischen Gemeinsamkeiten große Chancen, den Annäherungsprozess an die EU voranzutreiben. Für die Slowakei wird diese Kooperation umso wichtiger, je stärker sich das bisherige Bindeglied Österreich nach der Regierungsbeteiligung der integrationsfeindlichen FPÖ in der Gemeinschaft isoliert. Aber auch von der Bundesrepublik erhofft man sich Unterstützung. So war es von besonderer Bedeutung, dass Bundespräsident Johannes Rau mit seinem Besuch in Bratislava im Herbst 1999 die internationale Isolation der Slowakei beendete.

Slowakische Republik: Staatsorganisation

(Quelle: Roggemann, Herwig (Hrsg.), *Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas*, S. 249)



Gegenwärtige Herausforderungen

Die Lösung aller politischen und wirtschaftlichen Probleme wird indes durch die Zerstrittenheit der "Koalitionen-Koalition" in Bratislava gefährdet. Daher entschloss sich Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda zu Beginn des Jahres, die langwierigen Kontroversen mit einem radikalen Schritt zu beenden und eine eigene politische Partei mit dem Namen "Demokratische und Christliche Union" zu gründen. Die Neugründung, mit der Dzurinda bei der Parlamentswahl im Jahr 2002 antreten will, soll an die Ideen der "Slowakischen Demokratischen Koalition" anknüpfen, der es als Oppositionsbündnis bei den letzten Parlamentswahlen gelang, das Mečiar-Regime abzulösen. Einige christlich-demokratische Politiker, darunter Innenminister Ladislav Pittner, aber auch Außenminister Eduard Kukan und Kultusminister Milan Knazko von der liberalen Demokratischen Union unterstützten den Premier.²⁸ Der frühere Regierungschef Jan Čarnogursky, mit dem Dzurinda um den Posten des KDH-Vorsitzenden konkurrierte, warnte den Ministerpräsidenten dagegen, er laufe Gefahr, den Rückhalt seiner bisherigen Parteifreunde zu verlieren.²⁹ Die kaum noch zu durchschauenden Verhältnisse in der Regierungskoalition provozierten das Bonmot, dass es der Ministerpräsident als erster geschafft habe, gleichzeitig drei verschiedenen Parteien anzugehören.³⁰

Von den fortwährenden Reibereien in der Koalition und der angespannten sozialen Lage profitiert derzeit ein Politiker, dem mancher Beobachter schon voreilig das endgültige Aus prophezeit hatte.³¹ Ex-Premier Mečiar. Mittels eines Referendums will er vorgezogene Neuwahlen erzwingen und die Macht zurückerobern. Es dürfte kein Problem darstellen, die erforderlichen 350.000 Unterschriften für die Ausschreibung einer Volksabstimmung zu sammeln, zumal Mečiar's HZDS derzeit in den Umfragen mit mehr als 30 Prozent weit vor der Konkurrenz liegt. Die einzige Möglichkeit, ein Referendum zu verhindern, hätte im Nachweis gelegen, dass dessen Inhalt verfassungswidrig

sei. Die Argumentation des Regierungslagers lautete dementsprechend: Die Abgeordneten sind dem Grundgesetz nach auf vier Jahre gewählt, also widerspräche ein vorzeitiges Ende der Legislaturperiode im Ergebnis vorgezogener Neuwahlen der Verfassung.³² Dennoch stimmte Staatspräsident Schuster nach einem Treffen mit Mečiar Mitte Februar dessen Antrag zu. Nach einer erfolgreichen Unterschriftensammlung wäre der Staatspräsident verpflichtet, das Referendum auszuschreiben, das dann allerdings noch von der Parlamentsmehrheit gestoppt werden könnte. Außerdem wäre eine Volksbefragung nur dann gültig, wenn mindestens die Hälfte der abstimmungsberechtigten Bürger sich an ihr beteiligten.³³ Sollte sich am Ende dennoch der Populist Mečiar durchsetzen, steht dem Land erneut ein schwerer Rückschlag und die internationale Isolation bevor. Auf diese Gefahr wies auch Präsident Schuster hin: "Wir müssen den Riss in der Gesellschaft kitten. Das Ausland darf nicht vor jeder neuen Wahl Angst haben, was wohl anschließend aus der Slowakei wird."³⁴ Und er fügte hinzu: "Wir [haben] jetzt das schwerste Jahr vor uns". Insofern macht es durchaus Sinn, wenn der für Erweiterungsfragen zuständige EU-Kommissar Günter Verheugen den Wunsch der Slowaken zurückwies, gleich im ersten Jahr der Verhandlungen mit 15 Kapiteln zu beginnen und stattdessen sich erst einmal auf fünf zu beschränken.³⁵ Alles andere würde die Beteiligten angesichts des enormen Nachholbedarfs im Moment wohl überfordern.

¹ Vgl. Hartmut Hausmann, EU-Gipfel in Helsinki, in: Das Parlament vom 24./31.12.1999.

² Zit. nach Juraj Hrabko, Wie ein Eisenbahnsignal mit drei Farben, in: Prager Zeitung vom Oktober 1999.

³ Vgl. Christoph Thanei, dpa, 20.1.2000: "Seit dem Untergang des Großmährischen Reiches (906) stand die Slowakei als "Oberungarn" unter der Herrschaft Budapests (bis 1918). Im 19. Jahrhundert hatte sich, in Verbindung mit den Tschechen, eine slowakische Nationalbewegung entwickelt. Im Gefolge der Sudetenkrise erzwang der katholische Priester Jozef Tiso dann die Föderalisierung des tschechoslowakischen Staates und stand schließlich als Staatschef (1939-45) an der Spitze eines deutschen Satellitenstaates. Wegen

- Hochverrats wurde er nach dem Krieg zum Tode verurteilt und 1947 in Bratislava (Preßburg) hingerichtet. Nach der Besetzung durch Sowjettruppen fand sich die Slowakei erneut als Teil der (ab 1948 kommunistisch) regierten Tschechoslowakei wieder.”
- ⁴ Vgl. zu den Wahlen und den schwierigen Koalitionsverhandlungen ausführlich Reinhard Stuth, Die Slowakei auf dem Weg nach Europa, in: KAS-Auslandsinformationen 3/99, S. 43-62.
 - ⁵ So Reinhard Stuth, ebd., S. 43.
 - ⁶ Vgl. den Bericht der EU-Kommission von 1999: Gesamtdokument, Bericht über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, S. 15.
 - ⁷ Vgl. Juraj Hrabko, Der EU-Beitritt als Anreiz, in: Prager Zeitung 3/2000.
 - ⁸ Vgl. den Bericht der EU-Kommission von 1999: Gesamtdokument, Bericht über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, S. 16.
 - ⁹ Vgl. Andreas Oplatka, Der Europarat zufrieden mit der Slowakei, in: Neue Zürcher Zeitung vom 2.9.1999.
 - ¹⁰ Vgl. zur Privatisierung in der Slowakei nach der Auflösung der CSFR ausführlich Gerhard Schüsselbauer, Privatisierungsmethoden. Eine Analyse ihrer Ausgestaltung in den ehemals sozialistischen Ländern Mitteleuropas. Bern/Stuttgart/Wien 1998, S. 221-229 sowie Albrecht Rothacher, Slowakei: Transformationserfolg in der politischen Dauerkrise?, in: KAS-Auslandsinformationen 7/97, S. 73-104.
 - ¹¹ Vgl. Klaus W. Bender, Die Slowakei sieht sich für die Beitrittsverhandlungen gerüstet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.10.1999.
 - ¹² Vgl. Milan Kubas, Künftig sechs Koalitionäre, in: Bayernkurier vom 22.1.2000.
 - ¹³ Vgl. Hans-Jörg Schmidt, Slowaken schnallen Gürtel enger, in: Die Welt vom 4.2.1999.
 - ¹⁴ Vgl. Klaus Bender/Reinhard Olt, Dzurinda wirbt um Vertrauen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.3.1999.
 - ¹⁵ Vgl. ebd. und Prager Zeitung 4/2000.
 - ¹⁶ Vgl. den Bericht der EU-Kommission von 1999: Gesamtdokument, Bericht über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, S. 24.
 - ¹⁷ Ebd., S. 26.
 - ¹⁸ Vgl. Reinhard Olt, Brüchiger Weihnachtsfrieden in Pressburg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.12.1999.
 - ¹⁹ Ebd., S. 28.
 - ²⁰ Vgl. den Bericht der EU-Kommission von 1999: Gesamtdokument, Bericht über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, S. 29.
 - ²¹ Vgl. Slowakei zu Verhandlungen bereit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.12.1999.
 - ²² Ebd., S. 31.
 - ²³ Ebd., S. 17.
 - ²⁴ Andreas Oplatka, Das Elend der Roma – ein Verhängnis?, in: Neue Zürcher Zeitung.
 - ²⁵ Vgl. Prager Zeitung 4/2000.
 - ²⁶ Vgl. Andreas Oplatka, Slowakischer Ruf nach einheitlichem Asylrecht in der EU, in: Neue Zürcher Zeitung vom 14.1.2000.
 - ²⁷ Vgl. Interview mit Schuster, Wir müssen die Schritte zur Demokratisierung unumkehrbar machen, in: Die Welt vom 19.1.2000.
 - ²⁸ Vgl. Neue Zürcher Zeitung und Frankfurter Rundschau vom 18.1.2000.
 - ²⁹ Vgl. Andreas Oplatka, Verwirrung im slowakischen Regierungslager, in: Neue Zürcher Zeitung vom 19.2.2000.
 - ³⁰ Vgl. Andreas Oplatka, Verworrene Parteiverhältnisse in der Slowakei, in: Neue Zürcher Zeitung vom 4.2.2000.
 - ³¹ Vgl. z.B. Reinhard Stuth, Die Slowakei auf dem Weg nach Europa, in: KAS-Auslandsinformationen 3/99, S. 43-62, S. 46.
 - ³² Vgl. Hans-Jörg Schmidt, Slowakischer Ex-Premier strebt wieder an die Macht, in: Die Welt vom 11.2.2000.
 - ³³ Vgl. Hans-Jörg Schmidt, Grünes Licht für Referendum über Neuwahl in der Slowakei, in: Die Welt vom 19.2.2000.
 - ³⁴ Vgl. Interview mit Schuster, Wir müssen die Schritte zur Demokratisierung unumkehrbar machen, in: Die Welt vom 19.1.2000.
 - ³⁵ Vgl. Bestärkte slowakische EU-Ambitionen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22./23.1.2000.

Mit **Malaria**
ist keine **Mark** zu machen



Ärzte ohne Grenzen e.V., Lievelingsweg 102, 53119 Bonn
Spendenkonto 97 0 97, Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00

Bitte schicken Sie mir

- ☐ allgemeine Informationen
- ☐ Informationen für einen Projekteinsatz
- ☐ Informationen zur Fördermitgliedschaft
- ☐ Die Broschüre „Vermächtnis für das Leben“

11/02/14

Name _____

Geb.-Datum _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Wolfgang Döbber

Kleine Geschichte des ostmitteleuropäischen Films – Als die neue Hoffnung laufen lernte.

Der Herbst 1989 als Wendepunkt

Als die Mauer im Herbst 1989 zu bröckeln begann und die kommunistische Ordnung in den Ländern Ostmitteleuropas zusammenbrach, wurde nicht nur politisch eine neue Ära in der Geschichte Europas eingeläutet. Der Zusammenbruch der sozialistischen Staatssysteme kam für einige Künstler/innen in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas nicht völlig überraschend, aber in seiner Konsequenz und Geschwindigkeit war der Herbst 1989 ein Schock und ein abrupter Neubeginn zugleich. Zu deutlich waren die Vorzeichen der maroden Staatswirtschaften erkennbar. Zugleich reifte in vielen der wenig optimistische Gedanke, dass mit dem Abtauchen des Staates aus der Finanzierung und Subventionierung zahlreicher Filmprojekte eine prekäre Lage für die Kultur im Allgemeinen und die Filmökonomie im Besonderen verbunden sein könnte. Die Auswirkungen auf die Zuschauerzahlen waren dann auch auf lange Sicht verheerend.

Die politische Zensur war zwar abgeschafft, aber die schrittweise Einführung der Marktwirtschaft, der schmerzliche Prozess der Transformation führte zu drastischen Kürzungen der staatlichen Förderung des Kinos, besonders in der Tschechischen Republik wie in Ungarn, und zunächst zu einem massiven Rückgang der einheimischen Produktionen. In den Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawien erlebte die Filmproduktion, mit Ausnahme Sloweniens, einen desaströsen Einbruch, als das Land in den Bürgerkrieg stürzte. Ein Einschnitt in der Geschichte der Filmproduktion, von dem sich die Staaten Kroatien und Bosnien-Herzegowina, sowie Serbien und Mazedonien bis zum heutigen Tag kaum erholt haben. Besonders deutlich sind die Auswirkungen im Baltikum spürbar: In Litauen zum Beispiel machte die Zahl derer, die 1996 ins Kino gingen, nur noch ein Prozent der Kino-

besucher im Vergleich zum Jahr 1985 aus.¹ Der Filmmarkt musste einen hohen Preis für die politische Freiheit bezahlen. Überschwemmt von amerikanischen Filmen, blieb den eigenen Produktionen nur der künstlerische Ausweg, den „Hollywood-Stil“ zu kopieren.²

Lichtblicke gab es glücklicherweise auch: Von allen Kinematografien Ostmittel- und Südosteuropas ist das polnische Kino immer noch das effektivste, da es teilweise vom Staat gefördert wird. So wurden in Polen im Jahr 1992 immerhin 30 Filme hergestellt; diese Zahl konnte im folgenden Jahr erneut bestätigt werden.³ Im Gegensatz dazu standen in Ungarn, in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik die meisten Ateliers leer, da der Rückgang der subventionierten Projekte immens war. Der finanzielle Kollaps konnte oft nur knapp vermieden werden. Das Vermieten der Filmstudios an Film- und Fernsehfirmen aus dem Westen rettete die einheimische Filmwirtschaft.

Ein weiteres Charakteristikum der postkommunistischen Ära war die Zunahme von Co-Produktionen zwischen Ost und West. Nicht unüblich in der sozialistischen Ära, doch nun wurde die Co-Produktion zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit. Bestes Beispiel für diese Form der Produktion ist der Film „Zauber der Venus“ des Ungarn István Szabó aus dem Jahr 1990. Gleich drei Länder (Ungarn, Frankreich und Deutschland) beteiligten sich an der Finanzierung; bezeichnenderweise reflektiert der amüsante Film die Vielfalt und die Tücken europäischer Sprachen und Mentalitäten vor und während der Inszenierung eines Opernstückes in Paris.

Dennoch bleibt ein Risikofaktor bei Co-Produktionen bestehen: Die Gefahr der Standardisierung und Homogenisierung schwebt über dem Haupt der Filmschaffenden, nationale Eigenarten können verloren gehen und die Individualität droht bei mehreren Produzenten und

Einflussnehmenden auf den Schaffensprozess des Films abhandeln zu kommen. Bewährte Regisseure wie István Szabó konnten diese Fußangeln umgehen, da sie über ausreichend Erfahrung verfügen. Jüngere Filmemacher hingegen müssen sich an den Druck einer Co-Produktion gewöhnen, zumal die ausländische, meist amerikanische Konkurrenz, die Inlandsmärkte stark bedrängte und ihrerseits mit Blockbustern (Erfolgsfilme, Kassenschlager in den USA oder Westeuropa) ein größeres Publikum erreichen möchte.

Zurück zu dem historischen Jahr 1989, das als Kürzel für den Zusammenbruch des Ostblocks steht, und zahlreiche Schockwellen freisetzte, die alle Länder Ostmitteleuropas erreichen sollten. Denn mit der künstlerischen Freiheit erreichten auch die amerikanischen Verleiher den ost- und ostmitteleuropäischen Filmmarkt, gestärkt durch eine perfekt organisierte PR- und Werbemaschinerie und ausgestattet mit einem Werbebudget, von dem die hiesigen Verleihfirmen nur träumen können.

Neue Herausforderungen

Der Kampf um das Publikum begann. Wie reagierten die Filmregisseure und Regisseurinnen? Zahlreiche Künstler wechselten zunächst ins westeuropäische oder amerikanische Ausland, um dort ihrer Karriere einen neuen Schub zu geben oder weil sie dort schlicht und ergreifend eine solidere Finanzierung für ihre Filmprojekte erwarten konnten. Zu unsicher erschien ihnen die finanzielle Lage und Ausstattung der Studios in Prag, Budapest oder Warschau.

So emigrierte der hochtalentierte bosnische Filmemacher Emir Kusturica („Papa ist auf Dienstreise“, 1985, „Time of the Gypsies“, 1989) 1992 nach Amerika, um dort „Arizona Dream“ zu inszenieren, der sich mit den Mythen und den Fallgruben des amerikanischen Traums befasst. Im Vielvölkerstaat Jugoslawien tobte derweil der Bürgerkrieg. Drei Jahre später widmete sich auch Emir Kusturica dem Krieg in seiner

Heimat: „Underground“, eine Co-Produktion mit Deutschland und Frankreich, fing mit der für Kusturica typischen Wucht und Poesie fünf Jahrzehnte jugoslawischer Geschichte ein. Eine böse Farce, die beim Publikum in Europa jedoch kaum Anklang fand.

Doch gerade auf dem Sektor des Dokumentarfilms begann eine intensive Auseinandersetzung mit dem Geschehen auf dem Balkan. Eine der ergreifendsten Dokumentationen zum Bürgerkrieg wurde von den Franzosen Thierry Ravalet und Alain Ferrari gedreht: „Ein Tag im Tod von Sarajevo“, 1992. Aus Deutschland kam der Beitrag „Nach Saison“ (1992) von Pepe Danquart und Miriam Quinte, ein essayistischer Dokumentarfilm, der das Scheitern der Friedensbemühungen des ehemaligen Bremer Bürgermeisters Hans Koschnick in Mostar festhält.

Kunstgriffe und Ausweichstrategien

Eine Annäherung an das trotz schwierigster finanzieller Rahmenbedingungen reichhaltige Filmschaffen in Ostmitteleuropa kann nur über eine länderspezifische Betrachtung laufen. In Ungarn wie in Polen, in Rumänien wie in der ehemaligen Tschechoslowakei haben sich in den Jahrzehnten des „Kalten Krieges“ mehr als beachtliche Filmkulturen und Genres manifestiert und behauptet. Mittels geschickter und verschlüsselter Filmsemiotik und listiger Vieldeutigkeit machten sie staatliche Eingriffe nahezu unmöglich. Die politischen Umstände förderten die filmischen Ausweichstrategien, indem die Filmemacher und Filmemacherinnen auf eine Vielzahl semantischer Tropen und stilistischer Kunstgriffe Kurs nehmen mussten, um erfolgreich an der Zensur vorbei zu filmen. Immerhin brachten die politischen, revolutionären Ereignisse und deren Folgen in Ungarn und Polen des Jahres 1956 einige Auflockerungen mit sich, verschafften den Künstlern, bisweilen begleitet von Rückschlägen, einen breiteren kreativen Raum für die Inszenierung. Film-Kollektive als sich selbstverwaltende Einheiten entstanden. Ein frischer,

dynamischer Wind wehte durch Ungarn, Polen, Jugoslawien und durch die Tschechoslowakei.

So entstanden filmhistorische Meisterwerke wie „Der Kanal“ (1956), „Asche und Diamant“ (1958) und „Die Hochzeit“ (1972) von Andrzej Wajda und „Sterne an den Mützen“ (1967) von dem Ungarn Miklós Jancsó. Miloš Forman, der später mit „Eine flog übers Kuckucksnest“ (1975) und „Amadeus“ (1984) weltweit künstlerischen wie kommerziellen Erfolg haben sollte, gehörte neben Jiří Menzel („Lerchen am Faden“) zu den erfolgreichen Vertretern der tschechoslowakischen neuen Welle. Er nahm sich in „Die Liebe einer Blondine“ (1965) den ganz gewöhnlichen Alltag vor und sezierte die Liebe, die Benimmregeln zwischen den Geschlechtern und die Lebensgewohnheiten der Prager Vorstadtbewohner mit frecher Neugier.

Film als Kunstdisziplin und die Tradition des Autorenfilms

Der Film war in Ostmittel- und Südosteuropa eine vollentwickelte, anerkannte Kunstform. Nicht das Stiefkind mit dem Stallgeruch des Jahrmarktes und der stromlinienförmigen Unterhaltung, das sich den älteren Künsten Malerei, Literatur und Musik unterzuordnen habe, wie es häufig in Westeuropa zu hören war und ist. Vielmehr hat und hatte der Filmkünstler zwischen Warschau und Budapest, zwischen Bukarest und Prag eine verantwortungsvolle Position inne – als Autorenfilmer, der mit seinen Werken Position zu allen wichtigen gesellschaftlichen Fragen beziehen musste, das Publikum aufzuwecken hatte, um auf Missstände hinzuweisen.⁴ Die Filmkultur ist demnach eine dynamische, mit anderen Kunstformen korrespondierende Größe, die als Spiegel der Gesellschaft funktioniert, Geschichte kritisch aufarbeitet und Visionen für die Zukunft entwickelt.

Der große sowjetische Regisseur Andrej Tarkowskij inszenierte beispielsweise neben seinen beklemmenden historischen Filmen auch einen Science-Fiction-Film („Solaris“), der

Georgier Tengis Abuladse verdammt mit seinem 1984 entstandenen Film „Die Reue“ die Zeit des Stalinismus tragikomisch und surreal. Mit Glasnost und Perestrojka kamen seit 1986 neue Strukturen auf die Filmverantwortlichen zu: Auf dem 5. Kongress des Verbands der Filmschaffenden im Mai 1986 in Moskau kündete die Wahl des Regisseurs Elem Klimov von einem neuen, liberalen Geist. Verbotene und bis dato diskreditierte Filme wie „Die Kommissarin“ von Aleksander Askoldov (1967/1988) wurden restauriert und wieder aufgeführt. Der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow machte sich damit nicht nur Freunde, denn viele der auf den Festivals erstmals aufgeführten Filme berührten sensible, staatskritische Tabuthemen der sowjetischen Geschichte.

Polen I: Von Polański zu „Agata“

Die Odyssee in den Filmraum Ostmitteleuropa beginnt in Polen. Von dort brach Roman Polański zu seiner filmischen Psychoreise auf, sein Debüt „Das Messer im Wasser“ (1962) gilt für viele Filmhistoriker immer noch als der geschlossenste Film aus seinem Schaffen. Doch Polański zog es bald nach Großbritannien, wo er Ruhm für seine suggestiven Filme („Ekel“, „Der Mieter“) einheimste. Trotz einiger routinierter Auftragsarbeiten („Piraten“, 1986 mit Walter Matthau, „Frantic“, 1988 mit Harrison Ford und seiner Ehefrau Emmanuelle Seigner, der Film war immerhin atmosphärisch fesselnd) bewies Polański mit „Der Tod und das Mädchen“ (1995), dass er noch immer zu den besten Dramaturgen seines Faches gehört. Eine Rückkehr nach Polen scheint für den eigenwilligen Regisseur vorläufig undenkbar, auch wenn er in einem Interview anlässlich seines jüngsten Films „Die neun Pforten“ (1999) die leise Hoffnung äußerte, „einmal wieder einen kleinen Film in Polen zu drehen“.⁵

Die Eckpfeiler der polnischen Filmgeschichte bleiben derweil unangetastet: Die Größen der nationalen Filmhistorie heißen nach wie vor Andrzej Wajda, Krzysztof Zanussi und Andrzej

Munk, mit Einschränkungen noch Agnieszka Holland („Der PriTERMord“, „Hitlerjunge Salomon“), die wie Polański früh ins Ausland ging.



Wer in die Fußstapfen des im März 1996 mit 54 Jahren viel zu früh verstorbenen Krzysztof Kieślowski treten kann, ist noch nicht abzusehen. Vielleicht war Kieślowski mit seinen perfekten Bildkompositionen einmalig. Einer seiner favorisierten Darsteller, der beliebte Jerzy Stuhr („Drei Farben: Weiß“) scheint momentan am ehesten geeignet zu sein, den lakonischen, in der Beschreibung seiner Figuren aber zärtlichen Ton aus Kieślowskis Werken in seinen kommenden Projekten weiter zu entwickeln. Kieślowskis Verdienste für den zeitgenössischen Film sind enorm: Er miniaturisierte die allgegenwärtigen Themen der Menschheit wie Liebe, Tod, Schicksal, Glaube und Zufall auf die Lebenswege seiner Filmfiguren, die alle diese Umstände durchlebten.

Im Vergleich zu dem verschlossenen und wortkargen Kieślowski ist der joviale wie witzige Stuhr bei den jungen Kinogängern ungleich beliebter. Als im Rahmen eines Seminars im GESW in Vlotho im Herbst 1999 mit polnischen Schülerinnen aus Opole sein

Name fiel, waren Echo und Zustimmung groß. Jerzy Stuhr trifft den Puls der Jugend, verkörpert mit seiner Gutmütigkeit und seiner stoischen Ruhe vielleicht den Charakter, der in den späten Neunzigerjahren beim jugendlichen Publikum in Polen gefragt war.

Neben diesen erfahrenen Autorenfilmern wächst eine neue Generation von Filmemachern heran, die sich in Stil und Montagerhythmus eher an amerikanischer Action- und Krimi-Ware orientieren. Ein flottes Erzählprinzip, populäre Songs, jugendliche Streuner und Müßiggänger, Episoden und geraffte Geschichten von Liebe, Drogen und Korruption garnieren einige polnische Filme der Gegenwart. Aber auch die „alten Hasen“ mit Erfahrung können Publikumserfolge erzielen. „Die Entführung Agatas“ (1993) von Marek Piwowski ist ein Beispiel für rasantes Geschichtenerzählen, welches die Jugend mit Erfolg anspricht, weil jugendliche Helden, mutige Ausreißer und romantische Einzelgänger im Vordergrund der Geschichte stehen und ihr Handeln eher spontan und impulsiv als berechnend und logisch motiviert ist. Über zwei Millionen Zuschauer sahen den tragikomischen Liebesfilm, der bitter mit der Nomenklatura abrechnet und von den tiefen Gräben zwischen den Generationen handelt. Ironisch werden soziale und gesellschaftliche Problemfelder angedeutet; ein Hungerstreik der Polizei zeigt deutlich die Ohnmacht des Staates gegenüber den mafiaartigen Ausuferungen von Gewalt.

Andrzej Wajda, eine der Leitfiguren des polnischen Nachkriegskinos, ist nach wie vor ein sensibler und aufmerksamer Chronist des systemtransformierten Polen. 1997 präsentierte Wajda auf dem Filmfestival Berlinale seinen leisen Film „Fräulein Niemand“, mit dem er wieder zur zeitgenössischen Filmerzählung zurückkehrte. Die Suche eines jungen Mädchens, dass vom Land gerade in die Stadt gezogen ist, nach der eigenen Identität, wird unter der erfahrenen Regie von Wajda zu einem schmerzlichen Porträt einer Jugend, die sich unter neuen Bedingungen und Herausforderungen durchsetzen muss.

Zurück zur Geschichte Polens (in den Jahren 1811/12) kehrte er 1999 mit „Pan Tadeusz“. Mit diesem Film feiert Andrzej Wajda, der auf der Berlinale 2000 als Jury-Mitglied Polen vertrat, zur Zeit in Polen einen großen Erfolg beim Publikum. „Pan Tadeusz“ beginnt als Familienfehde und weitet sich zum nationalen Gleichnis aus, in dem die Litauer gegen die Russen kämpfen und der Mönch Robak der Held der Geschichte ist. Der opulente Film, der zwischen Geschichtslektion und Gesellschaftsroman schwankt, ist ein weiteres Beispiel für die kraftvolle und zur Zeit an den Kinokassen so erfolgreiche (vgl. „Mit Feuer und Schwert“) Tradition des ostmitteleuropäischen Kinos, Geschichte und nationale Mythen umzusetzen. Im Zuge der Beitrittsverhandlungen Polens zur Europäischen Union kann man diese geschichtsträchtigen Filme von Jerzy Hoffman und Andrzej Wajda als kulturelle Fußnoten lesen, nach dem mahnenden Motto: Vergeßt nicht, woher wir kommen und welche historischen Wurzeln wir haben. Gedächtnisarbeit als Kollektiv!

Tschechien: Filme mit Biss

Die schelmische Tradition des tschechischen Films ist unbestritten. Noch immer besitzen die Filme Jiří Menzels oder Miloš Formans weltweit einen exzellenten Ruf. Gerade heute, in einer Zeit mit extrem unberechenbaren Sehgewohnheiten des Publikums, künden ihre Werke („Lerchen am Faden“, Menzel, oder „Die Liebe einer Blondine“, Forman) von einer visionären Klugheit und Hellsichtigkeit. Daran anzuknüpfen ist eine Herausforderung für jeden jungen Filmemacher, der die Tradition seiner Vorgänger spitzzüngig weiterführen möchte, ohne Qualität, Biss und Klarheit in seinen Filmen einzubüßen.

Der talentierte Jan Sverak („Die Volksschule“, „Kolya“) könnte durchaus in die Fußstapfen Menzels und Formans treten. Begabt in der satirisch zugespitzten Beobachtung des Alltags vermittelt vor allem der preisgekrönte „Kolya“ (1996) die Güte und den schelmischen Charakter

seines kratzbürstigen Helden, der von Sveraks Vater Zdenek gespielt wird. Die politische Wende deutet „Kolya“ im Finale ganz beiläufig an, pointiert und mit einer leisen Melancholie geschmückt. Nicht, dass die alten (sozialistischen) Zeiten so viel besser gewesen wären, sie vermittelten aber ab und an ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Dass der politische Biss hinter der privaten Nische verkümmerte, wird in „Kolya“ mehr als deutlich spürbar. Als endlich die samtene Revolution mit den unterschiedlichen Symbolfiguren Alexander Dubček und Václav Havel ins Rollen kommt, können es die Hauptfiguren zunächst nicht begreifen. Zu ritualisiert war der Alltag im Schatten der Prager Burg. Aber eine Befreiung vom sozialistischen Dogma war es schon. Die klirrenden Schlüssel der samtenen Revolution läuteten schließlich eine neue Ära ein, für die Tschechen und für die Slowaken.

Neben diesen einheimischen Geschichten blickt der tschechische Film der Neunzigerjahre auch über den Tellerrand und führt seine Protagonisten in den Krieg. Der dokumentarisch angehauchte Film „Junge Männer entdecken die Welt“ (1996) von Radim Spacek führt in die belagerte bosnische Hauptstadt Sarajevo. Dort lernt ein Journalist aus Prag den Krieg im ehemaligen Jugoslawien mit anderen Augen kennen. Die Freundschaft mit einem jungen Paar kann ihn nur kurz trösten, denn der mörderische Alltag in Sarajevo kann die beiden jederzeit treffen. „Kino in Moll“, titelte der in Köln erscheinende „film-dienst“.⁶

Wie auch ansatzweise Jan Sverak in „Kolya“, so wirft auch der 1999 erfolgreichste Film in Tschechien, „Gemütliche Nischen“ des 32 Jahre alten Regisseurs Jan Hřebejk, einen Blick auf die sozialen Belange des realsozialistischen Alltags. Hřebejks Episoden aus einer Prager Mietskaserne kurz vor dem Einmarsch der Roten Armee 1968 basieren auf Anekdoten seiner Familie und lockten bisher rund 800 000 Besucher in die Kinos. Ein enormer Erfolg für den jungen Regisseur, der mit seinem Film rund 10 Prozent der Gesamtzuschauerzahl Tschechiens abdeckt.⁷

Hier scheint sich ein Trend zu manifestieren, der zur Zeit auch im polnischen Kino mit dem Groß Erfolg „Mit Feuer und Schwert“ zu beobachten ist: Die Filmindustrien Ostmitteleuropas proben mutig den Aufstand gegen die amerikanische Hegemonie und möchten mit geschichtsträchtigen Filmen und schweren Melodramen sowie Familienepen das Publikum zurückgewinnen, die eigene Geschichte und Kultur stärker betonen und den Siegeszug der Mythen Hollywoods stoppen.

Polen II: Mit Feuer und Schwert gegen Hollywood

Der viel zu frühe Tod des Menschenfreundes Krzysztof Kieślowski 1996 nahm dem polnischen Kino seinen visuellen Meister. Ausgeklügelt und souverän bis ins kleinste Bilddetail vernetzte Kieślowski in seinen Geschichten die Macht des Zufalls, der Liebe und des vorbestimmten Schicksals. Vor allem seine überragende Farb-Trilogie („Blau“, „Weiss“, „Rot“, 1992 bis 1994) wies ihn auf der Höhe seines Schaffens aus. Die filmische Allegorie über die Unmöglichkeit, die Werte der französischen Revolution, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, im Leben zu verwirklichen, wird Kieślowski einen Platz in der Geschichte des Filmes sichern.

Sein Europa-Skeptizismus, seine Abrechnung mit Strukturen des politischen Systems im Polen der 70er und 80er Jahre, sein Mahnen vor einer Vereisung der Gefühle bündelten sich zum einem seherischen Ganzen. In diesen Dramen muss die Liebe mehr als eine Prüfung überstehen, bevor die Macht des Zufalls ausgetrickst zu sein scheint.

Keine visuelle Meisterschaft, dafür umso mehr historische Besinnung strebt der Regisseur Jerzy Hoffman mit seinem Historienepos „Mit Feuer und Schwert“ an. Und das mit großem Erfolg beim Publikum. Fast acht Millionen Polen sahen im vergangenen Jahr den Film, während der Welterfolg „Titanic“ des Amerikaners James Cameron (den in Deutschland rund 18 Millionen

Zuschauer sahen) knapp unter vier Millionen Besuchern blieb. Ein richtungsweisender Erfolg für die jüngere Filmgeschichte Polens? Beachtenswert an diesem Publikumsliebbling ist seine im polnisch-litauischen Reich des 17. Jahrhunderts spielende Geschichte. Das bildgewaltige Schlachtengetümmel zeigt den Aufstand der ukrainischen Bauern gegen die polnische Krone, wobei das polnische Ideal des Ritterlichen finaliter die Zügellosigkeit der Ukrainer besiegt. Der Spielfilm als überschäumendes Geschichtsbuch – eine Losung für kommende Filmprojekte in Polen?

Russland: Symbolismus und Nationalismus

Der offenkundige Zerfall der öffentlichen wie politischen Moral in Russland in den späten Neunzigern, der sich in unzähligen Skandalen und politisch motivierten Morden widerspiegelte, führte vermehrt zu einer bitterzynischen Abrechnung von Regisseuren mit ihrem Land. Auch Piotr Luzik demonstriert mit seiner Satire „Okraina“ (Russland 1998), was er von der postsowjetischen Gesellschaft hält. Vor allem wieder aufflackernde nationale Mythen nimmt Luzik aufs Korn, geschickt verwebt er Bausteine des sozialistischen Realismus mit der Groteske der Gegenwart. So werden völlig neue Zusammenhänge geschaffen, die das Pathos des sozialistischen Realismus hemmungslos entlarven. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hat er sich von den zu Beginn demonstrierten nationalen Klischees Mütterchen Russlands (Weites Land, Schnee, Wodka) verabschiedet. Ein mutiger Film, der im kommunistischen Lager kaum Anhänger finden dürfte. Immerhin steht am Ende des Films der Kreml hell in Flammen. Der Titel „Okraina“ bedeutet Randbezirk – ein Schattendasein, das diesen ästhetisch verklausulierten Filmen im westlichen Ausland blüht, da bekanntlich die Vorliebe für gesellschaftskritische Filme arg nachgelassen hat.

Auffällig, dass viele Regisseure in der Vergangenheit den Schlüssel zum Verstehen der Gegenwart suchen. 1996 stellte Ruben Muradjan

seinen Film „Reise an den Abgrund des Lebens“ auf dem Filmfestival in Sotchi vor. Eine mit viel Pathos getränkte Geschichte, die die fast an Genozid grenzende Deportation des Nachbarvolkes der Tschetschenen im Jahr 1944 thematisiert. Einen bitteren Beigeschmack hinterläßt dieser Film nicht nur heute, im Jahr 2000, wenn die zensierten Bilder der russischen Nachrichtenagenturen von der Bombardierung der tschetschenischen Hauptstadt Grosny durch die russische Armee in die Wohnzimmerstuben flimmern. Trauriger Beweis für die These, dass der Film als Kunstform in Russland durchaus gesellschaftliche Mißstände anprangert, visionär sein kann und mahnende Funktion einnimmt.

Auch der sich mit politischen Ambitionen schmückende Regisseur Nikita Michalkov, der mit „Die Sonne, die uns täuscht“ (1995) sowjetische Geschichte zur Zeit der stalinschen Säuberungsmaßnahmen abbildete – und schon mal polternd ein Filmfestival verläßt, wenn er nicht den Hauptpreis, die Goldene Palme gewinnt (1996 in Cannes) – sucht sein Heil erfolgreich in der nationalen, mythenbildenden und erklärenden Erzählung. Sein „Barbier von Sibirien“ (1999), mit einem Budget von 45 Millionen Dollar der teuerste russische Film aller Zeiten, zeigt mittels einer Liebesgeschichte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Bild eines glücklichen Russlands, bevor Revolution und Weltkrieg diesen Zustand zunichte machen sollten.

Ungarn: Bolsche Vita!

Auf der Berlinale 1999 im Februar lief im Internationalen Forum ein ungarischer Beitrag, dessen Titel schon für sich sprach: „Gottes Laterne in Budapest“ (der deutsche Verleih übersetzte vorsichtiger „Die Laterne des Herrn in Budapest“) des 1921 geborenen Altmeisters Miklós Jancsó („Die Hoffnungslosen“, 1965). Eine für das junge Publikum sicher schwer zu durchschauende Groteske auf die Gegenwart, auf Korruption und Überlebenskünstler, auf Mythen und Traditionen der ungarischen Geschichte. Genau zehn Jahre zuvor, 1989, ließ

der Film „Mein 20. Jahrhundert“ aufhören. Geschrieben und inszeniert von Ildikó Enyedi spielte der Film leichtfüßig und klug mit den Menschheitsträumen des 20. Jahrhunderts, auch wenn der Film ernüchtert bilanziert, dass immer mehr analytisches Denken die seelischen Qualitäten des Lebens verdrängt. Beide Filme – als Eckpfeiler der zehn Jahre nach dem Zerbröckeln der Mauer, zehn Jahre nach den ersten Fluchtbewegungen der DDR-Bürger/innen über ungarisches Terrain Richtung Westen – verdeutlichen vehement, dass das Kino Mittel- und Osteuropas seine Stärken und seine Vitalität immer dann effektiv ausspielt, wenn es sich auf die eigenen Wurzeln und nationalen Mythen, auf ideell und sehr humane Themen besinnt, anstatt Mainstream-Kino aus Hollywood zu kopieren. Geschichte als Quelle und Inspiration für den Stoff, aus dem die Drehbuch-Träume sind, das ist eine typisch ostmitteleuropäische Spezialität.



Nicht in der Geschichte, sondern in der Gegenwart sucht der bestbesuchte ungarische Film des Jahres 1999 sein Heil: „Piraten“ inszeniert von Tamás Sas. Der mit 200 000 Besuchern für ungarische Verhältnisse fast schon ein Kassen-

erfolg zu nennende Film schaut zwei Freunden, die einen Pop-Piratensender betreiben, über die Schulter. Doch im Gegensatz zu „Gottes Laterne ...“ will der Film nur unterhalten und strebt keine tieferen Bedeutungsebenen an. Eine konventionelle Liebesromanze garniert „Piraten“; zudem sind rund 25 Minuten Musikstücke von der Filmband „Jazz-Az“ zu hören, mehr Video-clip als Filmwerk.

Die Magyaren entdecken nun wieder langsam die Liebe zum Kino. Vorbei die Zeiten, als in den Achtzigern jeder Ungar durchschnittlich achtmal pro Jahr ins Kino ging, der Film „Oberst Redl“ fast 800 000 Besucher anlockte. Bei zehn Millionen Einwohnern eine stolze Quote. Damit konnten es nicht einmal die Amerikaner aufnehmen, die siebenmal pro Jahr eine Eintrittskarte lösen. Nun hat der Forint mittlerweile eine neue Kaufkraft, er mußte in den Neunzigern drei Mal umgedreht werden, und die Eintrittspreise kletterten zudem in kaum erschwingliche Höhen. Der Preis für die Marktwirtschaft ging auf Kosten der Kinobesuche. Mittlerweile hat sich die Zahl der Besuche pro Jahr bei rund 1,6 eingependelt, vergleichbar dem deutschen Niveau.

Den bewegendsten Beitrag zur Geschichte des ungarischen Films nach der Wende 1989 inszenierte die Dokumentarfilmregisseurin Ibolya Fekete. Ihr Debüt „Bolsche Vita“ (1996) spielt im Chaos der Wendezeit und in der titelgebenden Budapester Szenekneipe „Bolsche Vita“. Dort treffen sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs jede Menge flüchtige Gäste, von denen Fekete das Schicksal des russischen Liedermachers Jura näher beleuchtet. „Bolsche Vita“ spiegelt gekonnt und unaufdringlich die Übergangszeit, den Rausch der Freiheit und den Traum von einer grenzüberwindenden Utopie. Ein sehenswertes Zeitporträt einer Gesellschaft im Umbruch.

Ausnahme Griechenland: Ein Blick auf den Balkan – Gigant und Mahner Angelopoulos

Zwar fällt Griechenland als Mitglied der Europäischen Union aus dem geographischen Korsett der filmgeschichtlichen Betrachtungen zu Ostmitteleuropa, doch sollte ein Filmregisseur wegen der Bedeutung seiner Filme für den Balkan Erwähnung finden. Der griechische Regisseur Theo Angelopoulos steht mit seinen sinnstiftenden Filmwerken zu der Balkan-Problematik wie zu Fragen von Nation, Heimat, Grenzen und Identität am Olymp der Filmkunst. Er dreht Filme, „die nicht aufhören anzufangen“, wie es Michael Kötz in seinem Aufsatz „Ein Träumer vom Sinn der Geschichte“ 1990 formulierte.⁸ Ob „Der Blick des Odysseus“ (1995), „Der schwebende Schritt des Storches“ (1993) oder sein jüngster Film „Die Ewigkeit und ein Tag“ (1998): Diese Werke sind epochale, metaphorische und philosophische Reisen durch den Balkan, durch seine zerpfügten Landschaften, durch eine von Krieg und Vertreibung arg gebeutelte Geschichte, durch die zugeschütteten Seelen seiner Bewohner/innen. Angelopoulos beobachtet seine Figuren im „Wartesaal der Geschichte“, wie es im „Blick des Odysseus“ einmal heißt. Ein weiteres Thema des Griechen in diesen genannten Filmen ist die Machtlosigkeit des Einzelnen auf der Suche nach dem Wesen von Heimat, Nation und der Überwindung von inneren und äußeren (staatlichen) Grenzen – formuliert ein Journalist in dem Film „Der schwebende Schritt des Storches“ die schlichte wie ergreifende Wahrheit über das Hassvolumen, das auf dem Balkan zwischen den Volksgruppen glimmt. „Wenn ich meinen Fuß über diese Grenze setze, bin ich anderswo, oder tot“. Die fürchterlichen Ausmaße des Bürgerkriegs auf dem Balkan, bis hin zu dem Kosovo-Konflikt und dem daraus folgenden Krieg der NATO gegen die Säuberungspolitik der Serben, haben diese Sicht mehrfach bestätigt. Der Hass der unterschiedlichen Volksgruppen im Kosovo glimmt weiter, die Internationalen Schutztruppen stellen lediglich ein Puffer dar, um Schlimmeres zu ver-

hindern, eine Rettung auf Zeit, wohl nicht mehr. Die Überwindung von Grenzen ist dort noch längst nicht abgeschlossen, und es steht zu befürchten, daß Theo Angelopoulos genügend Kriegsszenarien und Real-Vorlagen für weitere Filmprojekte wahrnehmen wird, um daraus mahnende und anklagende filmische Ausrufezeichen zu gestalten. Das politische Europa wird nicht umhin kommen, den Blick auf und die Verantwortung für die Balkan-Region gerichtet zu lassen.

¹ Stefan Steinberg: Eine Übersicht über die jüngste osteuropäische Filmszene, Filmfestival Cottbus 1998.

² Stefan Steinberg, a.a.O.

³ Osteuropa, 1995.

⁴ Geoffrey Nowell-Smith: Geschichte des Internationalen Films, New York 1998.

⁵ Roman Polański, in: Berliner Morgenpost, 14.1.1999.

⁶ Ralf Schenk: Kino in Moll, in: film-dienst 24/96

⁷ Anette Kröning: Parade der nationalen Hits, in: Die Welt 18.11.1999

⁸ Michael Kötz: Ein Träumer vom Sinn der Geschichte, in: Jörg-Dieter Kogel (Hrsg.): Europäische Filmkunst, Frankfurt am Main 1990.

Ulrike Schödel

Ich weiß nicht,
wo komme ich her.
Ich weiß nicht,
wo gehe ich hin.
Ich frag' mich,
warum ich so fröhlich bin.
(Angelus Silesius)

„Europa gemeinsam gestalten – Bildung für Gesamteuropa“. Eine internationale Tagung der Ost-West-Institute in der Heimvolkshochschule Hustedt

Regiearbeit im Stillen

Der dritte Vormittag war schon weit vorangeschritten, die Teilnehmer zeigten erste, leichte Ermüdungserscheinungen. Auch die alte Dame Europa fühlte sich ein wenig zerrupft, ja, wenn nicht gar ein wenig verloren. Für so viele Bilder, Vorstellungen und Träume musste sie herhalten. Welchem Gedanken sollte sie sich zuneigen, welche Erwartung erfüllen, wie all ihren vielen Kindern gerecht werden? In Arbeitsgruppen hatten sich die Teilnehmer einer Tagung über europäische Jugendbildungsarbeit die Köpfe heiß geredet: Über Fragen von Motivation und Interesse, über Methoden bis hin zu Erwartungen und Hindernissen in den gemeinsamen Zielen. Der Dame mit dem sternbesetzten, königsblauen Mantel war ein wenig schwindelig.

Jarmo Salomaa, der Finne, hatte ein Erbarmen. Überraschend forderte er – mitten in einer Debatte über die Rolle der Sprache – seine Kollegen auf, ein sanftes, rhythmisches „Na, na, na“ zu singen. „Was geschieht?“ Die Runde schaute den Finnen ein wenig verstört an. Aber sie ließen geschehen und sangen. Über den Chor intonierte Jarmo Salomaa mit sehnsuchtsvoller, leicht brüchiger Stimme eine alte Weise der Samen, dem Urvolk der Lappländer. Den Teilnehmern standen plötzlich Tränen in den Augen. Die Schönheit eines Liedes hatte alle hitzigen Debatten zu einem einzigen wirklichen Gefühl verschmolzen – und Europa, die alte Dame, verneigte sich. Sie war für alle wieder sichtbar.

„Man braucht keine Sprache, um sich wirklich zu verstehen“, wird später am Abend Ludmila Chromina über die kleine Szene am Vormittag sagen. Die Bildungsbeauftragte aus dem sibi-

rischen Tjumen – dem östlichsten Punkt Europas gleich hinter dem Ural – ist 4000 Kilometer gereist, um an einer internationalen Tagung mit dem Titel „Europa gemeinsam gestalten – Bildung für Gesamteuropa“ im niedersächsischen Hustedt bei Celle teilzunehmen. Eine Reise, die sich nicht nur für sie gelohnt hat. 25 Teilnehmer aus acht europäischen Ländern, neben Russland auch Ungarn, Finnland, Polen, Estland, Litauen, Griechenland und Deutschland, waren gekommen, um sich vier Tage lang über ihre Arbeit und Erfahrungen austauschen. Allesamt sind sie Profis in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Allesamt haben sie ein großes Ziel: Ein Europa, das zusammenwächst.

Zu der Tagung hatte der Arbeitskreis von sechs Ost-West-Instituten in Deutschland eingeladen, der seit 1993 für die Durchführung der bundesweiten Maßnahme in der politischen Jugendarbeit „Jugend für Gesamteuropa – ein Bildungs- und Begegnungsprogramm“ des Bundesjugendministeriums verantwortlich zeichnet. Neben dem gastgebenden Veranstalter, der Heimvolkshochschule Jägerei Hustedt e.V., waren auch das Studienhaus Wiesneck (Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V.) und das Gesamteuropäische Studienwerk e.V. in Vlotho mit ihren jeweiligen Leitern vertreten.

„Die Schaffung eines Gesamteuropas“, so Dr. Dieter von Schrötter, Sprecher der Ost-West-Institute, zum Auftakt „ist vor allem eine Herausforderung für die jüngere Generation der Europäer, und zwar aller Europäer.“ Damit ergebe sich eine bedeutende Aufgabe für die politische Jugendarbeit: „Sie muß die Mauern abtragen, die in den Köpfen der jungen Menschen immer noch bestehen und Europäer voneinander trennen.“ Vor allen Dingen komme Deutschland als dem „Osten des Westens“ in der gegenwärtigen Situation eines tiefgreifenden Umbruchs in Gesamteuropa eine besondere Bedeutung zu. Die mittelost- und osteuropäischen Nachbarstaaten, so Dr. von Schrötter weiter, würden von den Deutschen am ehesten

Verständnis für die eigenen Umwandlungsprozesse erwarten; zugleich auch die Förderung einer zügigen Anbindung an die Europäische Union. Ein schwieriger Eiertanz zwischen abnehmender Europa-Euphorie im eigenen Land, der Aufbruchstimmung im Osten und der sogenannten „Asymmetrie“ zwischen Ost und West.

Eines wurde in den vier Tagen deutlich: Je nach geographischem Standort des eigenen Landes verändert sich die Vorstellung von dem, was Europa ist, was Europa sein soll. Die Länder an der östlichen europäischen Peripherie schauen vor allem nach Westen: „Nach dem Mauerfall“, so formuliert es der Pole Piotr Radomski vom kirchlich geförderten Angelus-Silesius-Haus in Wrocław, „wollten alle nach Europa, ohne zu wissen, dass sie selbst zu Europa gehören.“ Das Bild von Europa war im Osten ein Synonym für Reichtum. Erst langsam würden die Polen begreifen, dass sie in einem Land leben, das „im Osten vom Westen und im Westen vom Osten“ liege. Also mittendrin. Europa, so Radomski, sei heute bei polnischen Jugendlichen „in“. Die Nachfrage wachse.

Auch für Ungarn geht der Zug vor allem nach Westen: „Europa fängt immer dort an, wo man ist und geht nach Westen“, sagt die Deutsch- und Englischlehrerin Dr. Györgyi Germán, die in verschiedenen Jugendorganisationen in Budapest arbeitet. „Rumänien oder Russland werden kaum als Europa wahrgenommen.“ Die junge polnische Literaturstudentin Orsolya Gombás, für die das europäische Gefühl immer selbstverständlich war, fügt hinzu: „Noch sind wir nicht beim gesamteuropäischen Denken, sondern beim Kennenlernen der Systeme.“ Nicht zuletzt der Umbau des ausgeprägt politischen Bildungssystems in Ungarn, das über Jahrzehnte ausschließlich parteiabhängig war. „Wer,“ so Dr. Györgyi Germán, „sollte nach 1990, nach dem Zusammenbruch des politischen Systems, wen aufklären?“ Der Nachholbedarf in Fragen politischer Identität sei groß.

Von einem einst „begrenzten Leben“ hinter dem eisernen Vorhang spricht auch Ludmila Chromina aus dem fernen Tjumen. „Warum“, so formuliert sie den Gedanken, der sich nach der politischen Öffnung in den Köpfen der Russen festgesetzt hat, „warum war unser Staat so stark und doch so begrenzt?“ Bis heute sei es schade, „wie weit zurückgeblieben wir sind“. Für sie ist der Bildungsaustausch „lebensnotwendig“: Zu zeigen, dass die Welt größer ist, als die vier Wände, in denen russische Jugendliche den Westen als „kapitalistisch“ und das System als „unterdrückend“ abgetan haben. Nach einem deutsch-russischen Familienaustausch beispielsweise verändere sich die Wahrnehmung: Ja, der deutsche Staat kümmere sich auch um seine Leute, sei die erste Reaktion. Nach der Begeisterung folge dann auch die Ernüchterung: Es sei aber auch nicht alles schön. „Die Erziehung zur Demokratie“, so Ludmila Chromina „ist vorrangig.“ Und fügt hinzu: „Sowieso – wir brauchen Zeit.“

Für Litauen und Estland, die kleinen Länder an der europäischen Peripherie, stehen die Anbindung an den fremden, fernen Westen, wie auch das wirtschaftliche Interesse im Vordergrund. „Wir müssen uns viel mehr bewegen. Die meisten von uns haben überhaupt keine Vorstellung, wie im Westen gearbeitet wird“, erzählt Jovita Meskauskiene aus Vilnius. Als Beispiel berichtet sie von einem Dokumentarfilm, in dem eine litauische Nähfabrik einer entsprechenden deutschen Produktion gegenübergestellt wird. Die Aufnahmen über die Arbeit der litauischen Näherinnen wirkten vergleichsweise wie eine Zeitlupenaufnahme.

Estland versucht unter anderem durch ein landesweites Projekt auf virtuelle Weise den Anschluss an Europa und die Welt zu bekommen: Die systematische Installation von Computern in allen Schulen. „A window to the world“, formuliert es Sirje Plaks aus Tallinn. Allerdings, so schränkt die Estin ein, sei die virtuelle Kommunikation keinesfalls durch die persönliche, reale zu ersetzen: „I prefer the

personal contact“, betont sie dankbar in der großen Runde. Denn: „Erst wenn ich weiß, wie das Leben außerhalb meines Landes ist, weiß ich wer ich bin, woher ich komme.“ Der Finne Hannu Sirkkilä pflichtet der Estin bei: „Wenn wir ein anderes Land, seine Kultur und Sprache kennen, lernen wir auch unser Heimatland besser kennen.“

Europa, so ein erster Eindruck, der sich während der Tagung deutlich abzeichnen beginnt, Europa ist eine Frage der individuellen Geschichte und der gegenwärtigen konkreten Situation. Also des jeweiligen Interesses. Als zentrale Motivation nennen die europäischen Jugendbildungs-Regisseure neben einem politischen Interesse vor allem die wirtschaftlichen Möglichkeiten: „Wirtschaftliche Völkerwanderung“, so bezeichnet es ein Teilnehmer: Die Frage sei weniger, was ist das für ein Land, sondern gibt es für mich einen Arbeitsplatz. Die allgemeine Neugierde, das Wissen um die gemeinsamen historischen Wurzeln, rücken zunächst vor den Möglichkeiten beruflicher Perspektiven und materiellen Interessen in den Hintergrund. Die Motivation aber, gleichgültig welche, sei mithin Schlüssel für alle interkulturellen Begegnungen.

Das Gefälle zwischen Ost und West, die wirtschaftliche Asymmetrie, macht auch ein weiteres Phänomen deutlich. Dr. Gerhard Schlüsselbauer (Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho) brachte es auf einen Punkt: Große (reiche) Länder zeigten viel Ignoranz und Intoleranz gegenüber ihren Nachbarn, die Haltung der kleinen Länder hingegen sei spürbar von Toleranz und vor allem Wissen geprägt: „Welcher Deutsche beispielsweise“, so verdeutlicht es Dr. Zbigniew Wilkiewicz (Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho), kenne einen berühmten Ungarn? Kein Wunder, dass die deutschen Teilnehmer viel mehr diesen Interessenmangel ihrer Jugend im Blick haben und die mittel- und osteuropäische Spontanität und Offenheit bewundern. Zugleich aber sind die deutschen Jugendbildner davon überzeugt – und

das beweist ihren leidenschaftlichen Einsatz – dass Europa mehr ist als eine ökonomische Gemeinschaft. Sie sei, so Dr. Wilkiewicz, auch eine „Wertegemeinschaft.“ Im Blick hat er dabei ein gesamteuropäisches Konzept, das ein soziales und solidarisches Europa wie auch ein sicherheitspolitisches Gefüge umfasst.

„Diese Tagung also“, so Gastgeber Dr. József Wieszt am Ende „sollte erzählen von der Realität der europäischen Jugendarbeit in den verschiedenen Ländern, von ihrem Selbstverständnis, ihren Strukturen, von ihren Erwartungen und Wünschen.“ Und das haben die Teilnehmer ausführlich getan – nach einem einleitenden Vortrag von Stefan Rappenglück, Leiter der Forschungsgruppe „Jugend und Europa“ im Centrum für angewandte Politikwissenschaft in München, über die „gegenwärtige gesamteuropäische Jugendbildung und Perspektiven für die Zukunft“. Natürlich spielten während des Seminars auch pekuniäre Fragen in eigener Sache oder Forderungen an ein unbürokratischeres Europa ebenfalls eine Rolle. Zugleich wurden Methoden in der interkulturellen Jugendarbeit vorgestellt, vor allem das Spiel als zentrales Mittel der Verständigung: „Der Spieltrieb setzt sich immer durch. Spielen egalisiert auch, ist grenzüberschreitend.“ Gerald Syring (Studienhaus Wiesneck) verblüffte anschaulich mit einer stillen Spielregie. Und

József Wieszt, nicht faul, verteilte flugs ein Gedicht des schlesischen Dichterpoeten Angelus Silesius, der – so der Pole Radomski – durchaus gerne mit Julio Iglesias verwechselt werde.

Nach dieser Tagung – und einem Besuch auf dem unverschneiten Weihnachtsmarkt in der nahen Fachwerkstadt Celle – der Abschied: Viel wurde aufgewühlt, angedacht und erzählt, viel auch an selbstkritischen Erfahrungen eingestanden. „Nach dem Seminar“, sagt die Ungarin Dr. Györgyi Germán, „ist das Europa-Bild eher komplizierter geworden.“ Vorher hätte sie gesagt: „Europa? Ich lebe da und fühle mich so – mitten in Europa.“ Aber die neuen Erkenntnisse seien für sie wichtig. „Europa?“ Jarmo Salomaa, der singende Finne, gibt eine philosophische Antwort: „Europa ist eine Konstruktion, die wir immer wieder in unserem Denken neu konstruieren müssen.“ Nicht mit Tränen, aber mit einem Rucksack voller geknackter und ungeknackter Nüsse, nahmen die Handelsreisenden in Sachen Europa Abschied. Im Herzen die leise Sicherheit, einen kleinen Schritt in der europäischen Regiearbeit weiter gekommen zu sein. Denn in einem waren sich alle einig: Die persönliche Begegnung sei nicht nur die schönste, sondern auch die fruchtbarste auf dem Weg zu dem einen gemeinsamen Ziel: Europa.

Gabriela Gogolok, Opole

„Die Zukunft Europas als Herausforderung für junge Europäer in Ost und West“

Bericht über ein deutsch-polnisch-luxemburgisches Seminar im GESW

In meinem Zimmer auf dem Schreibtisch habe ich einen Globus stehen – vor meinen Augen Europa und Afrika mit ihren Gewässern, aber eine Handbewegung reicht, um ihn um einige Meridiane umzudrehen und auf andere Kontinente, Seen und Ozeane schauen zu können. Eine kleine Kugel, die in Wahrheit von einigen Milliarden Menschen bewohnt wird – Euro-

piden, Mongoliden, Indianiden, Negriden, Australiden, Pygmiden... Alle diese Erdbewohner bemühen sich täglich um ihr Leben und bilden, unabhängig davon ob bewusst oder unbewusst, das, was später von Historikern Geschichte genannt werden wird. Schon Jahrmilliarden soll die Erde ihre Kontinente tragen, unzählige Generationen kamen vor uns und

vergingen. Oft waren ihre Lebensläufe mit tragischen Daten erfüllt – mit Schlachten, Kämpfen und Kriegen, mit Leid, Tod und Vernichtung. Jetzt ist unsere Zeit da, jetzt leben wir unsere Chance. Ob wir sie nutzen können? Mit alltäglichen Sachen beschäftigt denken wir wohl nicht oft darüber nach. Wir rasen mit schnellen Autos durch die Straßen, essen eilig zu Mittag, arbeiten in Schichten, kaufen in Supermärkten ein, fahren bei Bekannten vorbei und legen uns ins Bett, schon in Gedanken den nächsten Tag planend – da bleibt nicht viel Zeit übrig, um sich mal zu fragen: Wohin will ich eigentlich? Ich, aber auch wir – wir Kowalskis und wir Schmidts, wir Warschauer, Berliner, Pariser, wir Polen, Deutsche, Franzosen, Engländer, ... wir Europäer. Letztendlich sind wir auch Bürger eines Kontinents.

Es gibt Menschen, die diese Frage zum Ernst ihres Lebens machten, die aus der nicht immer friedlichen Vergangenheit Europas gelernt hatten und an einer guten Zusammenarbeit der Staaten und gutem Zusammenleben der Völker arbeiten. Besonders intensiv ist diese Arbeit in denjenigen europäischen Ländern, die sich zur Europäischen Union zusammenschlossen. Ihr Ziel ist es, den Frieden zu wahren und den wirtschaftlichen sowie sozialen Fortschritt zu fördern. Dass seit 1945 in den EU-Staaten kein Krieg stattfand, lässt hoffen, dass auch in Zukunft ein friedliches Zusammenwirken möglich wird, wenn man daran weiterhin bewusst arbeitet. Alles zu große Worte? Eigentlich war ich noch vor einigen Weilen selbst dazu geneigt, dies zu denken, aber dann schaltete ich den Fernseher ein und sah auf dem Bildschirm verzweifelte Gesichter der Tschetschenien-Flüchtlinge, und da wusste ich wieder – das Mit- und Gegeneinander, Krieg und Frieden sind auch heute ein Thema. Wie schon gesagt, für manche ein ernstes. Ich kenne persönlich einige davon. Einige von inzwischen nicht wenigen, die darum bemüht sind, sowohl den Jugendlichen als auch den Erwachsenen aus verschiedenen Ländern unseres Kontinentes den sogenannten Europäischen Gedanken und sie selbst einander nahezubringen. Sie sind im

ostwestfälischen Vlotho, in den gemütlichen Räumlichkeiten des Gesamteuropäischen Studienwerkes zu finden. Da führt man Seminare zu unterschiedlichen europazentrierten Themen durch.

An einer dieser Veranstaltungen nahmen auch meine Schülerinnen, Schüler und ich – jetzt schon zum zweiten Mal – teil. Es war das internationale Medienseminar, das vom 24. bis zum 30. Oktober 1999 stattfand und von der Bezirksregierung in Detmold, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Europäischen Kommission unterstützt wurde. Sein Thema war „Die Zukunft Europas als Herausforderung für junge Europäer in Ost und West“. Zur Teilnahme daran wurden Jugendliche aus drei Ländern eingeladen: aus Deutschland (Halle/Westfalen), aus Polen (Opole) und aus Luxemburg (Ettelbruck). Insgesamt waren es fast 60 Schülerinnen und Schüler, die sich während einer Woche mit diesem Thema auseinandersetzten.

Das Seminar wurde Sonntagabend mit einer Vorstellungsrunde „Jugend in Europa“ eröffnet. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereiteten in Gruppen bunte Plakate vor, die ihre mündliche Selbstdarstellung veranschaulichen sollten und dann an die Wand gehängt wurden.

Am Montag wurden wir alle zum Thema „Europa“ hingeführt. Methodisch und didaktisch gut durchdachte Spiele, zu lösende Rätsel, Arbeitsblätter, Broschüren, Dia-Vorträge, Filme, Diskussionen und Gespräche mit Experten sollten an diesem und den darauffolgenden Tagen das Interesse der Jugendlichen an dem Thema wecken, ihnen Wissen vermitteln und sie zur persönlichen Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen anregen.

Der Vertiefung und Festhaltung der Überlegungen diente die Bildung von vier internationalen Redaktionsteams, die dann vier Tage lang intensiv an verschiedenen Projekten arbeiteten. So nahmen am Montagnachmittag eine Internetgruppe, eine Radiogruppe, eine Videogruppe und eine Zeitungsgruppe ihre Arbeit auf, da begannen auch das richtige Kennenlernen,

das richtige Kommunizieren und die so erwünschte Zusammenarbeit der Gruppenmitglieder. Mut, Eigeninitiative, Teamfähigkeit, Phantasie, Kenntnisse auf verschiedenen Gebieten und noch vieles mehr waren gefragt. Zur Verfügung gestellt wurden den Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern u.a. Computer, Drucker, Disketten, Kameras, Mikrofone, Kopierer, Kassetten, sogar ein professionelles Tonstudio, aber auch so einfache und zugleich unverzichtbare Dinge wie Farbstifte, Kleber, Papierbogen, Hefter, eine Menge Bücher und Zeitschriften. Jedes Team wurde von einem Spezialisten im jeweiligen Bereich geleitet.

Die „offiziell“ bearbeiteten Themen konnte man in den Pausen, z.B. während nachmittags Kaffee und der leckere Vlothoer Kuchen angeboten wurden, am Tisch „persönlich“ weiter diskutieren, denn man stellte plötzlich fest, dass sie eigentlich jeden betreffen und einer persönlichen Auseinandersetzung bedürfen. Und man konnte nach dem jeweils anderen Land, nach der anderen Schule, den Hobbys, nach den nationalen aber auch nach ganz privaten Hoffnungen, Wünschen und Ängsten fragen. Die langen Abende brachten sowohl die jugendlichen als auch die erwachsenen Vertreter der drei Nationen einander noch näher. Da konnte man sich z.B. in dem angenehmen Kellerraum oder auf den eigenen Zimmern treffen und fast endlose Gespräche führen: erzählen, fragen, erklären, begreifen, sich wundern, vergleichen, lachen, sich anfreunden, ja, manchmal vielleicht sogar – idiomatisch ausgedrückt – von Amors Pfeil getroffen werden. Manchmal wollten diese unterhaltsamen Abende auch um Mitternacht noch nicht zu Ende sein, aber wenn ich durch den Türspalt in einem Zimmer einige um den Tisch versammelte Personen sah und hörte, wie sie einander „Fischers Fritz fischt frische Fische“ u.ä. beizubringen versuchten, dachte ich bei mir – „Solln sie's doch tun.“ – und störte nicht. Denn ich wusste, dass dort hinter der Tür sich ein

Prozess vollzog, der sogar mit den besten Büchern, Filmen und den klügsten Reden, aber ohne diese Begegnung von Menschen mit Menschen unmöglich zu erreichen wäre. Da kam es – auch wenn sich zunächst der eine oder andere dessen gar nicht bewusst war – zur Annäherung der Nationen, da fielen Vorurteile und Mauern, entstand Vertrauen und der Wille, die Kontakte aufrechtzuerhalten und zu pflegen. Jetzt noch private, aber wer weiss, vielleicht in Zukunft



auch auf anderen Ebenen – wirtschaftlicher, politischer, kultureller...

Freitagmorgen waren alle Ergebnisse der Gruppenarbeit da: ein Videofilm und eine Radiosendung, beide auf Kassetten, eine Zeitung in vielen Exemplaren und die Internetseiten. Präsentiert wurden sie allen am Abend während der Abschlussdiskussion. Die Radiosendung wurde zur gleichen Zeit vom regionalen Sender gesendet. Davor fuhren noch alle für ein paar Stunden nach Halle/Westfalen (Heimatstadt der deutschen Klasse), wo im dortigen Gymnasium eine Podiumsdiskussion „Schüler fragen – Experten antworten“ stattfand.

Der Abschied am Samstag nach dem Frühstück lief zwar ohne Tränen ab, fiel jedoch vielen schwer. Zum Glück war die Traurigkeit schnell vorbei, weil sie von dem Glücksgefühl überwältigt wurde, so eine Woche erlebt, neue Freunde gewonnen und so viel Neues gelernt zu haben. Bei den polnischen Schülerinnen und Schülern kam noch ein zusätzlicher Grund hinzu. Es war die Überwindung der Angst vor dem Auf-Deutsch-Sprechen mit Menschen, die diese Sprache als Muttersprachler perfekt

können und vor eigenen sprachlichen Fehlern. Einige Jugendliche brauchten viel Zeit, um endlich freudestrahlend mir berichten zu können: „Ich spreche wirklich Deutsch! Und ich habe keine Angst mehr davor!“, aber sie haben es geschafft!

Zwei Tage nach der Rückkehr traf ich mich wieder mit meinen Schülerinnen und Schülern „aus Vlotho“. Wir besuchten zusammen den Leiter der Europäischen Akademie in Schlesien (Akademia Europejska na Slasku), um ihm unsere Eindrücke von dem Seminar zu erzählen, mit uns allen wurde auch im Tonstudio des bedeutendsten hiesigen Senders eine Radiosendung aufgenommen. Da berichteten wir noch einmal über das Medienseminar in Deutschland.

Eine Stunde später standen wir draußen unter dem abendlichen Sternhimmel und verabschiedeten uns. Kurz erzählte ich den Jugendlichen noch von dem Bericht, an dem ich schrieb und fragte, ob sie auch etwas dazu sagen möchten. „Ja“, war ihre enthusiastische Antwort,

„schreiben Sie, dass es einfach super war!“ Ich tue es gern. Denn wie die Opoler Gymnasiasten fand auch ich dieses Seminar besonders lehrreich, bereichernd, schön und interessant, und so wie sie bin ich seinen Veranstaltern sehr dankbar. Wofür? Für ihren großen Einsatz darin, für das Zur-Verfügung-Stehen und Dabeisein von früh morgens bis spät nachts, für die Freundlichkeit, Offenheit und – auch das will ich nennen – für ihren goldenen Humor! In dieser Atmosphäre machte es wirklich Spaß zusammenzuarbeiten, aus dieser gelungenen Zusammenarbeit der Vertreter dreier Nationen wächst auch die Hoffnung darauf, dass irgendwann, vielleicht schon in naher Zukunft der Zeitpunkt kommt, wo es nach Victor Hugos Worten in ganz Europa, aber auch auf der ganzen Erdkugel „keine anderen Schlachtfelder mehr geben wird, als die Märkte, die sich dem Handel öffnen, und die Geister, die für die Ideen geöffnet sind.“

Gerhard Schüsselbauer

Citizenship, Ethnicity and Minority Rights – Intercultural Dialogue and Learning about European Integration in International Politics

Introduction: Why this topic ? – The birth of an idea which is not new at all

The basic idea consists in a broader discussion of aspects of not more or less than the future and shape of European politics and social design of European countries in the next decades.

I believe that political and social dimensions of how to define human rights, citizenship and the status of minorities in connection with forced or, from the perspective of labor markets, even economically desired migration lie at the very heart of an integration process in Europe.

My idea was to bring together different fields of scientific research to acknowledge the developments in recent international politics and contemporary history. However, this approach is

not about neglecting other theoretical and empirical strains of scientific thought which are put forward by other social scientists in sociology and, what is of course more or less my domain, economics.

It will be up to this international panel to discuss very different aspects of the chosen topics, but one aspect should be common in all the discussions:

The developments in post-socialist countries and also within the supposedly well-functioning European Union cause a good deal of concern about the viability of open society models. Nationalistic and disguised popular attempts, often in the form of regionalism, to counteract liberal-democratic, political and social

constructions are gaining ground in many European countries.

Questions like “Death/Dissolution or Comeback/Revival of the Nation-State” in connection with ethnic discourses will lie at the heart of our discussion. The nation-state, among others, faces a major challenge simply because of the development connected with pluralism and globalization and the rising importance of supra-national institutions.

To use a term of Max Weber: The key question is whether states are open towards the outside or regulate social selection through different, rigid criteria which we shall discuss over the next few days.

Another key question will be raised: What are national and ethnic identities? What concepts of statehood do we find in CEE and what is the position of minorities inside a certain nationally defined territory? Do we have viable and effective strategies to overcome conflicts?

To put it more precisely: Which model gains power – a model of socially and politically motivated selection based on exclusion or models of integration and mutual acknowledgment of “The Other”?

To use the language of economists: Is it all about market entrance and equal chances from the start for production factors like labor or does the prevention of market entrance, which is the same as exclusion or even forced market exit, prevail?

And last but not least, to use the language of sociologists: What type of ethnic philosophy stands behind the turmoil we face nowadays in European politics? What is the prevailing ethnic discourse? What is the future of multiculturalism and is there a future of it at all, looking at the recent developments in European politics?

It is superfluous to recall the mass enthusiasm, especially to those of you coming from post-communist countries, the enthusiasm which followed the fall of communism and the subsequent certainty and belief of a painless and quick transition to new forms of democratic

culture. Instead we have faced a long and noisy and sometimes agonizing period of system transformation in the last decade. Perplexity and disappointment in many countries in CEE gave and give way to, sometimes fortunately only temporary, regimes dominated by the old “nomenklatura”.

Following the fiction of “historic reversibility” the ethnic discourses in post-communist countries rejected the Soviet model of dual affiliation (citizenship and nationality) very soon after the start of transformation. Now they tend to restore the concept of nationality = (equals) citizenship, which to a large extent referred to the German ethnic philosophy which was based upon the idea of “Volk” and territorialism.

In today’s East-Central Europe, territorial centrism which revolves around an ideal of “mono-ethnic space” has once again become extremely topical in international politics. We find many examples of how important territorial controversy has once again become, especially in South-Eastern Europe, but also in the former Soviet Union. Territorial centrism and the idea of “mono-ethnic space” are particularly rife in ex-Yugoslavia, where territorial vindications and justifications and the myth of ethnic purity are core elements of the different ethnic philosophies expressed by various warlords. With respect to the nationalism of the nineteenth century, one can realize a substantial radicalization in ethnic discourses of East-Central Europe in that the ideal of mono-ethnic territorialism is accentuated.

The result is obvious: One tends to be mutually less tolerant to accept foreigners – “The Others” and minorities in what is considered one’s own space.

Nation-State and Citizenship

Turning back to the questions we’ve touched on at the beginning we can state that these issues are of great importance for countries in CEE, but for Germany, too.

I would like to refer to the discussion which has been going on in the political and social scientific debate for months, not only in Germany:

What is the future of the nation-state in the process of European integration and globalization and, even more hotly debated, what system of citizenship regime do we need to overcome the perils of complacency and to face the challenges of the next decades?

Is the nation-state rapidly becoming an endangered species as Habermas said a few years ago, or are we facing a revival of national citizenship regimes?

First, the nation-state's position as a predominant unit of social organization is eroded from the outside by the forces of globalization and the growing importance of transnational structures.

Secondly, the nation-state's legitimacy, authority and integrative capacities are also weakened from within by the increasing pluralization of societies, while the liberal, universalist values are challenged by claims of special interest groups (Koopmans/Statham 1998).

The outcome is still unclear: Are we on the road to a postnational, multicultural utopia or do we face social disintegration and intercultural conflict because means of conflict prevention and resolution do not function here.

National states define themselves as the provision of an exclusive bundle of rights, duties and identities for their citizens in their defined territory. Hence, these rights and legal provisions go far beyond the classical human rights. National states regulate all relations between individuals and between individuals and public institutions by a social contract. In addition to that, and what is crucial, they regulate the relationship between citizens of a national entity and non-citizens who might be living for a longer period in the territory of a national state.

As there exist at least three major models of national states, a brief closer look is in order. At this point I would like to refer to the works of authors such as Brubaker (1992), Giordano (1998), and Habermas (1996):

1. The multicultural challenge takes into account the increasing cultural differentiation of nation-states that results from immigration. It leads more or less to the creation of a multicultural "citizenship" which gives special rights, recognition and protection to minority groups and their respective cultures. How far such special group rights can be reconciled with the liberal basic values of nation-states is an issue of heated debate. Another big question is whether the assimilation of immigrants into the majority group is feasible, or desirable at all. In this context, countries like Sweden, Great Britain and the Netherlands represent a more multicultural and pluralistic approach concerning the citizenship regime.
2. The French model, based on openness and universality defines that one belongs to the nation by living inside the confines of a certain state and by being subjected to a common legislative system. "Ethnic philosophy" in France consists of a process of assimilation of citizens over a certain time period. However, one must add that although the idea of "citoyenneté" has been weakened in recent years, it has not been abandoned. In principle the French "ethnic philosophy" still favors assimilation instead of differentiation, but in spite of its obvious tendencies towards the exclusion of foreigners, is nevertheless not as closed as other concepts. It finds its judicial expression in the "ius soli", in a territorial birthright. What is more, French "assimilationism" ignores a "geography of ethnicity" inside its own national territory. In fact, in the French "ethnic discourse", minorities, understood as ethno-cultural entities inside the national state, do not exist or are ignored. The logic of this concept is very simple: Either one is outside the national community or, if one does belong to it, is

French, primarily due to reasons of assimilation.

3. The German “ethnic discourse” refers to the definition of “Volk” understood as an ethnic entity and not as a union of citizens who do not necessarily have a common origin. Its dimensions are on one hand restrained by the importance of extraction and common origin. On the other hand, we find the dominance of exclusion of non-natives from certain civil rights. Therefore, extraction and origin became two fundamental and essential criteria in defining who is “native” and who is “foreign”. This biological course, emphasized by the strict and rigid application of the “*ius sanguinis*” was founded in Germany in an extremely radical and perverse form during the national socialism of the Third Reich, which notoriously infused a clear racial component into the “ethnic discourse”. The values of genealogy and blood far exceed basic human and minority rights. The post-war legislation of the Federal Republic of Germany has never completely denied the relationship between “Volk”, extraction and “*ius sanguinis*”. Children of immigrants who have been living in German territory for one or two generations are treated differently than children of “Germans” from other countries who show very distant biological links of extraction and consanguinity. The “*ius sanguinis*” emphasizes therefore a relationship between genealogy and territory. It legitimates a monopolistic claim over a territory by a community of origin. German “ethnic discourse” has been dominated by the principle and ultimate idea of ethnic, homogeneous space and the ethno-cultural belonging to a nationhood. This provision has effectively only been reformed at the beginning of this year. Mono-ethnic territorialism rules over a more multicultural approach, which is realized by typical immigration states like Australia, New Zealand or Canada.

To summarize: According to the German discourse ethno-cultural differences are taken for granted and therefore promptly accepted, whereas citizenship is not. In the French discourse, the acceptance of cultural differences and citizenship is simply reversed.

In brief – four different scientific views

What are the impacts of this discussion on nation-state, ethnicity and citizenship (see Smith 1998 concerning the theory of nations and nationalism in modernism)?

1. Politics: Especially looking at CEE countries, we find challenging questions of how nations and ethnic relations are designed. Taking into consideration the weakness of civic institutions and the threat of neo-ideologization in many of these countries (Schöpflin 1995) we have to look at the possible and viable solutions to establish democratic culture. This has inevitably to do with the question of whether the nation is fundamentally ethno-cultural in character, a community of real or fictive descendants whose members are bound together from birth by kinship, common history and shared language, as Eric Hobsbawm explained. Or is it largely a social and political community based on common territory, on citizenship rights and common laws in which individuals are free to choose whether or not they wish to belong?
2. Philosophy tries to look at the role of a nation in human affairs. What is the ultimate goal of human striving and is the value of a nation to be set in absolute terms? Or should we rather understand the nation and national identity as a means to other ends and values?
3. History / Sociology: Where is the place of nations in the history of mankind? Can we follow a rather linear approach of the development of nations as an inescapable historical necessity? Or are nations only a recent social construct, typical products of a

temporary “mood” of history? Hence, the key question is whether nations are evolutionary solutions which can pass away when a certain stage has been surpassed or whether nations are of absolute nature.

4. I would like to add a fourth view – economics: Economists consider all resources under the “dogma” of scarcity. Space and territory are as scarce as are natural resources and the production factors of capital and labor and may therefore lead to expansionism justified by scarcity and economic motifs (on this point, see Balla 1998). These questions are also intertwined with economic questions of immigration, the provision of a labor force and the development of a human capital stock in a society. Different citizenship regimes induce different forms of discrimination and may lead to the exclusion from access to scarce resources or even market processes.

Literature

Balla, B., Sterbling, A. (ed.). *Ethnicity, Nation, Culture*, Hamburg 1998.

Brubaker, R. *Citizenship and Nationhood in France and Germany*, Cambridge MA 1992.

Habermas, J. *The European Nation-State – Its Achievements and Its Limits. On the Past and Future of Sovereignty and Citizenship*, pp.281-294 in: Gopal Balakrishnan (ed.). *Mapping the Nation*, London 1996.

Koopmans, R., Statham, P. *Challenging the Liberal Nation-State?* FS III 98-105, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin 1998.

Schöpflin, G. *Nationalism and Ethnicity in Europe, East and West*, pp.37-65, in Charles A. Kupchan, *Nationalism and Nationalities in the New Europe*, Ithaca 1995.

Smith, A.D. *Nationalism and Modernism*, London 1998.

Report

on the conference „**Citizenship, Ethnicity and Minority Rights – Intercultural Dialogue and Learning about European Integration in International Politics**“, which was held on Dec

2nd to 6th at the “Gesamteuropäisches Studienwerk GESW e. V.” in Vlotho, Germany.

This international scholastic conference was intended to expand on the most recent scientific discussions of five broad issues: concepts of nationalism, minority rights, ethnic conflict in Europe, means of conflict prevention, and multiculturalism. The general aim was an interdisciplinary discourse on the main questions and aspects concerning the status of citizens, ethnic groups and minorities in Europe. More specifically, the goal was to discuss the concepts of the nation-state, nationalism and statehood, taking into consideration not only the historic developments in Europe but also the political dimension of contemporary progress and deficits in European and international politics. The GESW was able to organize this event thanks to generous financial support from the “Landeszentrale für Politische Bildung”, Düsseldorf and could thereby invite young international and German scholars. The project involved international participants affiliated with the Central European University in Budapest, other external social scientists from Central and Eastern European countries and participants from the Institute for Political Science at the University of Münster, represented by Prof. Reinhard Meyers.

The interdisciplinary approach of the conference resulted in the connection of workshop activities with rather controversial debates on the history and future of nation states, concepts of states and territorial integrity, nationalism versus multiculturalism, and the genesis and future of ethnic conflict in Europe. From the point of view of international politics, recent developments in conflict management and resolution lay at the very heart of the scientific discussion.

The following overview should provide a brief survey of the panel discussions in which scientists from around a dozen European countries participated:

Panel 1 Concept of Nationalism in European Politics

The specific objective of the first panel was to examine the numerous efforts to construct a comprehensive theoretical basis of nationalism with a political and historic perspective. While Zhidas Daskalovski (FR of Yugoslavia Macedonia) presented efforts „towards an integral theory of nationalism using the example of a case study Kosovo”, Corneliu Bjola (Romania) tried to analyze the various attempts „to deconstruct the nation-state” using the prominent example of the European integration process as a vehicle to overcome historic misdevelopments and shortcomings. Razvan Paraianu (Romania) asked in his presentation on the history and political developments in East Central Europe of the last two centuries whether “fear and loathing” prevail over the striving for practical solutions concerning ethnic and territorial tensions. The answer is far from simple as historic developments cannot be regarded as being isolated from the predominating political course. The „genesis and future of ethnic conflicts in South Eastern Europe – the case of Serbia” was the subject of Florian Bieber’s (Luxembourg) attempt to analyze the background of the various forms of nationalism and nationalist movements in Serbia in the last decade. Nationalism has a strong and non-fading character if one looks at the failed efforts to resolve the Balkan question in this century. The role of coming to terms with „history and nationalist mobilization” was outlined by Taras Kurylo (Ukraine), who emphasized the overall importance of myths and the symbolic social memories of collective suffering. From his perspective, nationalist mobilization can also be explained by psychological motifs predominating in respective peoples and going back to legends, myths and the believed moral superiority of one’s people.

Panel 2 Minority Rights and Concepts of Statehood

The historical development and political foundation of nation states and the discussion of various concepts of minority rights – collective and individual – was the subject of the next panel’s presentations and papers. Zbigniew Wilkiewicz (Germany) looked at the period of nationalism in the 20th century in Germany and Poland, respectively. He focussed on an elaboration of the distinctly different developments of nationalism in these two neighboring Central European countries in the first and second half of the 20th century. Gaëlle Doleans (Belgium) examined the status of the German minority in Poland, which became a more or less mono-ethnic state by force after the Second World War. In a similar line Thomas Goldmann (Germany) and Henrik Hübschen (Germany) elaborated on the difficult situation of minorities in Macedonia and the Russian minority in Latvia. While Macedonia favors a multicultural ethnic treatment which guarantees constitutional minority rights, Latvia’s practice shows many signs of discrimination, selective processes and exclusion of minorities, especially Russians, from special civil rights. Bojan Aleksov’s (FR Yugoslavia) topic “the Nazarene religious community – a test for Tito’s Yugoslavia and minority policies” raised the question of the extent to which the equal suppression and positive discrimination existed in Yugoslavia long before Milosevic’s regime and the disaster of the 1990s. Margit Sarv (Estonia) looked at the case of the Estonian state through the mirror of political legitimacy theories and compared at least three approaches: the hypothetical social contract, the concept of political neutrality and the concept of social citizenship in connection with the democracy argument. Ilya Khineyko (Russia) examined the conception of Ukrainian statehood while explaining the striking regional diversity of the Ukraine and the linguistic, by no means trivial distinction between Ukrainian people and the people of Ukraine. Panel 2 concluded with

Cristina Petrescu's (Romania) presentation on "contrasting / conflicting identities – the case of Romanians and Moldovans", in which she focussed on the historic and political developments of the inter-war period in Bessarabia and the forced identity which is being shaped in this region.

Panel 3 Contemporary Ethnic Conflict in Europe

"The Romanian-Hungarian reconciliation process between 1989 and 1998 in the light of historical conflicts in Europe" was the subject of Constantin Iordachi's (Romania) discussion. His discussion concerned the very recent and positive developments of reconciliation between the Romanian and Hungarian states, taking into account the Hungarian minority question in Romania. International pressure, especially from the European Union, played a major role in the setting up of a structural and sustainable framework for further cooperation on different political, economic and cultural levels. Marius Turda's (Romania) key question in his presentation "scales of perception – conflicting discourses within Romania" was how to explain the nationalist movements and radicalism in Romania in the past and the present. Three discourses lay at the heart of the discussion: Romania's idea of self-sufficiency, proposed by some nationalist circles; the coming to terms with history ("Vergangenheitsbewältigung") and the prevailing internal orientalism in Romania. A more general approach of how to explain ethnic conflict in Eastern Europe in a historical line of thought was put forward by Iryna Vushko (Ukraine). She concentrated on the genesis and theoretical explanation of ethnic conflict in post-socialist and post-Soviet countries. Lazar Nikolic (FR Yugoslavia) presented an interesting, sociologically based study which focussed on examples of discrimination in everyday life in Yugoslavia. A key goal of his presentation was to investigate institutionally and ideologically based patterns of discrimination stemming from everyday

prejudices. "Forced migration as the result of the national policy of Kazakhstan" was the subject of Yuriy Malikov's (Kazakhstan) endeavor to explain the discrimination of non-Kazakhs in the period after Kazakhstan gained independence in 1991. Similar to other examples, Kazakhstan's goal is to create a mono-ethnic space by coercion and force and to exclude minorities from certain basic civil rights.

Panel 4 Methods and Instruments of Conflict Management and Resolution

In his keynote, Reinhard Meyers (Germany) gave a concise and thorough introduction to the current debate and theories on methods, means and applicable instruments of conflict management and resolution which is presently ongoing in political science. Political science has various instruments at hand to overcome the perils of a vicious circle of permanent failures in conflict handling and resolution using mechanisms of prevention and third party involvement. Whereas Philip Kazin (Russia) highlighted the lacking legal basis for the recent Nato interventions in Kosovo and tried to strengthen the role of the United Nations and a multi-dimensional approach to conflict resolution, Pia Kohorst (Germany) elaborated on the strengths and weaknesses of the OSCE in its political and institutional attempts to deal with international or regional conflicts. Steliu Lambru (Romania) took up an ongoing debate in Romania on "how to teach history". He was able to identify major clichés which dominate history teaching and the public discourse in Romania and which lead to the rejection of international recommendations concerning objectivity in history teaching. The critical "role of third party involvement in conflict management in international politics" was the subject of Ketevan Tsikhelashvili's (Georgia) presentation. She emphasized the failure of third party intervention and conflict resolution by looking at two distinct cases of recent ongoing conflicts – Abkhazia and the Balkans. Orkan Kösemen (Germany) tried to identify "incentives and

barriers for regional cooperation in Eastern Europe”, concentrating on aspects of bounded rationality and bilateral bargaining processes. This panel highlighted the enormous problems of efficient conflict management stemming from historical and systematic political shortcomings.

Panel 5 Multiculturalism as a Means of Conflict Prevention ?

This panel had the intention of analyzing the ethnic discourse especially in Southeastern and Eastern European countries in the light of the dichotomy between nationalist mono-ethnic concepts and multiculturalism. Vera Malkova (Russia) elaborated on the diversity of “ethnic minorities in post-Soviet Moscow” and asked whether the metropolis Moscow can be considered a city of citizens or of refugees. Socio-economic and politically motivated disparities are as visible and rife as are prevailing prejudices against non-Russians in the capital who face discrimination based on the principle of social exclusion. “Can democracy work in Southeastern Europe?” This question was put forward by Dragos Petrescu, (Romania) who presented various historical, political and economic factors, theoretically based upon concepts of Gellner, Hirschman and other scholars, which explain the difficulty and even failure of democratization in the region. Ida

Kereszturszki (Hungary) made an interesting attempt to follow the construction of ethnic minority identity via the media career of a contemporary bilingual novel. Referring to Pal Zavada’s (a Hungarian writer) novel “Jadviga’s Pillow”, Ida Kereszturszki stressed the importance of a broad media presence to bring the ethnic identity and diversity in Hungary to the foreground. The history and present situation of the “Roma in Romania” was the subject of Jörg Feldmann’s (Germany) presentation. He pointed to the endless and apparently unsolvable debate on how to deal with the nomadic lifestyle of the Roma in Europe and, furthermore, the sometimes obvious brutal violence and social discrimination the Roma have been facing in Europe for centuries as well as presently.

The main scientific goals, a broader but nevertheless thorough discussion of ethnicity, minority regimes, the concepts of nationalism and nation-states as well as multiculturalism, were achieved with great success during the course of the conference. The majority of the presentations and conference papers can be found on our home page: www.gesw.de

Additionally, the artist Johannes Zagler conceptualized and summarized the main ideas and visions of this multicultural event on videotape.

Service-Seite Tschechien

Dankenswerterweise wurden uns auch für die vorliegende Ausgabe der aktuellen ostinformationen wieder einige neuere Veröffentlichungen über unseren östlichen Nachbarstaat zugesandt. Hier eine Auswahl:

Publikationen

Wer sich permanent mit den deutsch-tschechischen Beziehungen beschäftigt, mag verblüfft sein, wenn – wie vor kurzem in einem unserer

Seminare geschehen – deutsche Jugendliche fragen, warum denn die Tschechen so wichtig für Europa seien. Vielleicht kann die Publikation *Grosse Tschechen – Grosse Europäer. Namhafte Persönlichkeiten der Geschichte und Gegenwart* (Praha 1999, hrsg. von der Georg von Podiebrady Stiftung für europäische Zusammenarbeit, der Jan Masaryk Stiftung für internationale Zusammenarbeit, der Assoziation für das Europäische Haus und der Nationalbibliothek der Tschechischen Republik) dazu

beitragen, die Bedeutung einiger großer Persönlichkeiten der böhmischen Geschichte und – mit Vaclav Havel – der tschechischen Gegenwart für die politische und kulturelle Entwicklung Europas in Erinnerung zu rufen. Der Sammelband enthält sieben Beiträge aus einem Zyklus von Vorträgen, die im Jahr 1997 im Clementinum gehalten wurden. Im Bestreben, die enge Bindung der tschechischen Nationalgeschichte an die gesamteuropäische Entwicklung darzulegen, wurden für den Zyklus ausgewählt: Karl IV. (vorgestellt von František Kavka), Georg von Podiebrad (Josef Polišenský), Jan Amos Komenský – Comenius (ders.), František Palacký (Jiří Kořálka), Tomáš Garrigue Masaryk (Jaroslav Opat), Edvard Beneš (Alexandr Ort) sowie Vaclav Havel (Zdenek Urbánek). Biographische Eckdaten und Informationen zur Einordnung der jeweiligen Persönlichkeiten in den historischen Kontext ergänzen die Vortragstexte. Zwar verfolgten die Herausgeber mit der Übersetzung der Texte in die deutsche, englische und französische Sprache ausdrücklich das Ziel, „die Publikationen auch ausländischen Gästen auf parlamentarischer Ebene zu repräsentativen Zwecken zur Verfügung“ zu stellen. Viel mehr wünschte man sich indes eine Verbreitung der Publikation in Schulen und Universitäten. Dann erübrigen sich in Zukunft vielleicht Fragen wie die unserer Schülerin nach dem Beitrag der Tschechen für Europa.

Wer das Thema im Unterricht behandeln will, kann außerdem auf das Heft *Nachbar Tschechien* (Wochenschau II, Nr. 5, September/Oktober 1997) zurückgreifen, das für den Einsatz in der Sekundarstufe II gedacht ist. Wie in der Wochenschau üblich werden zu den jeweiligen Themenschwerpunkten Arbeitstexte, Fotos, Karikaturen, Statistiken sowie konkrete Arbeitsvorschläge zusammengestellt. So behandeln nach einem kurzen Prolog zur deutsch-tschechischen Erklärung sowie zur „Chronologie einer schwierigen Nachbarschaft“ Ferdinand Seibt „Das Verhältnis von Deutschen und Tschechen – wo liegt das Problem?“, Robert Luft die Problematik „Nationaler Dualismus und Alltag. Zusammenleben von Deutschen und

Tschechen bis zum ersten Weltkrieg“, Jörg K. Hoensch die „Republik der Moderne – die Tschechoslowakische Republik 1918-1998“ und Detlef Brandes „Das Jahrzehnt der Katastrophen 1938-1948“. Über die Nachkriegszeit informieren in einem leider sehr viel kürzeren Teil Andreas Reich mit Materialien zu den „Deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen nach 1945“ und den „Politischen Entwicklungen in der Tschechoslowakei 1968-1992“ und Wolf Oschlies zum Thema „Tschechen heute – Mentalität und Kultur“, während sich Jiří Kosta mit der Wirtschaft Tschechiens und Egbert Jahn mit dem politischen System beschäftigen. Aufgrund der jüngeren Entwicklungen sollten insbesondere die letztgenannten Beiträge bei einem Einsatz im Unterricht unbedingt durch aktuellere Materialien ergänzt werden.

Lehrerinnen und Lehrer, die eine Partnerschaft mit einer tschechischen Schule aufbauen oder diese bereits pflegen, sollten die Kolleginnen und Kollegen auf die landeskundlichen Lehrmaterialien von Inter Nationes (<http://www.inter-nationes.de>) für das Fach Deutsch als Fremdsprache an tschechischen Schulen hinweisen. So erschien unter dem Titel „*Deutschland für Dich*“ ein Heft zum Thema Schüleraustausch, das über die Partnerschaft zwischen einer tschechischen und einer deutschen Schule berichtet. Die Lehrmaterialien wurden für 14- bis 16jährige Schülerinnen und Schüler nach vier bis fünf Lernjahren Deutsch an allen Schulformen entwickelt. Das Lehrerheft enthält nicht nur die Lösungen der Übungen und Beispiele für passende Antworten, sondern auch methodische Hinweise und Anregungen für den Unterricht sowie weitere Informationen.

Die bei der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung kostenlos zu beziehende Publikation *Deutsch-tschechische Beziehungen. Arbeitstexte zur politischen Bildung* (Dresden 1998, hrsg. von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der deutsch-tschechischen Historikerkommission) bietet in 17 kurzen Arbeitstexten eine knappe Skizze der deutsch-tschechischen Geschichte der vergangenen 150 Jahre. Auch

wenn man sich zumindest einige ausführlichere Hinweise darauf gewünscht hätte, dass es schon vor der "Samtenen Revolution" vielfältigere Beziehungen zwischen deutschen und tschechischen Gruppierungen gab als dies einer breiteren Öffentlichkeit bekannt war und ist, zeugt die sachliche Darstellung vom Bemühen, Positionen sowohl der deutschen als auch der tschechischen Seite zu berücksichtigen. Diese gemeinsame ehrliche Aufarbeitung der Vergangenheit ist uneingeschränkt zu begrüßen, da nur auf diese Weise die Grundlage für eine verständnisvolle Partnerschaft zwischen den benachbarten Völkern geschaffen werden kann. Allerdings gilt es nun endlich den Blick in die Zukunft zu richten, zumal die junge Generation in beiden Staaten ermüdende Kontroversen von Angehörigen der Erlebnisgeneration nicht mehr nachvollziehen kann und will. Insofern ist es erfreulich, dass der vorliegende Band auch die zukunftsweisenden Reden Havel vor dem Deutschen Bundestag am 24. April 1997, die des damaligen Bundespräsidenten Herzog vor Vertretern beider Kammern des Tschechischen Parlaments am 29. April 1997 sowie den Text der Deutsch-Tschechischen Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung vom 21. Januar 1997 dokumentiert. Der Band enthält außerdem eine Zeittafel mit ausgewählten Daten zur Geschichte der Böhmisches Länder, der Tschechoslowakei und Tschechiens sowie der deutsch-tschechischen Beziehungen seit dem 19. Jahrhundert. Eine Liste der Mitglieder der deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Historikerkommissionen sowie eine Übersicht über deren bereits veröffentlichte und geplante Publikationen sind vor allem für das Fachpublikum von Interesse.

Mehr als eine gute Ergänzung zur o. g. Publikation bildet das Heft *Tschechen, Europa braucht Euch!* [Češi, Evropa Vás potřebuje!], hrsg. von Gottfried Herbig und Helmut Herles (Bonn 1999, Reihe Transnational 36). Hier spielt die Vergangenheit endlich einmal eine nachgeordnete Rolle. Im Vordergrund stehen z.B. Themen wie der Beitritt der Tschechischen Republik zur NATO und zur Europäischen

Union, die deutsch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen und die Zusammenarbeit im Rahmen der Euregio Egrensis. Auch die Berichte von sogenannten "Brückenbauern" – von der Ackermann-Gemeinde über das Goethe-Institut bis zu den Waldorfschulen in Prien und Praha¹ – dokumentieren die vielfältigen Bemühungen um eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Tschechen. Da die deutsche Presseberichterstattung oftmals dazu neigt, vor allem auf die geschichtlich bedingten Probleme hinzuweisen, mag das Heft all diejenigen ermuntern, die in beiden Ländern ihren Beitrag zum Zusammenwachsen leisten wollen. Zu bedauern ist lediglich, dass die durch den zweisprachigen Titel geweckten Hoffnungen enttäuscht werden. Zu den thematischen Aufsätzen gibt es lediglich einen kurzen Abschnitt in tschechischer Sprache, bei den Berichten der "Brückenbauer" fehlt auch dies.

Einen weiteren Beleg für die immer enger werdenden Beziehungen zwischen Deutschen und Österreichern auf der einen, Tschechen und Slowaken auf der anderen Seite bietet das *Handbuch Tschechien – Slowakei – Kontakte* (Osnabrück 1999). Das in Zusammenarbeit mit dem Tschechischen Zentrum in Berlin entstandene Nachschlagewerk informiert umfassend über Institutionen, Projekte und Initiativen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur, Medien und Wissenschaft, über die Einrichtungen der deutschen Minderheit sowie über deutsch-tschechische und deutsch-slowakische Städtepartnerschaften.

Video

Tandem, dem Koordinierungszentrum für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch (Gutenbergplatz 1a, 93047 Regensburg) ist es wieder einmal gelungen, attraktive Arbeitsmaterialien zu veröffentlichen, diesmal in Form eines Videofilms (mit Begleitheft) unter dem Titel "Alles böhmische Dörfer?". Der Film ist das Ergebnis eines deutsch-tschechischen Projekts, an dem 19 Jugendliche aus beiden Ländern mitgearbeitet haben. Hier dokumentieren die

Projektteilnehmenden ihre Arbeit am Film (Einführung in die Technik, Gruppenbildung, Arbeit mit der Kamera), verschiedene Programmpunkte innerhalb der Begegnung sowie ihre Wahrnehmung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden. Die entsprechenden Statements eignen sich hervorragend für den Einstieg in Diskussionen über Stereotype und Vorurteile. Erfreulicherweise wurden die Aussagen der tschechischen Jugendlichen nicht mit einer Übersetzung in den Hintergrund gedrängt, sondern mit deutschen Untertiteln unterlegt. Diese Technik hilft, die üblichen sprachlich bedingten Asymmetrien zu überwinden und vermittelt deutschen Schülerinnen und Schülern eine durchaus sinnvolle Fremdheitserfahrung. Sowohl die von den Jugendlichen ausgewählte Musik als auch die stellenweise an Videoclips erinnernden scharfen Schnitte und kurzatmigen Bildsequenzen sorgen dafür, dass der Film trotz seiner pädagogischen "Message" sehr dynamisch und unterhaltsam bleibt und somit auch für jugendliche Zielgruppen attraktiv sein dürfte.

Internet

Abschließend möchten wir Ihnen wieder Hinweise auf nützliche Internet-Adressen geben, diesmal aus dem Bereich Wirtschaft:

- Bundesverband Deutscher Unternehmer in der Tschechischen Republik e.V. – <http://www.bvdu-cr.de>
- CzechInvest – Tschechische Agentur für Auslandsinvestitionen – <http://www.czechinvest.com>
- Ost-West-Wirtschaftsclub e.V. München – <http://www.owwc.org>
- Ost- und Mitteleuropa Verein e.V. – <http://www.omv.de>
- Deutsch-tschechische Industrie- und Handelskammer – <http://www.dtiik.cz>
- Prager Börse – <http://www.pse.cz>
- Tschechische Kommission für Wertpapieraufsicht – <http://www.sec.cz>

¹ Natürlich hätte man es gerne gesehen, wenn auch das Gesamteuropäische Studienwerk, aber auch die Robert-Bosch-Stiftung oder die Brücke-Most-Stiftung berücksichtigt worden wären.

Michael Walter

Streifzug durch Ungarns Gegenwartsliteratur

Ungarn gehört kulturhistorisch ebenso zu Mitteleuropa wie Tschechien oder Österreich. Die zukünftige Aufnahme in die EU ist daher nur als logische Fortsetzung der Einbindung dieses relativ kleinen Landes in ein gemeinschaftliches System der Politik, Ökonomie und Kultur in Europa zu verstehen. Im folgenden soll jedoch nicht das Alltagsgeschäft der Beitrittsverhandlungen unter die Lupe genommen werden; uns interessiert vielmehr die Gegenwartsliteratur Ungarns, eines Landes mit einer herausragenden europäischen literarischen Tradition.

Der erste Rauch nach der Frankfurter Buchmesse im Herbst 1999, auf der Ungarn als Schwerpunktland große internationale Beachtung gefunden und einen wichtigen Platz auf der literarischen Weltkarte eingenommen hatte, ist verzogen. Jetzt stehen weitere Feierlichkeiten an, denn in diesem Jahr zelebriert Ungarn das Millennium seiner Staatlichkeit. Es ist tausend Jahre her, dass István (Stephan, der Heilige) die Königskrone von Papst Sylvester erhielt. Durch diesen symbolischen Akt wurden die damals noch zu großen Teilen heidnischen, aus dem zentralen Asien stammenden Magyaren in das

christliche Europa integriert. Im Verlauf der nächsten Jahrhunderte entwickelte sich Ungarn als ein Land, das trotz der türkischen Herrschaft im 16. und 17. Jahrhundert europäische Werte in sich aufnahm und auf der Grundlage der Renaissance, des Humanismus und der Aufklärung zu einem Kulturraum Mitteleuropas wuchs. Fernab vom heutigen klassischen Paprika-Piroschka-Salami-Klischee pflegten viele Schriftsteller und Dichter die hohe Kunst europäischer Literatur schon in der Vergangenheit, und das nicht nur im Ausland, sondern vor allem im sprachlichen Heimatland selbst. Selbstverständlich übte die ethnische Mischung in dieser Region einen auf die Literatur befruchtenden Einfluss auf die dichterische Vielfalt aus. Auch wenn Teilen der ungarischen Literatur immer wieder der Vorwurf der Ungarntümelei entgegengebracht wird, beherrschen in Wirklichkeit die großen paradigmatischen Themen der Weltliteratur und gewagte Stilmittel die Werke der anspruchsvollen zeitgenössischen Literatur Ungarns. Der oberflächliche Vorwurf einer vom melancholischen Weltentwurf geprägten Literatur greift dabei von vornherein ins Leere. Über Bord geworfen werden müssen Klischees der bloßen Nationalliteratur im Dienste eines wie auch immer gearteten homogenen ungarischen Volkes. György Konráds Ausspruch kam Ende der Neunzigerjahre zur rechten Zeit: „Literaturfreunde lesen keine Nationen, sondern Geschichten“. In Wirklichkeit liest man nicht, um klüger zu werden, sondern weil es einem Spass macht...

Herders Prophezeiung, dass die ungarische Sprache nach Jahrhunderten vielleicht kaum mehr vorgefunden werden kann, ist gründlich daneben gegangen. Obwohl das Übersetzen aus dem Ungarischen aufgrund der sprachlichen Eigenheiten dieser finno-ugrischen Sprache erhebliche Schwierigkeiten bereitet, hat sich gerade in Deutschland ein fester Stamm bedeutender ungarischer Schriftsteller etabliert, weil auch große Verlage sehr reges Interesse zeigen. Man denke nur an György Konrád, György Dalos oder Péter Eszterházy, die allesamt seit

langen Jahren dem interessierten Literaturpublikum als europäische Schriftsteller allerersten Ranges wohlbekannt sind. Nicht aber die genannten Autoren und deren Werke sollen Freunden der Literatur nahe gelegt werden, sondern Neuerscheinungen von Sándor Tar, Mihály Kornis, Péter Nádas sowie Imre Kertész.

Ohne Übertreibung, *Sándor Tars* „**Ein Bier für mein Pferd**“ (Ungarischer Titel: *A Mi Utcánk – Unsere Straße*) ist ein Kleinod einer vielleicht längst vergessenen Form des lakonischen Romans fernab vom turbulenten und schnelllebigen Megalopolis-Trubel oder der sprachlosen Selbsterfahrungs- und Sprachohnmächtigkeitsdebatte, die vor allem die kopflastige deutschsprachige Gegenwartsliteratur paralyisiert. „Wir haben in unserer Straße Staub, Armut und eine Menge abgebrochene Träume und Existenzen“. Schwankend zwischen dem beschaulichen Idyll eines ostungarischen Dorfes, in dem allerdings die Welt alles andere als in Ordnung ist, und der Sartreschen Hölle der Anderen wankt und schwankt der kleine Roman wie nach einem ausgedehnten Wirtshausbesuch zwischen humorvoller Erzählweise und abgründiger Tristesse. Die Akteure finden sich in einer, freilich selbstverschuldeten Atmosphäre in ihrer Straße wieder, die „von fauler Verderbtheit geprägt“ ist. „Hier sind sie noch zu der Gottlosigkeit zu träge, im Erdboden zu versinken. Sie sind Säufer, Betrüger und Messerstecher, sie fluchen, vergreifen sich an Kindern und gehen keinem Streit aus dem Weg, und haben sie das alles satt, vertragen sie sich wieder.“ Nicht ohne Grund wurde „Ein Bier für mein Pferd“ in Ungarn zum Buch des Jahres 1995 gekürt. Denn es ist die unvergleichliche Spannung, mit der Sándor Tar seine „Helden“, in Wirklichkeit freilich typische Anti-Helden, zwischen Aberglauben, Wehmut und überschäumender, aber unechter Lebensfreude schwanken lässt. Freilich, dies ist kein großer, künstlich herbeikonstruierter Weltentwurf, aber die Beschränkung auf das Wesentliche, auf den Horizont unserer Straße, unseres Dorfes, unserer Welt.

Das Schicksal eines identitätslosen Ungarn und Juden ist das Kernthema von *Mihály Kornis'* stark autobiographischem Roman „**Der Held unserer Geschichte**“. Die Mauer im Kopf des Schriftstellers, die ewige Frage nach dem Verdrängen des Jude-Seins in einer animosen Lebensumgebung, der Kampf mit den ungarischen Mythen sowie die grausame Realität der Erfahrungen von Juden im zwanzigsten Jahrhundert bilden den Hintergrund der quälenden und quälerischen Selbstreflexion der Hauptfigur Tábor. In einer sich selbst auflösenden Lebensgier gleicht der „Singsang des Lebens“ einer „Gefängnis-Erde“, und darin das Ich als Gefangener in makabrer Ironie. Zuflucht suchend teils im Infantilen, teils in der Realitätsflucht gleicht Tábor's Reise einem Kampf gegen das „Überdrüssigwerden“. Er will „nur noch aus dem Erdinnern wieder herauskriechen, für kurze Zeit den Tunnel wieder hinter sich lassen, in dessen dunkler Tiefe die Freiwilligen gegen Bezahlung und mit Quietschen und Klappern von einem Ort zum anderen transportiert werden“. Es reihen sich verschiedene stilistische Versatzstücke in diesem Roman, der als Triptychon angelegt ist. Krampfhaft klammert sich der „Held unserer Geschichte“ Tábor an den Versuch, die Existenz Gottes durch subjektives Empfinden zu beweisen. Seine nächtliche Irrfahrt ist eine stete Zwiesprache zwischen dem Ich und den unkontrollierbaren Strömen des (Unter-)Bewusstseins. Tábor's Welt ist auch die Welt von Swann aus Marcel Prousts „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“ und dessen psychologische Seinsreflexion. Zeit als absolutes Maß verliert jeden Sinn. Das Ich findet sich nicht mehr wieder im Sumpf der zeitlosen, blitzartigen Rückschau, bestehend aus Kindheitserinnerungen, Selbstbesudelung, Exzessen und der „Platzverlustigkeit“ in einer Welt des Umbruches, die das Individuum als Zusammenbruch erlebt. Erst ganz zum Schluss wird das eigene „Frieren“ eingedämmt, indem sich der Held unserer Geschichte wiederum im Schoß einer Frau wiederfindet. Der Kreis hat sich geschlossen, die Wirklichkeit ist zumindest fürs Erste durchlebt. Mit „**Minotauros**“ legt der

Rowohlt Verlag, Berlin, einen Erzählband des in Europa hoch geschätzten *Péter Nádas* vor. Nádas hat die Literaturwelt vor einigen Jahren mit seinem epochalen Werk „Buch der Erinnerung“ beinahe in Ekstase versetzt. Lange hatte man in der europäischen Literatur auf ein Opus Magnum zum ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert warten müssen. Nádas hat es ohne Zweifel geschrieben. Auf amerikanischer Seite ist vergleichbares lediglich Don DeLillo mit seinem dunklen Gemälde der letzten fünfzig Jahre Amerika in „Underworld“ gelungen. In schier nie enden wollenden Sätzen werden bei Nádas Wahrnehmung und Existenz in der Literatur neu definiert. Grenzzustände und das schonungslose Bloßlegen des existenziellen Seins bis hin zur grotesken Selbstverleugnung wechseln sich ab mit Parabeln und symbolischen Anspielungen, teilweise aus der Antike oder der christlichen Religion entlehnt. Für eine klassische Erzählform ist dieser Ansatz schlicht unpassend. Nádas geht auch in seinen Erzählungen den unkonventionellen Weg der Auflösung der klassischen Erzähldimensionen. Die allseitige Bedrohung, das stets gefährdete Gleichgewicht des Menschen, das Wesen Minotauros, halb Mensch, halb Stier – Nádas benutzt das Labyrinth, um den Leser in die (Ab-)Gründe der Existenz zu locken. Die immer wiederkehrende Frage nach der menschlichen Schuld und Unschuld mündet in der Titelerzählung in einen Teufelskreis der menschlichen Vorwürfe bis hin zum Selbstbelügen. Die Erzählung „Minotauros“ ist ein stilistisches Meisterwerk eines unglaublich dichten Dialogs zwischen Mária und József um die ethische Frage des Tuns und Unterlassens. Nádas geht es nicht um die Aufhebung der Entfremdung in der postmodernen Welt, sondern er benutzt dieses Stilmittel, um zu hinterfragen, ob es Wahrheit überhaupt geben kann. Gleichwohl bietet seine Erzählung „Die Mauer“ so etwas wie eine Entwicklungsgeschichte eines Jungen hin zur Erkenntnis. Wahrheit existiert zumindest als Begriff, auch wenn die Annäherung an sie in alles andere als klarer Form einer Heilverkündung geschehen kann. Immer wieder

stellt Nádas junge und alte Menschen gegenüber, nicht um einen plumpen Generationenkonflikt aufzudröseln, sondern um durch die Protagonisten ein Spannungsfeld sozusagen im „Feuergefecht des Lebens“ entstehen zu lassen. Im „Familienbild in lila Dämmerung“ verschwimmen dämmerungsgleich die Wahrnehmung eines Heranwachsenden und die Gedankenwelt einer älteren Frau beim Besuch bei der Tante des Jungen. Ein schlichtes Familientreffen wird zu einer einfühlsamen Angelegenheit in der Zwischenzeit und im „Zwischen-Sein“, in dem sich jugendliche Unschuld mit der Einsamkeit und Grausamkeit der Erwachsenenwelt in zwiespältiger Weise vermischen. Nádas wird dabei zum großen Sprachmagier, fernab typischer Erzählkonventionen.

Wie entsteht das Buch, das ich schreiben muss, im Kopf? – Imre Kertész' „**Fiasko**“ ist eine Reise durch die Höhen und Tiefen des schriftstellerischen Daseins, ohne in wehleidiges sinnentleertes Getue abzudriften. Das Unsagbare sagen. Das Unbeschreibbare beschreiben. Wie entwerfe ich die glückliche Welt in meinen Kopf? Was ist Subjekt und was Objekt? Man fühlt sich an die vorsokratische Philosophie des Parmenides erinnert, der sagte: „Das Ding, das gedacht werden kann, und jenes, um dessentwillen der Gedanke besteht, ist dasselbe; denn du kannst keinen Gedanken finden, ohne etwas, das da ist, um dessentwillen er geäußert worden ist.“ Kertész will dabei nichts anderes, als das „einfache Geheimnis der mir gegebenen Welt“ so wie Goethes Faust ergründen. Wie kann in einer „Weltordnung des Mordens“ das subjektive Glück erfahren werden? Für einen jüdischen Schriftsteller wie Kertész, der Auschwitz und Buchenwald überlebte, ist die Antwort beileibe nicht einfach. Schriftstellerei ist, ähnlich wie bei Nádas, eine ewige Wiederkehr des Erinnerns und der Erinnerung bis hin zur Selbstspaltung, der Schizophrenie, um nicht nur für sich selbst, sondern für andere schreiben zu können. Das Schreiben ist nichts anderes als der Schmerz des erneuten Bewusstmachens des Unsagbaren. Daher nimmt es nicht wunder, wenn Kertész angesichts der subjektiven Erfah-

rung sagen kann: „Ich nichtse“. Er muss sich die Freiheit nehmen, auch einen schlechten Roman schreiben zu können, um das Leben spüren, um „überleben“ zu können. Sein Buch „Fiasko“ ist das Herzstück der „Trilogie der Schicksallosigkeit“. Mit seinem 1996 herausgegebenen und aufsehenerregenden Roman „Roman eines Schicksallosen“, der bereits 1975 in Ungarn erschienen war, gelang Kertész etwas Außergewöhnliches, weil Unerhörtes: Auschwitz mit der Stimme eines Jungen zu beschreiben, ihm den Mythos des Unbeschreiblichen zu nehmen. „Fiasko“ als Roman hat nun mindestens zwei Teile. Die Autobiographie eines Mannes, dessen Roman, an dem er lange gearbeitet hatte, vom Verlag abgelehnt wurde. Es ist dies die schonungsloseste Offenlegung dessen, was schriftstellerisches Dasein bedeutet. So wie andere Autoren (siehe Milan Kundera) spricht Kertész auch von der Unsterblichkeit des Dichters, vom Ruhm und der Schönheit des Wortes. Aber er zerbricht beinahe daran. Und dann die Geschichte des Journalisten Steinig, der in einer Zeitreise, zwischen Läuterung und Ungewissheit taumelnd, den lakonischen Zufälligkeiten des Alltagslebens begegnet. In einer Art Beichte, vergleichbar der in Camus' „Der Fall“, vermischen sich die eigene dunkle Vergangenheit und das Weiterleben im Jetzt. Kertész gelingt es, die Wiederkehr des Immergleichen zu durchbrechen. Dichter und Romanheld, Schöpfer und Geschöpf, beide finden sich in ihrem Gefängnis, räumlich und in der Erinnerung, wieder. Und beide entkommen ihm nur dadurch, dass sie akzeptieren, für sie gibt es nur den Ausweg in die „glückliche“ Anonymität in einer (Gedanken-)Welt der Trümmer, der Auflösung, des Fiaskos.

Sándor Tar: Ein Bier für mein Pferd, Verlag Volk & Welt, Berlin, 229 S.

Mihály Kornis: Der Held unserer Geschichte, Rowohlt Verlag, Berlin, 320 S.

Péter Nádas: Minotauros, Rowohlt Verlag, Berlin, 301 S.

Imre Kertész: Fiasko, Rowohlt Verlag, Berlin, 443 S.

Gerhard Schüsselbauer

Thomas Eicher (Hg.)

Josef Roth: Grenzüberschreitungen.

Athena-Verlag Oberhausen 1999, 141 Seiten

Dieser im Auftrag der Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen von Thomas Eicher unter Mitarbeit von Peter Sowa herausgegebene Band zum Schaffen von Josef Roth gibt die Beiträge einer Tagung wieder, die vom 23.–25. April 1999 von der Auslandsgesellschaft NRW in Kooperation mit der Universität Dortmund veranstaltet wurde. Anlaß war der 60. Todestag von Josef Roth, einem literarischen Grenzgänger *par excellence*, „heimatlos, grenzüberschreitend, rastlos, gescheit, selbstquälerisch, melancholisch, traurig mit Ironie“ – wie dies Fritz Hoffmann in seinem Geleitwort ausdrückt (S. 14).

Insofern kann es nicht verwundern, daß die Thematik der Grenzen, ob im geistigen, persönlichen oder aber auch traditionell geographischen Sinne im Zentrum der Abhandlungen der Autoren dieses Sammelbandes steht. Es handelt sich hierbei um Roth-Experten, die in der Vergangenheit schon recht viel über das Werk dieses außergewöhnlichen Autors publiziert haben, wobei sowohl biographisch als auch werkimmanent bei allen sehr stark der Begriff der Ambivalenz exponiert wird. Aufgrund der wissenschaftlichen Komplexität der Einzeldiskurse verbietet es sich an dieser Stelle, eine Einzelbesprechung der meines Erachtens sehr gedrängten und wertvollen Beiträge, die eine entsprechende Wissenschaftsterminologie aufweisen. Hingewiesen werden sollte allerdings darauf, daß es sich hierbei um ein in gewisser Weise interdisziplinäres Projekt handelt, bei dem sowohl historische, soziologische, psychologische als auch philosophische Zugänge zu den Texten Roths gesucht werden. Das findet seinen Ausdruck auch darin, daß unterschiedliche Textsorten des Rothschen Werks zum Untersuchungsgegenstand werden. Roth wird als Reiseberichterstatter in Frankreich und Jugoslawien vorgestellt (Jacqueline Bel und Matjaz Birk). Ute Gerhard setzt sich hingegen

mit den literarischen Grenzüberschreitungen bei Josef Roth auseinander, während Mark Gelber das Verhältnis Roths zu den jüdischen Sprachen beleuchtet. Schließlich widmen Klaus Zelewitz und Wolfgang Müller-Funk dem vielleicht weniger bekannten Roman Roths „Die Geschichte von der 1002. Nacht“ zwei längere Einzelstudien. Eingerahmt werden diese Beiträge vom konzisen Geleitwort Thomas Eichlers sowie kurzen bibliographischen Einträgen zu den einzelnen Autoren. Der Band ist sorgfältig ediert worden, ihm wurde eine CD beigegeben, auf der Dietmar Grieser (Wien) ausgesuchte Texte zur Thematik Grenzüberschreitung und Grenze bei Josef Roth vorträgt.

In einer Zeit weitgehend offener Grenzen im EU-Europa, permanent anhaltender Erweiterungsdiskussionen und dem Versuch, mehr definitorische Eindeutigkeit zu erzielen, die neue geographische, kulturelle und politische Zugehörigkeiten statuieren soll, man denke nur an den allenthalben im Munde geführten Begriff des *acquis communautaire*, stellen die Einzelbeiträge dieses Bandes nicht nur eine fesselnde, sondern für jeden, der sich mit dem Phänomen des Interkulturellen, seiner Zeichenhaftigkeit und Symbolik auseinandersetzt, obligatorische Lektüre dar. Auch und gerade für die Liebhaber des Rothschen Schaffens und der ostgalizischen Literatur, die auf interessante Neuinterpretationen zu Mensch und Werk stoßen werden. Noch immer betroffen macht die Schilderung des Begräbnisses dieses literarischen und existenziellen Grenzbrechers, die aus der Feder des Roth-Biographen David Bronsen stammt und als Mahnung für all jene gelten mag, die sich im Besitz allgemein gültiger Wahrheiten und verbindlicher Identitäten wähnen. Sie sei an das Ende dieser kurzen Besprechung gestellt: „Am Nachmittag des 30. Mai (1939) versammelte sich (auf dem Friedhof) zu Roths Begräbnis eine große Anzahl von Menschen. In

dieser Gemeinde, berichtete Blanche Gidon, erblickte man berühmte Schriftsteller und Künstler, Emigranten aus Wien, Prag, Berlin, Leute aller politischen Richtungen, Journalisten. Und auch Unbekannte. Arme Vaterlandslose, die (Roth) selbst eines Tages in die Büros der Polizeipräfektur begleitet hatte, um für sie die Papiere zu erlangen, die ihnen den Aufenthalt in Frankreich erlaubten. <...> Frauen, die Roth einst geliebt hatte, waren erschienen <...>. Graf Trautmannsdorf, von Otto von Habsburg entsandt, brachte einen Kranz mit schwarz-gelber Schleife und der einzigen Aufschrift „Otto“. Als er am Grab von Roth als dem „treuen Kämpfer

der Monarchie“ und von „Seiner Majestät Otto von Österreich“ sprach, protestierten die unter Führung von Kisch erschienenen Kommunisten. Als der katholische Pater Johannes Oesterreicher am Grabe zu amtieren begann, murrten die anwesenden Ostjuden. Da verzichtete Roths jüdischer Freund Joseph Gottfarstein darauf, den Kaddisch zu sprechen. Die Frage wohin Roth gehörte, an seinem Grab blieb sie unbeantwortet.“

ZW.

Jerzy Buszko

Polen im Wiener Parlament 1848-1918.

Warszawa 1998. Sejm-Verlag, 461 S.

Die Habsburger Monarchie bildete in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts eine einzigartige Völkergemeinschaft, mit einem bedeutendem Anteil an Slawen, Ungarn und Deutschen, die viele komplexe und schwierige nationale, ökonomische und kulturelle Probleme des Zusammenlebens ihrer Völker mehr oder weniger wirksam lösen konnte. Für die Völker des gegenwärtig zur Einheit strebenden Europas könnten dort viele Beispiele einer erfolgreichen Kooperation gefunden werden.

Bis es jedoch mit der Kooperation soweit war, mußte zuerst die österreichische Monarchie im Jahr 1848 und danach viele dramatische Ereignisse (Völkerfrühling und ungarischer Aufstand) sowie verlorene Kriege überleben. Erst nach diesen Mißerfolgen erhielten die einzelnen Länder des Reiches eine ausgeweitete Autonomie und Selbstverwaltung. Demzufolge sind diese zu Mitregierenden und dadurch auch Mitverantwortlichen nicht nur für das eigene Schicksal, sondern auch für den ganzen Staat geworden. Seit dieser Zeit ist die Monarchie des Kaiser Franz-Josef de facto zu einem föderalen Staat geworden. In dieser Staatsstruktur konnten die

Interessen einzelner Nationen mit Hilfe der Zentralregierung in Wien ähnlich wie die Ziele der Föderation mit Hilfe einzelner Länder verwirklicht werden.

Im Wiener Parlament waren verschiedene Fraktionen tätig. Eine große Rolle spielten die nationalen Gruppierungen, unter denen die Polen zu den größten und wichtigsten Gruppen für die Funktionsweise des Parlaments zählten. Im polnischen Kreis des Wiener Parlaments dominierten die Großgrundbesitzer das Bürgertum und die wenigen Vertreter der Bauern sowie Arbeiter. Diese Schichten akzeptierten das Übergewicht der Großgrundbesitzer, um die polnische Solidarität durch interne Konflikte im Kampf um eine größtmögliche Autonomie für Galizien und die Berücksichtigung polnischer nationaler Interessen durch die Zentralregierung in Wien nicht zu gefährden. Die Bemühungen um die Ausweitung der Autonomierechte Galiziens wurden immer weiter fortgeführt, ohne dabei jedoch drastische Konflikte mit der Zentralregierung und vor allem dem Kaiser zu riskieren. Die Polen warben um die Unterstützung Wiens in zwei für sie wichtigen

Problembereichen, d. h. bei der Lösung des Problems der Ukraine und des Problems der Bauernschaft. Im ersten Fall ging es um die Fortführung und Absicherung der ökonomischen, politischen und kulturellen Vorherrschaft des polnischen Adels und Bürgertums auf dem Gebiet der westlichen Ukraine. Im Falle des Bauernproblems war immer noch die Erinnerung an den von der lokalen österreichischen Verwaltung in Galizien provozierten Bauernaufstand 1846, dem mehrere Tausend Adelige zum Opfer fielen. Die Zentralregierung in Wien sollte also die Großgrundbesitzer vor den eigenen Bauern schützen. Überdies gab es noch ganz andere Gründe für die Unterstützung der Habsburger Monarchie. Die polnischen Parlamentarier glaubten, daß im Falle eines Krieges zwischen den drei Besatzungsmächten es mit Unterstützung Österreichs möglich sein werde, den polnischen Staat wieder aufzubauen. Es schwebte ihnen vor, aus Galizien so etwas wie ein „polnisches Piemont“ zu machen. Die Durchsetzung solcher Pläne war selbstverständlich aus der damaligen Sicht nur mit Billigung der kaiserlichen Regierung möglich.

Aus den oben genannten Gründen machten sich die polnischen Parlamentarier die Staatsräson des Kaiserreichs zu eigen. Sie versuchten seine Großmachtposition zu stärken und bekämpften in diesem Vielvölkerstaat jegliche zentrifugalen Tendenzen. Ähnlich wehrten sie verschiedene Versuche ab, der Position Österreichs im internationalen Kräftespiel zu schaden. Dahinter stand die weitverbreitete Befürchtung, daß im Falle des Niedergangs Österreichs Galizien unausweichlich dem russischen Imperium zugeschlagen wird. Einer der polnischen Abgeordneten brachte diese Meinung anschaulich auf den Punkt: „in einem solchen Falle werde man das Polentum nicht entlang der Karpaten, sondern in der Nähe des Altai-Gebirges suchen müssen“. Die grundsätzliche Staatstreue der polnischen Parlamentarier war den österreichischen Politikern und hohen Beamten gut bekannt, und sie wurde auch mit Beförderung in Ministerämter und andere hohe politische Positionen des Kaiserreichs angemessen belohnt.

Die polnischen Abgeordneten im Wiener Parlament versuchten – oft auch mit Erfolg – ihren politischen Einfluß zu nutzen, um den bedrängten eigenen Landsleuten aus dem russischen und vor allem preußischen Machtbereich zu helfen. In Preußen lief damals die chauvinistische Germanisierungspolitik auf hohen Touren. Es ist die Zeit der berühmten Ereignisse in der Stadt Wrzesnia, als den polnischen Kindern das Gebet in ihrer Muttersprache verboten wurde, was wiederum zu Unterstützung durch Streiks in Posener Schulen geführt hat. Mit diesen Ereignissen verband sich die Durchsetzung des Gesetzes über die Enteignung des polnischen Bodenbesitzes. Alle diese Repressionen riefen Empörung in drei Teilen des durch die Besatzungsmächte geteilten Landes hervor. Die österreichische Regierung hielt ihrerseits von dieser Politik Preußens nicht viel, weil sie Unruhen unter der Bevölkerung in Galizien provozieren und mittelbar auch das Bündnis des Kaiserreichs mit dem Deutschen Reich in Frage stellen konnte. Der mit staatlichem Zwang durchgesetzte Aufkauf des polnischen Bodens durch die preußische Kolonisationskommission verursachte 1907 Proteste im Wiener Parlament. Solidarisch traten dabei vor allem slawische Abgeordnete auf – neben Polen auch Tschechen, Slowenen, Ukrainer und dazu noch Juden. Gegen diese Repressionen wandte sich auch der italienische Abgeordnete E. Conci. Diese eher seltenen Proteste der Abgeordneten brachten die Wiener Regierung in Zugzwang.

Die Regierung benutzte in dieser politischen Angelegenheit die vorhandenen diplomatischen Kanäle. Große Verdienste erwarb sich dabei Leon Biliński, Gouverneur der Österreichisch-Ungarischen Notenbank. Dank seiner Beziehungen zum Reichskanzler von Bülow gelang es, die weitere Durchsetzung des Enteignungsgesetzes zu stoppen. Dieser diplomatische Erfolg hatte leider nur vorübergehenden Charakter. Selbstverständlich konnten die polnischen Parlamentarier in Wien nicht alle ihre Vorhaben durchsetzen. Trotzdem brachte ihre Teilnahme an Beratungen des Wiener Parla-

ments viele Vorteile. Vor allem war es eine ausgezeichnete Schule des Parlamentarismus. Auf diese Weise wuchsen hervorragende politische Persönlichkeiten heran, die nach der Unabhängigkeit 1918 zu Stützen des neu gegründeten polnischen Staates werden konnten.

Das besprochene Buch von Jerzy Buszko entstand auf der Grundlage umfangreicher Studien in österreichischen und polnischen Archiven. Die einschlägige polnische und österreichische Fachliteratur wurde dabei im

genügenden Maße berücksichtigt. Das Werk von Buszko geht allerdings weit über die bisherige Forschung zu diesem Thema hinaus. Seine Besprechung verbindet sich mit der Hoffnung, daß sich vielleicht im deutschsprachigen Raum ein Verlag findet, der bereit wäre, diese wertvolle Arbeit zur Geschichte der polnisch-österreichischen politischen Kooperation einem breiteren Leserkreis zugänglich zu machen.

Franciszek Ziemski

Włodzimierz Borodziej, Artur Hajnicz (Hg.)

Kompleks wypędzenia (Der Komplex der Vertreibung).

Kraków 1998, Wydawnictwo Znak, 506 S.

Dieser umfängliche Band, in dem insgesamt zwanzig wissenschaftliche Beiträge zur Problematik der Folgen des Zweiten Weltkriegs, des Systems von Jalta und der Vertreibung veröffentlicht sind, dokumentiert das deutsch-polnische Projekt „Komplex der Vertreibung“, das in den Jahren 1995-1996 mit Hilfe der Stiftung Deutsch-Polnische Zusammenarbeit und aus Mitteln des Europäischen Rates (Confidence building measures) umgesetzt wurde.

Das Buch wird von zwei einleitenden Beiträgen Artur Hajniczs und Władysław Bartoszewskis (Droga prawdy – droga pojednania – Weg der Wahrheit – Weg der Aussöhnung) und von einem umfangreichen Anhang (S. 439-505) eingerahmt, in dem die Ergebnisse einer vom polnischen Meinungsforschungsinstitut CBOS im Mai 1996 durchgeführten Umfrage über die Bewußtseinslage der Polen hinsichtlich des Themas Vertreibungen und Aussiedlungen sowie Redebeiträge von Roman Herzog (1.8.1994 in Warschau), Władysław Bartoszewski (28.4.1995 in Bonn) sowie Helmut Kohl (1.6.1995) abgedruckt sind, eingerahmt. Es verfügt weder über ein Sach- noch ein Personenregister, der Anmerkungsapparat ist jedem einzelnen Beitrag direkt zugeordnet. Der bei dem

renommierten polnischen Verlag „Znak“ veröffentlichte Band ist zwar sorgfältig für den Druck vorbereitet worden, hat aber leider eine Ausstattung als paperback erhalten, die einer intensiven Lektüre nicht standhält, da sich das Buch im wahrsten Sinne des Wortes sehr bald auflösen beginnt.

Das ist schade, denn die hier mit viel Mühe zusammengestellten Beiträge hätten mit Sicherheit eine stabilere materielle Hülle verdient, zumal sie – besonders in Polen – einer breiteren interessierten Öffentlichkeit dauerhaft zur Verfügung stehen sollten.

Der erste Abschnitt des Bandes besteht aus Vorträgen, die im Rahmen des ersten Teilprojekts, während des von der Ostakademie in Lüneburg im Mai 1995 durchgeführten Seminars „Der Umgang der deutschen und der polnischen Gesellschaft mit der Vertreibung“ gehalten wurden. Diesem Teil wurden auch einige Texte beigegeben, die zuvor in der Zeitschrift „Polska w Europie“ (Polen in Europa) veröffentlicht worden sind.

In einem zweiten Abschnitt werden die Ergebnisse der im Januar 1996 in Warschau durchgeführten Tagung „Die Vertreibung von Polen und Deutschen – Ähnlichkeiten und

Unterschiede" dokumentiert. An beiden Tagungen nahmen zahlreiche Wissenschaftler aus Deutschland und Polen teil, überwiegend Historiker, Soziologen und Germanisten. Offenbar ist nur ein Bruchteil der damals gehaltenen Vorträge in die vorliegende Dokumentation eingegangen. Vertreten sind Texte von A. Hajnicz, Bernadetta Nitschke, Jan Misztal, Edmund Dmítrów, Witold Stankowski, Marion Frantzioch, Jacek Borkowicz, Kazimierz Wóycicki, Philipp Ther und Gerhard Doliesen. Schließlich wird eine dritte Konferenz teildokumentiert, die im Juni 1996 unter dem Titel „Jalta und Potsdam – der Entscheidungsprozeß" in Warschau abgehalten wurde. Hier finden sich fast ausschließlich die Beiträge polnischer Historiker, in denen sich die Autoren überwiegend mit den Konsequenzen der Nachkriegsordnung, dem sogenannten System von Jalta beschäftigen (A. Hajnicz, Krystyna Kersten, W. Borodziej, Eugeniusz Duraczyński, Andrzej Friszke und – als einziger deutscher Historiker – Wolfgang Benz).

In dem von A. Hajnicz und W. Borodziej verfaßten Endbericht (S. 373-430) bemühen sich beide Autoren, das Gesamtprojekt entsprechend zu würdigen und bestimmte Themenschwerpunkte, die eines weiteren wissenschaftlichen und politischen Diskurses bedürfen, herauszustellen.

Da es angesichts der Fülle des Materials nicht angezeigt scheint, auf einzelne Beiträge einzugehen, sollen an dieser Stelle nur übergreifende Themen- und Diskussionsschwerpunkte herausgestellt werden:

- Die Diskussion und Differenzierung des Begriffs „Vertreibung" (wypędzenie, wysiedlenie, repatriacja), der lange umstritten blieb und der sich in der polnischen Wissenschaft und Publizistik erst nach der Wende des Jahres 1989 einen Weg bahnen konnte.
- Die sogenannte Schuldfrage mit ihren moralischen Implikationen, sowohl international (Jalta – Potsdam) als auch bilateral (deutsch-polnische Beziehungen nach 1945).
- Die Problematik der Interpretation des Völkerrechts, inwiefern also Umsiedlung, Vertreibung und Repatriierung von Deutschen und Polen völkerrechtlich zu rechtfertigen war.
- Die Problematik der Quantifizierung der Opfer und die fragwürdige Strategie der Aufrechnung.
- Die Relativierung des Täter-Opfer-Schemas und ihre zukünftige Bedeutung für die Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen.
- Die Neubewertung des Kriegsendes aus der Perspektive der Wendejahre, das sowohl in Polen als auch in Deutschland gleichzeitig als Befreiung und Niederlage interpretiert werden kann.

Daß die Behandlung dieser Kernthemen heute ganze Bibliotheken in Polen und der Bundesrepublik füllt, ist eine Tatsache. Interessant sind deshalb die nach der Wende einsetzenden neuen Deutungen des Geschehenen, die sich nunmehr auf einer breiteren und politisch nicht mehr sanktionierten Quellenbasis vollziehen können. Hinzu kommt die veränderte politische Großwetterlage und die Tatsache, daß beide Staaten über eine nicht zu vernachlässigende Schnittmenge an strategischen Zielen in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit und Europa-Politik verfügen. Die beziehungsgeschichtliche, empathische Neubewertung von Geschichte ist in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung, sie muß allerdings auch in adäquater Weise von der Höhe wissenschaftlicher Betrachtung und Analyse auf die Niederungen des zwischen gesellschaftlichen und zwischenmenschlichen Dialogs projiziert werden, damit Verstehen und Verständigung tatsächlich einsetzen kann. Das Projekt „Komplex der Vertreibung" hat hierzu zweifellos einen wichtigen Anstoß geliefert, der einer breiteren Popularisierung bedarf.

ZW.

Zdzisław Krasnodębski, Klaus Städtke, Stefan Garsztecki (Hrsg.)

Kulturelle Identität und sozialer Wandel in Osteuropa: das Beispiel Polen.

Krämer-Verlag, Hamburg 1999, 312 S.

In der von Balint Balla und Anton Sterbling herausgegebenen Reihe „Beiträge zur Osteuropaforschung“ ist als Band 3 dieser Sammelband erschienen, der sich in vier übergeordnete Kapitel gliedert.

Während sich die Autoren des ersten Kapitels „Transformation und Kultur in Polen und in Rußland“ mit zwei so unterschiedlichen Forschungsgegenständen wie den politischen Kulturen im lateinisch geprägten Polen und dem byzantinisch bestimmten Rußland auseinandersetzen (Klaus Städtke, Wolfgang S. Kissel, Z. Krasnodębski und Joanna Kurczewska), wobei das Verhältnis der jeweiligen Nationalkulturen zu den aktuell verlaufenden Transformationsprozessen beleuchtet wird, ist das zweite Kapitel „Politik und politische Kultur“ ganz den Entwicklungen in Polen gewidmet. Gefragt wird nach Kontinuität und Wandel der polnischen politischen Kultur (S. Garsztecki), rekonstruiert wird die Entwicklung von der Solidarność-Bewegung bis hin zur parlamentarischen Demokratie (Jacek Kurczewski), schließlich wird die Frage der polnischen Identität am Verhältnis von nationaler Identität und Staatsbürgerschaft problematisiert (Marian Kęmpny).

Im dritten Kapitel wird dann der Versuch unternommen, die „postsozialistische“ Kultur zu charakterisieren. Während in dem sehr lesenswerten Aufsatz von Elżbieta Tarkowska die Dimension der „Gesellschaftlichen Zeit“ in der Transformationsperiode mit den gesellschaftlichen Zeitverhältnissen im real existierenden Sozialismus verglichen wird, verdeutlicht Wolfgang Schlott mit Hilfe einiger Fallbeispiele den Paradigmenwechsel in der polnischen Erzählkultur seit den achtziger Jahren. Luigi Tomasi weitet hingegen sein Thema „Ent-

wicklung der Jugendkultur“ auf ganz Osteuropa aus und kennzeichnet die diesbezüglichen Verwerfungen nach dem Niedergang des Kommunismus. Schließlich beschäftigt sich Aldona Jawłowska in ihrem Aufsatz mit der Frage, ob die Angebote der globalen Massenkultur in der Lage sind, so etwas wie neue (kulturelle) Identitäten zu stiften, wobei sie sich in erster Linie mit den polnischen Entwicklungen beschäftigt.

Den neuen kulturellen Dilemmata zwischen Moderne und Tradition ist schließlich das vierte Kapitel gewidmet, in dem die Autoren auf ganz aktuelle und akute Probleme innerhalb der polnischen Gesellschaft eingehen. Malgorzata Jacyno und Alina Szulżycka analysieren am Beispiel des extrem-nationalistischen und katholisch-populistischen „Radio Maryja“ die Funktionsweise und durchaus erfolgreiche Strategie dieses Senders, Marek Cichocki beschreibt in seinem Beitrag die Strömungen und die Dilemmata des polnischen Konservatismus, während Paweł Dybel der Rolle der Psychoanalyse in der polnischen Kultur nachgeht. Schließlich beschäftigt sich Piotr Wróblewski mit den symbolträchtigen Aktivitäten der deutschen Minderheit in Polen.

Dieser sorgfältig redigierte Sammelband, der mit entsprechenden Einzelbibliographien versehen ist, liefert tiefe Einblicke in die Kulturgeschichte und politische Kultur Ostmittel- und Osteuropas und erweist sich als lesenswert, auch wenn es an einigen Stellen zu thematischen Wiederholungen und Redundanzen kommt.

ZW.

Jacek Jeremicz

Verlust der Heimat – Kreis Schwerin (Warthe) in Brandenburg als Paradigma.

Szczecin 1998, 83 Seiten.

Der junge polnische Historiker Jacek Jeremicz hat am Institut für germanische Philologie unter der Betreuung von Professor Jan Watrak eine Magisterarbeit vorgelegt, die einige Besonderheiten aufweist. Zunächst einmal handelt es sich hierbei um ein Desiderat, das sich an der Schnittstelle zwischen politischen, historischen und Kulturwissenschaften bewegt. Zweitens wurde die Arbeit in einem einwandfreien Deutsch verfaßt; die wenigen Druckfehler fallen deshalb kaum ins Gewicht. Und drittens weist sie über die direkte Nachkriegszeit hinaus, denn im 7. Kapitel (Seite 55-74) beschäftigt sich der Autor mit der Herstellung von Kontakten zur „alten Heimat“ nach 1945 und dem Schicksal der Heimatvertriebenen in der neuen Heimat. Als zweckdienlich erweist sich auch die Liste der Ortsnamen in deutscher und polnischer Sprache sowie der vielleicht etwas bescheiden ausgefallene bibliographische Apparat. Hilfreich sind auch die Auszüge aus Landkarten, die Abbildungen und Fotos, die durchaus einer Veranschaulichung dienen. Als besonders interessant erweisen sich dabei jene Kapitel, in denen der Autor konkret auf die Situation im ostbrandenburgischen Kreis Schwerin eingeht. Dies ist eigentlich das Kernstück der Arbeit. Und hier hätte man sich doch gewünscht, daß Jeremicz deutlicher auf seine Quellen verweist. Die zum Teil detaillierte Darstellung, mit Personen- und

Ortsnennungen erweist sich als wenig belegt und basiert auf Erlebnisberichten einzelner Betroffener. Im gesamten Abschnitt über die russische Verwaltung im Kreise Schwerin findet sich nicht eine einzige Fußnote. Hier stellt sich einfach die Frage, woher der Autor seine Informationen bezogen hat. Die oben erwähnten Kapitel über die Integration der Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bringen für einen deutschen Leser, der sich mit der Materie befaßt hat, kaum Neuigkeiten. Insofern ist es zwar richtig, wie Jeremicz im Resümee seiner Arbeit schreibt, daß es notwendig ist, die Tragödie von Flucht, Vertreibung und Heimatverlust zu enthüllen, um einem partnerschaftlichen Dialog zwischen Deutschen und Polen eine echte Chance zu geben. Allerdings stellt sich gerade dann die Frage nach den Adressaten. Im Grunde genommen sollte Jacek Jeremicz's Arbeit nicht in deutscher sondern in polnischer Sprache in Polen erscheinen und popularisiert werden, denn dort gibt es hinsichtlich dieses Themas – trotz großer Fortschritte – noch immer beachtliche Defizite. Ob eine solche Übersetzung geplant ist, entzieht sich allerdings der Kenntnis des Rezensenten.

ZW.

**Diagnose:
unbezahlbar
krank**



Ärzte ohne Grenzen e.V.
Lievelingsweg 102
53119 Bonn
Spendenkonto 97 0 97
Sparkasse Bonn
BLZ 380 500 00

Bitte schicken Sie mir

- ☐ allgemeine Informationen
- ☐ Informationen für einen Projekteinsatz
- ☐ Informationen zur Fördermitgliedschaft
- ☐ Die Broschüre „Vermächtnis für das Leben“

Name _____

Geb.-Datum _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

11.10.2001

Der Zugang zu unentbehrlichen Medikamenten ist ein Menschenrecht. Wir fordern dieses Recht für alle.



**MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.**

Władysław Mochocki

Lubsko – Vlotho. Miasta Partnerskie

[Lubsko – Vlotho. Partnerstädte].

Lubsko 1999, 72 Seiten.

Der in der polnischen Partnerstadt von Vlotho lebende Historiker Władysław Mochocki hat hier eine Schrift vorgelegt, die sich mit der Entstehung und Genese einer Städtepartnerschaft beschäftigt, die ihren Ursprung unter anderem auch in der Patenschaft der Weserstadt für das ehemals deutsche Sommerfeld hatte.

Mochocki rekonstruiert die vor der Wende in Polen bestehenden Probleme, die es bei der ersten Kontaktaufnahme einer deutschen Delegation aus Vlotho gab, er dokumentiert aber auch, wie es aufgrund des politischen Bemühens beider Stadtverwaltungen möglich war, diese Widerstände zu überwinden, was nicht zuletzt auch auf das Engagement deutscher und polnischer Bürger zurückzuführen war, die entsprechende Partnerschaftsvereine in Vlotho und Lubsko gründeten (Partnerschaftsverein Vlotho-Lubsko, 10. November 1992 und Stowarzyszenie „Grupa Partnerstwa Lubsko-Vlotho“, 3. März 1993).

Während es seit Mitte der achtziger Jahre bereits erste Kontakte und Aktionen caritativer Art für das Lubskoer Krankenhaus (Initiativgruppe „Kinder im Krankenhaus Lubsko“) sowie Hilfst Transporte durch den in Vlotho beheimateten Verein „Moral und Ethik“ gab, schuf die offizielle Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde und die Gründung der beiden Partnerschaftsvereine ab dem Frühjahr und Sommer 1993 die Voraussetzung dafür, daß es zu einem wechselseitigen regen Austausch der unterschiedlichsten Berufsgruppen kommen sollte, aus dem nicht selten persönliche Freundschaften entstanden. Einen weiteren wichtigen Faktor

stellten ab diesem Zeitraum auch die sorgfältig geplanten und gut umgesetzten Begegnungen junger deutscher und polnischer Musiker sowie Sportler dar. Die Konzeption, in erster Linie junge Menschen aus beiden Städten zusammenzubringen, wurde – trotz deutlicher ökonomischer und sozialer Asymmetrien – weiter verfolgt und fand in dem Austausch polnischer und deutscher Schüler, der im Oktober 1998 in Vlotho und im April 1999 in Lubsko stattfand, und der die Grundlage für die Schulpartnerschaft zwischen der Vlothoer Realschule und dem Lyzeum in Lubsko begründen soll, eine konsequente und erfolgreiche Umsetzung.

All diesen Dingen geht Mochocki in seiner Darstellung minuziös nach, die Quellenbasis bilden offizielle städtische Dokumente, Zeitungsartikel, die in beiden Städten erschienen sind sowie die Aussagen einzelner deutscher und polnischer Akteure, die sich um die Städtepartnerschaft Lubsko-Vlotho verdient gemacht haben. Die Abhandlung Mochockis ist in einem flüssigen Stil gehalten, bemüht sich um Sachlichkeit und wurde mit einem Anmerkungsapparat nebst Quellenverzeichnis sowie einigen aussagekräftigen Fotografien versehen. In der polnischen Version finden sich allerdings einige Druck- und Sachfehler, die – sollte man an eine Übersetzung ins Deutsche denken – korrigiert werden müßten. Das mindert den Wert dieses lesenswerten Unterfangens allerdings in keiner Weise.

ZW.

Marek S. Szczepański

Opel Z Górniczym Pióropuszem. Restrukturyzacja województwa katowickiego i jej społeczne uwarunkowania [Opel mit Bergmannsfederbusch. Die Restrukturierung der Wojewodschaft Kattowitz und ihre gesellschaftlichen Bedingtheiten].

Wydawnictwo Śląsk. Katowice 1998, 95 S.

Dieser in 2. Auflage erschienene Band des Soziologen Marek S. Szczepański gibt einen profunden und interdisziplinär angelegten Einblick in die Situation der Industrieregion Oberschlesien. Die Abhandlung gliedert sich in drei übergeordnete Kapitel, die dem ober-schlesischen Regionalismus (zwischen Stammeskultur und Globalisierung), der Restrukturierung der Wojewodschaft Kattowitz in den Jahren 1989 bis 1997 (die unterschiedlichsten Szenarien aus Vergangenheit und Gegenwart, die Pläne Markowskis und Steinhoffs, der sogenannten Regionalpakt, die Wirtschafts-sonderzone „General Motors“) sowie einer regionalen Politik der Restrukturierung mit entsprechenden Vorschlägen für strategische Entwicklungspläne gewidmet sind.

Es ist offenkundig, daß gerade das dritte Kapitel, das auf zukünftige Planungen und Konzepte abhebt, die größte Aufmerksamkeit des Lesers verdient. In ihm legt der Autor einen „Dekalog der Restrukturierung“ vor (S. 75-76), der seiner Auffassung nach die Voraussetzung für die schwierige Aufgabe einer ökonomischen, ökologischen, politischen und sozialen Sanierung des Industriereviere darstellt. Kernpunkte sind darin die Unterstützung innovativer Betriebe, die Reform der Staatsbetriebe (vor allem der Zechen), die theoretisch zu einer der Quellen ursprünglicher Kapitalakkumulation werden könnten, die Privatisierung eines Großteils größerer und mittlerer Industrien, die Erhöhung der Beschäftigtenzahl bei den Dienstleistungen, die Schaffung institutioneller Möglichkeiten zur Umschulung von Arbeitskräften und die Hilfe bei deren beruflicher Integration. Desweiteren die Gewährung einer elementaren Sozialhilfe für Arbeitslose, das Entstehen regionaler und

lokaler, miteinander konkurrierender Eliten, die nur aus einem fundamental reformierten Bildungswesen hervorgehen können, die Wiederherstellung der Kulturidentität der Region, die Restrukturierung des urban-architektonischen Raumes um Kattowitz sowie die ökologische Sanierung der Wojewodschaft.

Es ist klar, daß es sich hierbei um mittel- bis langfristige Zielvorstellungen handelt, die einem strategischen Pfad folgen und die bisherigen kurzfristigen Ansätze ablösen sollen. Dabei fällt der Reformierung des Bildungswesens (Stichpunkt Informationsgesellschaft), der Herausbildung eines neuen Persönlichkeitsmusters (Empathie, Nonkonformismus, Akzeptanz von Veränderungen, Universalismus, liberale demokratische Überzeugung) sowie dem Aufbau einer engagierten regionalen und lokalen Presse- und Medienlandschaft nach Szczepański eine erst-rangige Rolle zu. Insbesondere erblickt er im Aufbau neuer wirtschaftlich-technischer Eliten, die das alte Geflecht aus politik-ökonomischen Seilschaften und dem ausgeprägten Klientelismus aufbrechen sollen, eine der Grundvoraussetzungen für die mittelfristige Gesundung der Region.

Dieses gut redigierte Buch, mit einem ausgebauten Anmerkungsapparat, reichem empirischen Material und einer Auswahlbibliographie versehen, stellt für jeden, der an den Transformationsprozessen interessiert ist, eine Pflichtlektüre dar – und sollte aufgrund seines „ganzheitlichen Ansatzes“, in dem der Autor auch weit in die Vergangenheit der ethnischen Mischregion Oberschlesien zurückgreift, ins Deutsche übersetzt werden.

ZW.

Herwig Roggemann (Hrsg.)

Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas. Einführung und Verfassungstexte mit Übersichten und Schaubildern.

Berlin 1999, Berlin Verlag, 1129 S.

Wie einst Rousseau einen Verfassungstext schreiben zu dürfen – das ist wohl der Traum eines manchen Politologen oder Staatsrechtlers. Bis 1989 schienen die Möglichkeiten gering, einem Staatswesen die entsprechenden Grundlagen zu formulieren. Mit den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa aber standen die Gesellschaften der Transformationsstaaten vor der Notwendigkeit, neue Verfassungen zu verabschieden, um den jungen demokratischen Systemen eine verbindliche legale Basis zu geben. Nicht alle konnten oder wollten dabei auf die durch den Totalitarismus abgerissenen demokratischen Traditionen anknüpfen, wie dies z. B. die Tschechen mit dem Rückgriff auf die Verfassung der Ersten Republik taten. Und selbst in Prag ist fraglich, ob der aktuelle Verfassungstext nicht doch noch einer Überarbeitung bedarf, etwa was die Befugnisse des Präsidenten oder die Rolle des Senats betrifft.

Zwar ist es in der Regel möglich, deutsche oder englische Übersetzungen der neuen Verfassungen zu erhalten (oft auch über deren Vertretungen in der Bundesrepublik), doch ist dies zwangsläufig mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass ein jüngst erschienener Sammelband nun die zwischen August 1990 (Ungarn) und November 1998 (Albanien) verabschiedeten Verfassungstexte von 21 exemplarisch ausgewählten Transformationsstaaten zugänglich macht. Es gibt im deutschsprachigen Raum derzeit kein vergleichbares Werk. Eine Einführung zur Ver-

fassungsentwicklung und zum Verfassungsrecht in Mittel- und Osteuropa systematisiert Entwicklung und Strukturprobleme der postkommunistischen Verfassungserneuerung und ihre Umsetzung in die demokratische rechtsstaatliche Praxis. Desweiteren werden hier auch methodische Fragen und Erklärungsansätze der Ost-West-Rechtsvergleichen erörtert, was auch dem interessierten Laien den Zugang zur zugebenermaßen recht trockenen Materie erleichtert. Besonders dankbar ist der politische Bildner für die im zweiten Einführungsteil zusammengestellten Länderinformationen. In der gebotenen Kürze findet man hier jeweils das Staatswappen, Schaubilder zur geographischen Lage, zur Staatsorganisation und zur Justiz sowie Informationen über das politische System, Wahlen und die politischen Parteien der einzelnen Länder. Ein Abkürzungsverzeichnis und Hinweise auf weiterführende Literatur runden die Einführung ab, ein Sachregister die Dokumentation der Verfassungstexte.

Trotz des hohen Verkaufspreises von DM 148.- und des Umstandes, dass zahlreiche Angaben im Zuge des dynamischen Transformationsprozesses einiger Staaten naturgemäß bereits wieder überholt sind (z.B. im Falle Russlands und Kroatiens), sollte der Band in keiner Fachbibliothek fehlen.

Michael Walter

Gerrit Manssen/Bogusław Banaszak (Hrsg.)

Die Wahlrechtssysteme in Mittel- und Osteuropa.

Berlin 1999, Berlin-Verlag, 159 S.

Im selben Verlag erschien ein weiterer Sammelband, der für Mittel- und Osteuropaforscher, aber auch für diejenigen, die sich mit dem europäischen Einigungsprozess beschäftigen, von Interesse ist. Der von Gerrit Manssen und Bogusław Banaszak herausgegebene Band über *Die Wahlrechtssysteme in Mittel- und Osteuropa* enthält 13 ins Deutsche übersetzte Referate, die im Oktober 1998 auf einer Fachtagung in Vilnius gehalten wurden. Das Thema verdient schon allein deshalb Aufmerksamkeit, da die von den Regierungschefs der EU-Staaten auf ihrem Kopenhagener Gipfeltreffen verabschiedeten Kriterien für eine Aufnahme neuer Staaten in die Gemeinschaft nicht zuletzt das Vorhandensein eines stabilen demokratischen Systems verlangen. Hierzu zählen selbstverständlich Wahlrechtssysteme, die den jeweiligen Regierungen eine demokratische Legitimation verleihen und gegebenenfalls den politischen Machtwechsel ermöglichen. Das Vorhandensein entsprechender Rahmenbedingungen kann auch als Indikator für den Abschluss des jeweiligen politischen Transformationsprozesses dienen, man vergleiche hier etwa die Situation in Polen mit der in der Slowakei unter Mečiar.

Wer allerdings gehofft hatte, im vorliegenden Band ähnlich umfassende Informationen zu erhalten wie in der oben besprochenen Publikation, wird etwas enttäuscht werden. Die Beiträge beschränken sich auf Litauen (mit gleich vier Analysen zum Wahlrecht, zur Entwicklung des Wahlsystems, zur Entwicklung des Kommunalwahlrechts sowie zur Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit bei der Gewährleistung des Wahlrechts), Russland (Wahlrecht und Wahl-

rechtssystem), Ungarn (Wahlrechtssystem) und Polen (Parlamentswahlrecht, das neue Kommunalwahlrecht sowie Straftaten bei Wahlen und Volksentscheiden im polnischen Strafgesetzbuch von 1997). Warum gerade diese Staaten behandelt werden, in zwei Fällen sogar mit Exkursen zu Themen, die explizit nicht im Mittelpunkt der Tagung standen, während andere ignoriert werden, wird nicht so recht klar.

Obwohl ein Vergleich mit der deutschen Situation durchaus sinnvoll ist, hätte man in einem Buch mit dem o. g. Titel wohl kaum erwartet, Analysen zum Transformationsprozess des Wahlrechts in Ostdeutschland, zum aktiven Wahlrecht in der Bundesrepublik und zur Rolle des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich des Wahlrechtssystems zu finden. Den Abschluss bildet eine Überlegung zu Perspektiven eines europäischen Wahlrechts.

Auch wenn die fachliche Qualität der einzelnen Beiträge außer Frage steht, bleibt eine gewisse Enttäuschung hinsichtlich der Vollständigkeit der Analyse. Es zeigt sich, dass eine systematischere und umfassendere Analyse der Wahlrechtssysteme in Mittel- und Osteuropa noch aussteht. Falls eine entsprechende Publikation geplant ist, wäre die Leserschaft vermutlich auch dankbar, wenn – im Gegensatz zum vorliegenden Sammelband – sich die Herausgeber die Mühe machten, einen Index, ein Literaturverzeichnis sowie Angaben zu den jeweiligen Autorinnen und Autoren anzufügen.

Michael Walter

Peter März (Hrsg.)

40 Jahre Zweistaatlichkeit in Deutschland. Eine Bilanz.

München 1999.

Am 23. Mai 1999 wurde die Bundesrepublik 50 Jahre alt, und jede deutsche Zeitung, von der Frankfurter Allgemeinen bis zum Vlothoer Tageblatt, würdigten das Ereignis in ausführlichen Analysen. Spiegel, Focus und Stern brachten Sondernummern heraus, im Fernsehen durften Thomas Gottschalk und Verona Feldbusch eine Sondersendung moderieren (was die Republik nun wirklich nicht verdient hat), zahlreiche Ausstellungen und Tagungen widmeten sich dem Thema, natürlich auch im Gesamt-europäischen Studienwerk. Angesichts der Flut publizistischer und wissenschaftlicher Veröffentlichungen zum 50. Jahrestag fiel ein Titel umso mehr auf, der sich auf eine Bilanz von "40 Jahren Zweistaatlichkeit" beschränkt. Doch führt der Titel in die Irre: Wer von einer Bilanz der Jahre 1949 bis 1989 in beiden deutschen Staaten mehr erwartet als politologische und zeitgeschichtliche Analysen, wird enttäuscht sein. Wirtschaftliche, gesellschaftliche oder kulturelle Entwicklungen, die ebenfalls prägend für die Zweistaatlichkeit waren, werden allenfalls am Rande abgehandelt. Dennoch lohnt die Lektüre des Bandes, da die 20 Autorinnen und Autoren ausnahmslos zu den führenden Experten für die von ihnen behandelten Themengebiete zählen. Ihre Beiträge fassen zumeist umfangreichere Publikationen zusammen, präsentieren daher wenig Neues, bieten jedoch in knapper Form einen guten Überblick.

Der Sammelband gliedert sich in sechs Hauptkapitel: "Grundprobleme im historiografischen und sozialwissenschaftlichen Längsschnitt", "Sowjetische Deutschlandpolitik und Wesensmerkmale der DDR", "Die westdeutsche Demokratie: Anfänge, Strukturen, Regierungshandeln, Außenpolitik", "Die 70er und 80er Jahre im innerdeutschen Verhältnis", "Die Dramaturgie der Wiedervereinigung in Deutschland", "Die deutsche Wiedervereinigung im internationalen Kontext und die Perspektiven

des Landes in der Welt von morgen". Diese Gliederung weist bereits auf ein thematisches Ungleichgewicht hin: Allein sieben von 20 Kapiteln beschäftigen sich mit dem Jahr der deutschen Einheit, wobei insbesondere die Mitarbeiter des Geschwister-Scholl-Instituts bzw. des Centrums für angewandte Politikforschung in München breiten Raum erhielten, ihre im Rahmen der von der Deutschen Verlags-Anstalt veröffentlichten "Geschichte der deutschen Einheit" publizierten Forschungsergebnisse noch einmal zu verwerten. Dagegen ist nichts einzuwenden, zumal nicht jeder zeitgeschichtlich Interessierte die Zeit aufbringen kann, sich durch mehrere hundert Seiten zu arbeiten, und die entsprechenden Aufsätze inhaltlich hervorragend sind.

Problematischer scheint indes, daß die zentrale Rolle der Übersiedlungswelle seit dem Sommer 1989 als eigentlichem Motor der folgenden Entwicklungen ebenso vernachlässigt wird wie die Leistungen der Bürgerbewegungen in der DDR. In der Konzentration auf die politischen Akteure werden die mutigen Frauen und Männer in der DDR fast zu Statisten degradiert. War es nicht vor allem die Zivilcourage der Jahre 1989/90, die die Ostdeutschen in die politische Kultur des vereinten Deutschland einzubringen hatten?

Statt dessen werden noch immer die westdeutschen Schlachten des Kalten Krieges geschlagen: In den Beiträgen von Heinrich Potthoff und Jens Hacker spiegelt der Band die politisch geprägte Kontroverse über die Bewertung der bundesrepublikanischen Deutschlandpolitiken wider: Während Potthoff "der Personen bezogenen Politik Helmut Kohls" vorwirft, "dass er eindeutig auf die Herrschenden baute und sie damit in einem diktatorischen System wie der DDR in ihrer Herrschaftsposition mittelbar noch stärkte" (S. 231),

führte der jüngst verstorbene Jens Hacker seinen Kreuzzug gegen die Deutschlandpolitik der SPD fort, die in den 80er Jahren "jegliches Gefühl für die rechtlichen Positionen in der 'deutschen Frage' verloren" habe (S. 273). Wer nach einer differenzierteren Darstellung sucht, sei auf das

entsprechende Kapitel des Rezensenten in Wolfgang Jägers "Die Überwindung der Teilung" (Stuttgart 1998) verwiesen.

Michael Walter

Abschied von einer Brückenbauerin. Zum Tod von Edith Heller

Am 6. Februar dieses Jahres wurde die Polen-Korrespondentin der Frankfurter Rundschau Edith Heller im Alter von 39 Jahren in Warschau plötzlich aus diesem Leben abberufen, nur drei Wochen nach der Geburt ihres dritten Kindes. Für alle, die sich für die deutsch-polnische Verständigung einsetzen, ist ihr Tod ein schwerer Verlust.

Edith Heller wurde im Dezember 1960 in Neckarsulm geboren. Ihr Interesse für das Nachbarland Polen führte im Sommer 1981 zu einem Aufenthalt in Tomaszów Mazowiecki, wo sie sich vor Ort über die Gewerkschaftsbewegung Solidarność informieren und persönliche Kontakte knüpfen konnte. Nach ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik absolvierte sie an der Universität Freiburg ein Studium der Politikwissenschaft und der Germanistik. Ihr Bemühen um ein Stipendium für ein Studium in Polen scheiterte zunächst an der Ausrufung des Kriegsrechts durch General Jaruzelski. Edith Heller ließ sich jedoch nicht entmutigen, und zwei Jahre später konnte sie sich an der einzigen nichtstaatlichen und somit weniger vom kommunistischen Regime abhängigen Hochschule in Lublin einschreiben.

Nach Deutschland zurückgekehrt gründete die junge Frau mit Kommilitonen die "Gemeinschaft zur Förderung von Studienaufenthalten polnischer Studierender in Deutschland e.V.", die seit vielen Jahren auch gern gesehener Gast im Gesamteuropäischen Studienwerk e.V., Vlotho ist. So knüpfte noch wenige Wochen vor dem Tod Edith Hellers ein gelungenes GFPS-

Seminar in Vlotho an die Ziele der Journalistin an, deutsche, polnische und inzwischen auch tschechische junge Erwachsene zusammenzubringen und in der persönlichen Begegnung mit den Nachbarn Vorurteile zu überwinden.

Nach Abschluss ihrer Magisterarbeit ging Edith Heller im Oktober 1988 erneut nach Polen, um für ihre Dissertation über die Verhandlungen der Solidarność mit der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zu recherchieren. Ihre Ergebnisse veröffentlichte sie in dem Buch "Macht Kirche Politik". Die Untersuchung fand viel Anerkennung, sogar der erste nichtkommunistische Ministerpräsident Mazowiecki zeigte sich beeindruckt von der Genauigkeit und Gründlichkeit der Arbeit. Aufgrund ihres Sachverstandes und ihres leidenschaftlichen Engagements genoss Edith Heller hohes Ansehen in Polen und bei allen, die sich in der Bundesrepublik für das Nachbarland interessieren. Auch für die Mitarbeiter des Gesamteuropäischen Studienwerks leisteten die Analysen der FR-Journalistin unschätzbare Dienste für Forschung und Lehre, etwa wenn es um die Erweiterung der Europäischen Union oder um die deutsch-polnischen Beziehungen ging. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt ihrem Ehemann und den drei kleinen Kindern.

Michael Walter

In eigener Sache

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dieser ersten Doppelnummer des Jahres 2000 möchten wir Ihnen für die treue Verbundenheit mit dem Gesamteuropäischen Studienwerk und der von uns herausgegebenen „aktuellen ost-informationen“ herzlich danken. Sie haben auf Ihre Weise den Weg begleitet, den wir im Sinne unseres politischen Bildungsauftrags in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zu dokumentieren bemüht waren. Es war immer unsere Absicht, durch unsere Veröffentlichungen die jeweiligen politischen Entwicklungen nachzuzeichnen, darüber hinaus aber auch das politische Geschehen im Ost-West-Verhältnis aus einer gesamteuropäischen Perspektive zu werten. Dadurch haben wir in unseren „aktuellen ostinformationen“ in manchen Punkten die spätere Entwicklung konzeptionell vorweggenommen, indem wir beispielsweise in den 80er Jahren das zunehmende Spannungsverhältnis zwischen politischer Kultur und sozialistischem System in den Ländern Ostmittel- und Osteuropas als ein sich verstärkendes Krisenelement reflektiert und dokumentiert haben.

Durch Berichte über in unserem Haus stattgefundenene Tagungen waren wir in den letzten Jahren zunehmend bestrebt, unseren Lesern einen noch engeren Kontakt zu unserer Arbeit vor Ort zu ermöglichen. Mancher von Ihnen hat zudem als Mitglied des Trägervereins, als Kooperationspartner oder Tagungsteilnehmer unsere Veranstaltungen aktiv mitgetragen und sich in unserem Haus wohlfühlt.

Die Anforderungen an die Dozenten und alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind in den letzten Jahren eher noch gewachsen, während angesichts staatlicher Sparmaßnahmen die Zuwendungen deutlich zurückgegangen sind und erschwerende Auflagen unseren Planungen enge Grenzen setzen. Dadurch hat die Einwerbung von Drittmitteln an Bedeutung gewonnen. In diesem Zusammenhang erwägen wir die Gründung eines **Förderkreises**, eine Idee, die wir auch auf diesem Wege publik machen möchten. So finden Sie in dieser Ausgabe ein Formular, von dem wir uns erhoffen, dass möglichst viele es ausgefüllt an uns zurückschicken und uns auf diese Weise eine für die Erfüllung unserer Aufgaben hilfreiche Unterstützung zufließt.

Es geht uns allerdings nicht allein um Ihren finanziellen Beitrag. Vorstand und Dozenten überlegen, in welcher Form der angestrebte Förderkreis in Tätigkeiten des GESW einbezogen werden kann. Falls uns – wie wir hoffen – die Gründung eines Förderkreises gelingen sollte, werden wir Ihnen unsere konkreten Vorstellungen bekannt machen.

In der Hoffnung, Ihr Interesse geweckt zu haben, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen und allen guten Wünschen

Ihr

Dr. Theo Mechtenberg

Vorstandsvorsitzender des GESW